

---

FDP Thüringen

## **LIBERALES LEXIKON**

*Zusammenfassung der Beschlusslage und der inhaltlichen Veröffentlichungen*

Druckfassung der Online-Ausgabe [www.liberales-lexikon.de](http://www.liberales-lexikon.de)

Für ein liberales Thüringen

---

***Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,  
liebe Leserinnen und Leser,***

Ihnen liegt das Liberale Lexikon der FDP Thüringen vor. Wir haben die relevanten programmatischen Beschlüsse sowie die sachpolitischen Äußerungen und Veröffentlichungen der FDP aus den letzten Jahre zusammengetragen. Ebenso waren die Landesfachausschüsse und der Landesvorstand in den letzten Monaten bemüht, weitere programmatische Stichworte aufzunehmen. Darüber hinaus sind diejenigen Programmpunkte der FDP-Bundespartei und Bundestagsfraktion aufgenommen, die auch in und für Thüringen relevant sind. **Im Liberalen Lexikon können Sie Ihre Interessengebiete schnell, unkompliziert, kurz und knapp einsehen und sich konkret über die Inhalte der FDP Thüringen informieren.**

Wo andere Parteien mit langen Wahlprogrammen oder in epischer Breite aufgesetzten Grundsatzpapiere ihre Politik darzustellen versuchen, gibt das Liberale Lexikon kurz und knappe Auskunft über konkrete Politikinhalte. Freilich wurden dabei die Beschlussfassungen der Gremien in Artikelform umgearbeitet. Dies garantiert Lesbarkeit und die auf das wesentliche zusammengefasste Informationsvermittlung einzelner liberaler Themen.

Die vorliegende Ausgabe ist eine Druckversion des Liberalen Lexikons Online – [www.liberales-lexikon.de](http://www.liberales-lexikon.de). In ihm sind alle Artikel eingearbeitet, die sich bereits im Online-Lexikon befinden. Dort finden Sie quasi auf Knopfdruck Antworten auf Ihre Fragen, statt sich durch lange Lyrik und Prosa zur Beschreibung des Gegenwartszustandes zu arbeiten.

**Die Druckfassung wie auch die Online-Ausgabe des Lexikons stellen derzeit den Zwischenstand der programmatischen Ausrichtung der Thüringer Liberalen dar.** Das Lexikon ist nicht statisch, sondern dynamisch und damit in ständiger Veränderung. Die vorliegende Ausgabe ist für die Regionalkonferenzen 2008 bestimmt. Dort wollen wir u.a. das Lexikon mit den Parteifreundinnen und –freunden beraten. Dazu gehören die Artikel selbst, Änderungs- und Erweiterungswünsche oder weitere Themen. **Aus diesem Grunde handelt es sich um eine Arbeitsfassung. Nach den Regionalkonferenzen werden die Anregungen durch die Landesfachausschüsse und die Gremien der FDP aufgenommen.**

**Zur Handhabung:** Im Gegensatz zur Online-Ausgabe sind in der Druckfassung nicht alle Artikel komplett alphabetisch geordnet, sondern nur die Oberbegriffe. Innerhalb dieser Oberpunkte folgen weitere Unterpunkte, die verwandte Themenbereiche behandeln. So findet sich zum Beispiel das Stichwort ‚Gymnasium‘ unter ‚Schulpolitik‘. Auch werden Ihnen in unterschiedlichen Artikeln inhaltliche Wiederholungen auffallen. Diese sind nicht zu vermeiden, denn die einzelnen Lexikoneinträge müssen aus sich heraus verständlich sein.

Aufgrund der Vielzahl der Artikel können sich Fehler einschleichen. Bei Rechtschreibfehlern oder zum Teil auftretender alter Rechtschreibung bitten wir freundlich um Nachsicht und Hinweis an den Landesverband. Ebenso sind selbstverständlich inhaltliche Anregungen herzlich willkommen.

Beim Lesen des Liberalen Lexikons wünschen wir Ihnen viel Spaß.

*Ihr*  
*Patrick Kurth*  
*Generalsekretär FDP Thüringen*

1 **Abwanderung**

3 *Abwanderung und demographischer Wandel*

4 Die jahrelange Abwanderung konnte  
5 von der CDU- Landesregierung nicht  
6 eingedämmt werden. Täglich verlassen  
7 etwa 40 Menschen, darunter v.a. hoch-  
8 qualifizierte, leistungsbereite oder ar-  
9 beitsuchende Menschen, den Freistaat.  
10 Die Folgen sind beträchtlich: Steuer-  
11 einnahmen brechen weg, die Kaufkraft  
12 schrumpft, dringend benötigter Nach-  
13 wuchs fehlt.

14 Diesem Trend muss entgegengewirkt  
15 werden. Die Thüringer FDP tritt für  
16 die Schaffung attraktive Arbeitsplätze,  
17 einer schlanken und unkomplizierten  
18 Verwaltung und einer erstklassigen  
19 Kinderbetreuung ein. Gleichmaßen  
20 kommt der Förderung des Kultur- und  
21 Bildungssektors sowie ländlicher Regi-  
22 onen eine zentrale Rolle zu, um in  
23 Thüringen eine hochwertige Lebens-  
24 qualität zu gewährleisten.

25 Der demographische Wandel stellt  
26 mittelfristig neue Herausforderungen  
27 an die Politik. Die FDP Thüringen  
28 steht für eine frühzeitige Investition in  
29 Humanressourcen, wozu insbesondere  
30 eine Verbesserung der frühkindlichen  
31 Bildung angestrebt wird. Dazu ist die  
32 Vereinbarkeit von Familie und Beruf  
33 weiter zu erleichtern und die Erwerbs-  
34 beteiligung älterer Arbeitnehmer zu  
35 steigern.

36 Die Thüringer FDP wird in der nächs-  
37 ten Legislatur dafür eintreten, dass die  
38 Landesregierung halbjährlich über den  
39 Stand der Abwanderung und der jewei-  
40 ligen Gegenmaßnahmen zu berichten  
41 hat. Die Abwanderung muss als politi-  
42 sches Problem im Freistaat begriffen  
43 und damit auch in die parlamentarische  
44 Beratung zurückgeführt werden.

45 → *Beschluss Landesparteitag FDP Thürin-*  
46 *gen 07, Vollständiger Beschluss unter unter:*  
47 *www.fdp-thueringen.de/programm/61-*  
48 *antraege\_und\_beschluesse\_zum\_landspartei-*  
49 *tag\_21\_04\_2007.html*

51 **Arbeitsmarkt**

53 *Arbeit und Arbeitslosigkeit*

54 Arbeit schafft Perspektive und Zu-  
55 kunft. Gerade für die Menschen im  
56 Osten Deutschlands ist die Existenz  
57 einer solchen Perspektive notwendiger  
58 als je zuvor. Denn Arbeitslosigkeit  
59 führt nicht nur zu sinkender Kaufkraft  
60 und verminderten Steuereinnahmen.  
61 Sie ist für jeden einzelnen vor allem ein  
62 schwerwiegender Einschnitt in sein  
63 Leben. Darüber hinaus kann sich Ar-  
64 beitslosigkeit zu einem existentiellen  
65 Problem auswachsen. Wenn viele Men-  
66 schen von Erwerbslosigkeit und ihren  
67 Folgen betroffen sind, sinkt auch ihr  
68 Vertrauen in die Gemeinschaft und die

69 Demokratie. Aber nicht nur fehlen-  
70 de Arbeitsplätze hat das Aussehen  
71 des Arbeitsmarktes geprägt. Speziell  
72 für Thüringen und alle anderen  
73 ostdeutschen Bundesländer ist die  
74 Konsequenz daraus, Abwanderung  
75 gen Westen, ein gleichermaßen  
76 schwerwiegender Sachverhalt. Jeder,  
77 der aufgrund eines auswärtigen  
78 Arbeitsplatzes gehen muss, hinter-  
79 lässt Lücken in allen Bereichen. Der  
80 Aufbau Ost ist auf diese Weise  
81 nicht zu schaffen. Geld allein reicht  
82 nicht aus, um Thüringen bzw. Ge-  
83 samtostdeutschland wieder an die  
84 Spitze zurückzuführen. Es sind die  
85 Menschen, die das gesellschaftliche,  
86 politische und wirtschaftliche Leben  
87 nicht nur erhalten, sondern es le-  
88 benswert und einzigartig machen.  
89 Sie sind unsere Zukunft. Ihnen und  
90 ihren Bedürfnissen sind wir ver-  
91 pflichtet.

92 → *Wahlprogramm zur Landtagswahl*  
93 *2004*

95 *Dritter Arbeitsmarkt*

96 Die FDP Thüringen spricht sich  
97 gegen das Konzept eines dritten  
98 Arbeitsmarktes aus, nach dem  
99 Langzeitarbeitslose kommunale  
100 Aufgaben wahrnehmen sollen und  
101 dabei allein vom Staat bezahlt wer-  
102 den. Dieser öffentlich finanzierte  
103 Beschäftigungssektor belastet die  
104 staatlichen Kassen immens und  
105 trägt nichts zur Verbesserung des  
106 Arbeitsmarktes bei.

107 → *Beschluss vom Landesparteitag, 21.*  
108 *04. 2007, Gera*

110 *Integration älterer Arbeitnehmer*

111 Die Kompetenz und die Lebenser-  
112 fahrung älterer Arbeitnehmer müs-  
113 sen stärker genutzt werden. Insbe-  
114 sondere die Herausforderungen um  
115 Fachkräftemangel, Personalbedarf  
116 und im Dienstleistungsbereich  
117 machen deutlich, wie wichtig ältere  
118 Arbeitnehmer sind. Die verfehlte  
119 Integration älterer Arbeitnehmer  
120 hat Gründe. Eine über Jahre ver-  
121 fehlte Tarif- und Arbeitsmarktpoli-  
122 tik hat dazu geführt, dass Ältere  
123 vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt  
124 werden.

125 Um ältere Menschen erfolgreich in  
126 den Arbeitsmarkt integrieren zu  
127 können, müssen strukturelle  
128 Hemmnisse beseitigt werden.  
129 Deutschland braucht eine Steuer-,  
130 Wirtschafts-, Tarif- und Arbeits-  
131 marktpolitik, die zu mehr Wachs-  
132 tum und damit zu mehr Arbeits-  
133 plätzen führt. Kontraproduktive  
134 Schutzbestimmungen für ältere  
135 Arbeitnehmer, die sich z. B. in der  
136 Kündigungsschutzgesetzgebung

137 oder auch im Sozialgesetzbuch im  
138 Hinblick auf den Vorruhestand  
139 befinden, müssen geändert werden.  
140 Das gilt ebenso für so genannte  
141 Senioritätsprinzipien in Tarifverträ-  
142 gen. Dazu gehört auch das Ende der  
143 Altersteilzeit und das sofortige Aus-  
144 laufen der 58er-Regelung. Um die  
145 Beschäftigungsaussichten Älterer zu  
146 erhöhen, müssen daher alle tarifli-  
147 chen und gesetzlichen Regelungen  
148 für den Arbeitsmarkt auf ihre hem-  
149 mende Wirkung für die Einstellung  
150 älterer Arbeits- loser hin überprüft  
151 werden.

152 → *Beschluss Landesvorstand FDP Thü-*  
153 *ringen März 2008*

155 *Mindestlohn*

156 Ein gesetzlicher Mindestlohn wird  
157 nicht dazu führen, dass sich die  
158 Einkommenssituation der Arbeit-  
159 nehmer verbessert. Auch ein Abbau  
160 der Arbeitslosigkeit wird dadurch  
161 nicht stattfinden. Außerdem würde  
162 ein Mindestlohn die im Grundgesetz  
163 verankerten Rechte der Tarifpartei-  
164 en, Tarifverträge frei von staatlichen  
165 Eingriffen abschließen zu können,  
166 verletzen. Deswegen ist die Einfüh-  
167 rung eines Mindestlohns abzuleh-  
168 nen.

169 → *Beschluss vom Landesparteitag, 21.*  
170 *04. 2007 Gera*

172 *Stärkung der Wirtschaftskraft beheb*  
173 *Arbeitslosigkeit*

174 Die FDP Thüringen plädiert für:  
175 • Reform des Steuersystems  
176 • Bürokratieabbau  
177 • Lockerungen im Arbeitsrecht und  
178 in den Tarifvereinbarungen  
179 • Reform der Sozialversicherungs-  
180 system und Abkoppelung vom  
181 Faktor Arbeit

182 Das Problem der Arbeitslosigkeit  
183 resultiert nicht aus der Bequemlich-  
184 keit potentieller Arbeitnehmer oder  
185 aus Vermittlungsschwierigkeiten.  
186 Die schwache Wirtschaftskraft ist  
187 und bleibt der Hauptgrund für die  
188 hohe Arbeitslosenquote im Land.  
189 Der Arbeitsmarkt, die Wirtschaft  
190 und das Steuersystem bilden einen  
191 eng miteinander verwobenen Kom-  
192 plex, der sensibel auf positive aber  
193 auch negative Einflüsse reagiert.  
194 Veränderungen in einem Bereich  
195 haben stets Konsequenzen für die  
196 beiden anderen Bereiche. Arbeitslo-  
197 sigkeit zu bekämpfen, heißt, zuerst  
198 die Wirtschaft zu beleben. Sie muss  
199 fit gemacht werden, um wieder als  
200 Träger von Investitionen und Pro-  
201 duzent von Arbeitsplätzen fungieren  
202 zu können. Unternehmen brauchen  
203 individuelle Gestaltungs- und Ent-

1 scheidungsfreiräume, ein vernünftiges  
2 Steuersystem und Verwaltungsstruktu-  
3 ren, die ihnen hilfreich zur Seite stehen  
4 und nicht behindern.

5 → *Beschluss Landesparteitag, Altenburg*  
6 *2004*

## Ärzte

10 *Attraktivitätssteigerung der Ausbildung von*  
11 *Allgemeinmedizinerinnen*

12 Die FDP Thüringen tritt ein für:

13 • eine Vergütung des Praktischen Jah-  
14 res, um potentiellen Allgemeinmedi-  
15 zinerinnen einen Anreiz zu geben, in  
16 Thüringen zu bleiben

17 • den Abbau der Verwaltungstätigkeit  
18 von Ärzten, Reduzierung auf den  
19 Kernbereich einer medizinischen und  
20 patientengerechten Behandlung

21 • eine bessere Bezahlung

22 • die Senkung der realen Arbeitszeiten

23 • die Verbesserung der Ausbildungssi-  
24 tuation an den Lehrkrankenhäusern:  
25 fachgerechte Aufzeichnung der Tä-  
26 tigkeitinhalte von Rotanden, um ein  
27 Ausnutzen als "Lückenbüßer" zu un-  
28 terbinden

29 • die Stärkung des Status' des Allge-  
30 meinmediziners: bessere Anerken-  
31 nung durch die jeweiligen Fachabtei-  
32 lungen und der Krankenhäuser all-  
33 gemein

34 Viele Studenten und Ärzte entscheiden  
35 sich gegen eine Tätigkeit im allge-  
36 meinmedizinischen Be-reich, bevorzu-  
37 gen eher andere Fachrichtungen bzw.  
38 den Verwaltungs- und Forschungsbe-  
39 reich. Ein Mangel an Allgemeinmedizi-  
40 nern, eine Überalterung noch praktizie-  
41 render Ärzte und letztlich ernste Ver-  
42 sorgungslücken sind abzusehende  
43 Entwicklungen. Ziel unserer Politik ist  
44 es, die Attraktivität dieser Fachrichtung  
45 hinsichtlich Ausbildungsqualität und  
46 Bezahlung zu erhöhen. Wieder mehr  
47 Studenten sollen sich für die Allge-  
48 meinmedizin entscheiden. Für Kran-  
49 kenhäuser muss es attraktiv und loh-  
50 nenswert sein, Allgemeinmediziner  
51 auszubilden.

52 *Landesfachausschuss Gesundheit, Soziales,*  
53 *Gleichstellung und Familie, Antrag Nr. 20,*  
54 *Ausbildung und Vergütung von Allgemein-*  
55 *ärzten, Außerordentlicher Landesparteitag*  
56 *der FDP Thüringen, 23. 4. 2006, Bleicher-*  
57 *ode.*

58  
59  
60 *Situation niedergelassener Ärzte verbessern*

61 Die FDP Thüringen setzt sich ein für:

62 • die Angleichung der Krankenkassen-  
63 vergütung pro Versicherten im ambu-  
64 lanten medizinischen Bereich Ost  
65 an West

66 • die Abschaffung der Disease  
67 Management Programme (DMP)  
68 aufgrund mangelnder Effizienz

69 • eine Abänderung der Investitions-  
70 und Kostenregelungen für die  
71 Software bei der Einführung und  
72 Unterhaltung der elektronischen  
73 Patientenchipkarten

74 • die Abschaffung der Zertifizie-  
75 rung nach ISO 9000, da diese für  
76 die Größenordnung einer durch-  
77 schnittlichen Arztpraxis überdi-  
78 mensioniert ist

79 • die Abschaffung der Altersgrenze  
80 praktizierender Ärzte, keine au-  
81 tomatische Rückgabe der Kassen-  
82 zulassung mit 68 Jahren.

83 Seit Jahren sinkt stetig die Zahl der  
84 Niederlassung von Berufseinstei-  
85 gern. Mediziner, die aus Altersgrün-  
86 den in den Ruhestand gehen, finden  
87 kaum interessierte Nachfolger.  
88 Zudem schrumpft der Anteil ambu-  
89 lanter Leistungen - Leistungen, für  
90 die niedergelassene Ärzte bezahlt  
91 werden, während der Anteil der  
92 stationären Behandlung im Kran-  
93 kenhaus steigt. Die Arbeitsbedin-  
94 gungen niedergelassener Ärzte  
95 müssen daher verbessert werden,  
96 um diesen Bereich sowohl für Neu-  
97 einsteiger als auch für bereits prakti-  
98 zierende Ärzte wieder attraktiv  
99 und lohnenswert zu gestalten. Ohne  
100 entsprechende Maßnahmen ist eine  
101 flächendeckende und hochwertige  
102 ärztliche Versorgung in Zukunft  
103 nicht mehr gegeben.

104 → *Landesfachausschuss Gesundheit,*  
105 *Soziales, Gleichstellung und Familie,*  
106 *Antrag Nr. 21, Verbesserung der finan-*  
107 *ziellen Situation niedergelassener Ärzte,*  
108 *Außerordentlicher Landesparteitag der*  
109 *FDP Thüringen, 23. 4. 2006.*

110  
111 *Status und Aufgabenfeld*

112 Die FDP Thüringen fordert:

113 • mehr Eigenverantwortung und  
114 Selbstbestimmung für Ärzte

115 • effizienter Einsatz der vorhande-  
116 nen Mittel im Gesundheitswesen

117 • keine Zwangsmitgliedschaft in  
118 KV und KZV

119 • Wirtschaftlichkeit und Transpa-  
120 renz bei ambulant tätigen Ärzten  
121 hinsichtlich der Behandlungsent-  
122 gelte

123 • keine Budgetisierung: Ärzte dür-  
124 fen nicht bestraft werden, wenn  
125 sie zu viele Patienten behandeln

126 • Abbau der Verwaltungstätigkeit  
127 von Ärzten, Reduzierung auf den  
128 Kernbereich der medizinischen  
129 und patientengerechten Behand-  
130 lung

131 • Abschaffung der Praxisgebühr

132 Ein Arzt ist Helfer in außergewöhn-  
133 lichen Situationen aber auch gleich-  
134 zeitig ein Unternehmer mit Rechten  
135 und Pflichten. Es ist Aufgabe der  
136 Politik, die Rahmenbedingungen so  
137 auszugestalten, dass er beiden As-  
138 pekten seines Berufes nachkommen  
139 kann.

140 → *Landesfachausschuss Gesundheit,*  
141 *Soziales, Gleichstellung und Familie,*  
142 *Antrag Nr. 20, Ausbildung und Vergü-*  
143 *tung von Allgemeinärzten, Außerordent-*  
144 *licher Landesparteitag der FDP Thüringen,*  
145 *23. 4. 2006, Bleicherode.*

## Aufbau Ost

146  
147  
148  
149 *Aufbau Ost, kein Nachbau West*

150 Die FDP Thüringen tritt ein für:

151 • die Errichtung einer Sonderwirt-  
152 schaftszone/ Modellregion Ost  
153 bzw. Thüringen mit Sondertarifen  
154 bei der Unternehmens- und Ein-  
155 kommensteuer und einem flexib-  
156 leren Arbeitsmarkt mit variablem  
157 Kündigungsschutz

158 • Vereinfachung des Steuersystems

159 • Anwendung einer gezielten und  
160 bedarfsgerechten Förderpolitik

161 • Bürokratieabbau

162 • Befreiung kleiner und mittelständi-  
163 scher Unternehmen von bundes-  
164 rechtlichen Vorschriften.

165 Der Aufbau Ost ist ein vielschichtiges  
166 Gebilde, welches von vielen  
167 Komponenten beeinflusst wird. Das  
168 Gelingen des Aufbaus Ost erfordert  
169 eine koordinierte und sich ergänzen-  
170 de Zusammenarbeit verschiedener  
171 Politikfelder. Diese müssen die För-  
172 derung und den Aufbau Ost zu einer  
173 Selbstverständlichkeit und zu einem  
174 Grundbestandteil ihrer Arbeit ma-  
175 chen. Jeder muss seinen Teil dazu  
176 beitragen und einen positiven  
177 Einfluß auf die Entwicklung und das  
178 Wachstum des Landes ausüben. Es  
179 bedarf keines gesonderten "Ostbe-  
180 auftragten". Jeder politisch Verant-  
181 wortliche hat in seinem Fachgebiet  
182 die speziellen Interessen und Be-  
183 dürfnisse der Regionen im Blick und  
184 berücksichtigt sie. Der Aufbau Ost  
185 ist kein geographisches oder struktu-  
186 relles Problem bzw. ein Problem der  
187 politischen Kompetenzverteilung.  
188 Besonders die übernommenen Ge-  
189 setze und Regelungen haben sich als  
190 Wachstumsbremse erwiesen. Der  
191 Aufbau Ost ist kein Nachbau West.  
192 Ohnehin kann und darf die Haupt-  
193 verantwortung für diesen Prozeß  
194 nicht außerhalb von Thüringen  
195 liegen. Unser Land muss die Kraft  
196 aus sich selbst schöpfen.

197 → *Barth, Uwe, Presseveröffentlichung,*  
198 *Abwanderungsproblem auf Agenda setzen,*

1 19. 4. 2004. FDP Landesvorstand, Antrag  
 2 Nr. 30, Aufbau Ost – Umbau Ost – Chan-  
 3 cen West, 18 Ordentlicher Landesparteitag  
 4 des FDP Landesverbandes Thüringen, 12. 3.  
 5 2005, Apolda/ Pfißelbach. Barth, Uwe,  
 6 Presseveröffentlichung, Aufbau Ost kein  
 7 Sonderpostenmarkt, 22. 8. 2005.

9 **Baupolitik**

11 *Eigenheimzulage*  
 12 Die FDP Thüringen lehnt die Strei-  
 13 chung der Eigenheimzulage ab. Sie ist  
 14 ein wichtiger Bestandteil, um die priva-  
 15 te Eigentumsbildung und die Alters-  
 16 vorsorge zu stärken. Wir Liberalen  
 17 plädieren daher für eine Neugestaltung.  
 18 Diese sieht vor, die Zulage von fünf  
 19 auf 2, 5 Prozent zu senken. Die förder-  
 20 fähigen Kosten sollen auf 100.000  
 21 Euro verdoppelt werden. Nicht mehr  
 22 berücksichtigt wird die Finanzierung  
 23 der Grundstücke. Förderfähig werden  
 24 auch Altbauten. Der Erwerb und die  
 25 Sanierung können bis zu 50.000 Euro  
 26 mit 2,5 Prozent unterstützt werden.  
 27 Eine Förderung erfolgt nur gegen  
 28 Vorlage aller Rechnungen. Die Eigen-  
 29 heimzulage finanziert somit keine  
 30 Schwarzarbeit, sondern ist eine Investi-  
 31 tion in reguläre Beschäftigung und in  
 32 Arbeitsplätze der Bauindustrie.  
 33 → *Gutmacher, Dr. Karlheinz, Presseveröf-*  
 34 *fentlichung, Schwarzarbeit nicht mehr geför-*  
 35 *dert, 15. 10. 2003.*

37 *Städtisches Wohnungswesen*

38 Das Wohnungswesen ist von einem  
 39 tiefgreifenden Wandel geprägt. Trotz  
 40 eines insgesamt ausgeglichenen Woh-  
 41 nungsmarktes sind die regionalen Un-  
 42 terschiede zum Teil ganz erheblich.  
 43 Während einige Städte vom Zerfall  
 44 durch zunehmenden Leerstand be-  
 45 droht sind, herrscht in Ballungsgebie-  
 46 ten latenter Wohnungsmangel. Eine  
 47 Kopplung wohnungspolitischer Fragen  
 48 mit dem Städtebau ist unumgänglich.  
 49 Eine moderne Wohnungspolitik kann  
 50 bei sinnvoller Ausgestaltung mehrere  
 51 Ziele erreichen. Sie muss Wohneigen-  
 52 tum fördern, Wohnraum für sozial  
 53 Schwache bereit stellen, die Woh-  
 54 nungsmärkte insgesamt mehr liberali-  
 55 sieren und einen Beitrag zur nachhaltigen  
 56 Entwicklung leisten. Die Woh-  
 57 nungspolitik muss sich auf die Versor-  
 58 gung bestimmter Zielgruppen konzent-  
 59 rieren. Dazu gehören insbesondere  
 60 Familien mit Kindern und ältere Men-  
 61 schen. Wohnungspolitik muss ein  
 62 Instrument der Stadtentwicklung, der  
 63 Sozialpolitik (Wohneigentum im Rah-  
 64 men der privaten Altersvorsorge), der  
 65 Umweltpolitik (energetische Sanierung  
 66 des Altbestandes führt gleichzeitig zur  
 67 Senkung des CO2-Ausstosses) aber  
 68 insbesondere ein Instrument der Wirt-

69 schaftspolitik sein. Wohnungsneu-  
 70 bau, Sanierung und Modernisierung  
 71 im Bestand schaffen und erhalten  
 72 Arbeitsplätze.  
 73 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*  
 74 *wort Wohnungsbau, Unsere Argumente*  
 75 *von A bis Z.*

77 **Behindertenpolitik**

78 *Recht auf Selbstbestimmung*  
 79 Menschen mit Behinderung gehö-  
 80 ren in die Mitte der Gesellschaft.  
 81 Die FDP will für Menschen mit  
 82 Behinderung die größtmögliche  
 83 Teilhabe und Selbstbestimmung  
 84 erreichen. Hierfür ist es notwendig,  
 85 die Barrierefreiheit auf allen Gebie-  
 86 ten, von der Privatwohnung über  
 87 die öffentliche Infrastruktur bis  
 88 zum Internet, stetig zu verbessern.  
 89 Eine bezahlte Beschäftigung ist für  
 90 die überwiegende Zahl der Men-  
 91 schen mit Behinderung ein wichti-  
 92 ger Beitrag zu mehr Selbstständig-  
 93 keit. Sondervorschriften, die Men-  
 94 schen mit Behinderung eigentlich  
 95 schützen sollen, müssen vorurteils-  
 96 frei darauf überprüft werden, ob  
 97 diese nicht ihre Chance auf dem  
 98 Arbeitsmarkt vermindern. In den  
 99 vergangenen Jahren sind die Ausga-  
 100 ben für die Eingliederungshilfe für  
 101 Menschen mit Behinderung stark  
 102 gestiegen. Es stellt sich die Frage  
 103 der Effektivität. Langfristiges Ziel  
 104 einer liberalen Behindertenpolitik ist  
 105 die Schaffung eines eigenen Lei-  
 106 stungsgesetzes. Dieses soll die beste-  
 107 henden gesetzlichen Regelungen  
 108 zusammenfassen und vereinfachen  
 109 sowie zu mehr Transparenz und  
 110 Effizienz in der Behindertenhilfe  
 111 beitragen.  
 112 → *FDP im Deutschen Bundestag, Be-*  
 113 *hindertenpolitik, Unsere Argumente von*  
 114 *A bis Z.*

117 **Bildung**

118 *Frühkindliche Bildung*  
 119 Bildung ist das zentrale Bürgerrecht,  
 120 das die Lebenschancen von jungen  
 121 Menschen und die Zukunftschan-  
 122 cen unseres Landes bestimmt.  
 123 Schlechte PISA-Ergebnisse, ein  
 124 katastrophaler baulicher Zustand  
 125 vieler Schulen und Hochschulen,  
 126 mangelnde Ausbildungsreife von  
 127 20-25 Prozent eines Jahrganges und  
 128 ca. 80.000 Jugendliche ohne Schul-  
 129 abschluss pro Jahr sind Alarmzei-  
 130 chen. Unsere Kindergärten, Schulen  
 131 und Hochschulen sind durch Büro-  
 132 kratie und Vorschriften gefesselt.  
 133 Die FDP will für alle Einrichtungen  
 134 eine hohe Selbstständigkeit. So  
 135 können sie sich nach den jeweiligen  
 136

137 Bedingungen optimal organisieren.  
 138 Frühkindliche Bildung ist für die  
 139 FDP besonders wichtig. Wir wollen  
 140 faire Chancen für jedes Kind von  
 141 Anfang an. Deshalb wollen wir den  
 142 verbindlichen Besuch einer Start-  
 143 klasse ab 5 Jahren, vor der ersten  
 144 Klasse, mit klarem pädagogischem  
 145 Auftrag. Frühe Sprachtests bilden  
 146 die Voraussetzung, jedes Kind indi-  
 147 viduell zu fördern. Die chronische  
 148 Unterfinanzierung der Bildung in  
 149 Deutschland muss beendet werden.  
 150 Nur ca. 4,5 Prozent des Bruttoin-  
 151 landprodukts werden in Deutsch-  
 152 land aus öffentlichen Haushalten für  
 153 Bildung und Ausbildung ausgege-  
 154 ben. Dies ist weit unter dem europä-  
 155 ischen Durchschnitt von ca. 4,9  
 156 Prozent. Die FDP will Bildungsfi-  
 157 nanzierung statt Kohlefinanzierung.  
 158 Bildung in Deutschland muss wieder  
 159 Spitze werden.  
 160 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*  
 161 *wort Bildung, Unsere Argumente von A*  
 162 *bis Z.*

163 *Grundsätze der Bildungspolitik*

164 Die Thüringer FDP sieht die Bil-  
 165 dung als ein zentrales Bürgerrecht,  
 166 das vornehmlich die Lebenschancen  
 167 junger Menschen, aber im Zuge des  
 168 "lebenslangen Lernens" auch die  
 169 gesellschaftliche Position aller ande-  
 170 ren Generationen bestimmt. Bildung  
 171 muss als ganzheitlicher Prozess  
 172 gesehen werden, in dem der Staat  
 173 sich darauf beschränken sollte, einen  
 174 entsprechenden Ordnungsrahmen  
 175 zu schaffen. Leitlinien liberaler Bil-  
 176 dungspolitik sind Eigenverantwort-  
 177 ung, Wahlfreiheit, Chancengerech-  
 178 tigkeit, Effizienz und die Bereit-  
 179 schaft zur Eigeninitiative. Um den  
 180 Anforderungen der Globalisierung  
 181 und den damit verbundenen Anfor-  
 182 derungen in der Informations- und  
 183 Wissensgesellschaft auf Dauer ge-  
 184 recht werden zu können, muss eine  
 185 zeitnahe Neuorientierung des deut-  
 186 schen Bildungssystems erfolgen.  
 187 Die FDP Thüringen sieht die fol-  
 188 genden Punkte als elementare Be-  
 189 standteile der Bildungspolitik:  
 190 • Mehr Autonomie für Bildungsein-  
 191 richtungen und Bildungsträger,  
 192 damit sich auch im Bildungswesen  
 193 auf der Grundlage eines breit gefä-  
 194 cherten Bildungsangebots der  
 195 Wettbewerb stärker entfalten kann.  
 196 • Stärkung der Leistungsfähigkeit  
 197 unserer Hochschulen durch aus-  
 198 reichende Finanzierung, Entlas-  
 199 sung in die Autonomie und mehr  
 200 Wettbewerb  
 201 • Verbesserung der Studierfähigkeit  
 202 der Abiturienten durch Zu-  
 203

- 1 rücknahme des Kurssystems, Zent-
- 2 ralabitur in den Ländern und bun-
- 3 desweit einheitliche
- 4 Anforderung an das Abitur.
- 5 • Ein gegliedertes Schulsystem, in dem
- 6 jede Schulart ein genau definiertes
- 7 Bildungsziel besitzt. Die Lehrinhalte,
- 8 Umfang der Lehre, Organisation und
- 9 Schülerschaft sollen das jeweilige Bil-
- 10 dungs- und Berufsziel widerspiegeln
- 11 und darauf vorbereiten
- 12 • Profilierung bzw. Spezialausrichtun-
- 13 gen der Schulen zielorientierte und
- 14 zeitsparende Vermittlung von Wissen
- 15 und Fertigkeiten
- 16 • Ausstattung der Lehranstalten mit
- 17 modernen Unterrichtsmaterialien
- 18 • Stärkere Vermittlung von eigenver-
- 19 antwortlichem Handeln in Lehre und
- 20 Studium
- 21 • Vereinheitlichungen Bildungssystem
- 22 in Deutschland: Festlegung klarer
- 23 Standards für alle Ebenen des Bil-
- 24 dungssystems zwecks nationaler und
- 25 internationaler Vergleichbarkeit von
- 26 Abschlüssen und Zeugnissen bzw.
- 27 zwecks problemloser Schulübergänge
- 28 • Stärkung der Leistungsfähigkeit unse-
- 29 rer Hochschulen durch ausreichende
- 30 Finanzierung, Entlassung in die Au-
- 31 tonomie und mehr Wettbewerb
- 32 • Verbesserung der Studierfähigkeit der
- 33 Abiturienten durch Zurücknahme
- 34 des Kurssystems, Zentralabitur in
- 35 den Ländern und bundesweit einheit-
- 36 liche Anforderung an das Abitur.
- 37 Die Bildung in Deutschland, so auch in
- 38 Thüringen, ist chronisch unterfinan-
- 39 ziert. Die Ausgaben aus öffentlichen
- 40 Mitteln betragen bisher ca. 4,5% des
- 41 Bruttoinlandproduktes. Dieser Wert
- 42 liegt unter dem europäischen Durch-
- 43 schnitt und ist im Sinne einer deutli-
- 44 chen Qualitätsverbesserung dringend
- 45 zu ändern
- 46 Bildung ist ein hohes individuelles und
- 47 gesellschaftliches Gut. Es bildet die
- 48 Voraussetzung für das selbstbestimmte
- 49 Leben jedes Menschen und definiert
- 50 durch seine Qualität die soziale Ent-
- 51 wicklung eines Landes.
- 52 Die Welt, in der wir leben, unterliegt
- 53 ständigen Veränderungen. Sie erfolg-
- 54 reich zu bestehen, erfordert Wissen
- 55 und Fertigkeiten, die diesen neuen
- 56 Situationen immer angepasst sind. Die
- 57 Prinzipien der lebenslangen Wissens-
- 58 aneignung und der Möglichkeit geo-
- 59 graphischer Mobilität müssen als
- 60 Grundelement im Bildungssystem
- 61 verankert und systematisch ausgestaltet
- 62 werden.
- 63 Die Entwicklung und Unterstützung
- 64 individueller Stärken und Talente muss
- 65 im Mittelpunkt der Bildungspolitik
- 66 stehen. Um sie gezielt ausschöpfen zu
- 67 können, müssen wir bereit sein, uns auf
- 68 den Einzelnen zu konzentrieren,
- 69 seine Fähigkeiten auszubauen und
- 70 bedarfsgerecht einzusetzen.
- 71 → *Beschluss 20. Landesparteitag FDP*
- 72 *Thüringen, Gera 2007*
- 73 *Mebr Wettbewerb zwischen den Allge-*
- 74 *meinbildenden Schulen*
- 75
- 76 Die Thüringer FDP setzt sich dafür
- 77 ein, den Wettbewerb zwischen den
- 78 Allgemeinbildenden Schulen zu
- 79 forcieren und die Bedingungen an
- 80 den Schulen zu verbessern, um eine
- 81 deutliche Steigerung des Bildungs-
- 82 niveaus der Schulabgänger zu erzie-
- 83 len.
- 84 Die schulischen Bildungsgänge
- 85 müssen so gestaltet werden, dass
- 86 jede Schülerin und jeder Schüler
- 87 eine optimale Förderung erhält, die,
- 88 bei Beachtung der jeweiligen Anla-
- 89 gen, Neigungen, der vorhandenen
- 90 Begabungen sowie der kognitiven
- 91 Möglichkeiten, das Erreichen bester
- 92 individueller Ergebnisse zum Ziel
- 93 hat.
- 94 Um dies zu realisieren, bedarf es
- 95 nach Auffassung der Thüringer
- 96 FDP einer Veränderung der Thü-
- 97 ringer Bildungspolitik in folgenden
- 98 Positionen:
- 99 Intensivierung des Wettbewerbs
- 100 Der Wettbewerb zwischen den
- 101 Schulen der einzelnen Schulformen
- 102 ist ein wichtiger Bestandteil der
- 103 Schulentwicklung. Voraussetzung
- 104 dafür ist, dass neben der Erhaltung
- 105 der verschiedenen Schulformen
- 106 (Staatliche Schulen und Schulen in
- 107 freier Trägerschaft) die Bedingun-
- 108 gen an den Schulen so gestaltet
- 109 werden, dass bei gleichen Aus-
- 110 gangssituationen ein fairer Wettbe-
- 111 werb möglich wird
- 112 Stärkung der Autonomie und Ei-
- 113 genverantwortlichkeit der Schulen
- 114 Das Ziel der schulischen Ausbil-
- 115 dung besteht darin, den Schülerin-
- 116 nen und Schülern Bildungsstan-
- 117 dards zu vermitteln, die ihnen einen
- 118 problemlosen Übergang in eine
- 119 berufliche Entwicklung oder ein
- 120 Studium ermöglichen. Der Weg
- 121 zum Erreichen dieses Ziels sollte
- 122 aber weitestgehend den Schulleitun-
- 123 gen, Fachschaften und Lehrern der
- 124 jeweiligen Schulen überlassen wer-
- 125 den.
- 126 Dies bezieht sich auf den Einsatz
- 127 der notwendigen Mittel, sowohl in
- 128 sächlicher Hinsicht (Budgetierung),
- 129 als auch im Hinblick auf die Ver-
- 130 wendung personeller Ressourcen.
- 131 Auflösung der Schuleinzugsbereiche
- 132 der Regelschulen ( bereits Be-
- 133 schlusslage der Thüringer FDP)
- 134 Diese Maßnahme wird den Wett-
- 135 bewerb der Regelschulen unterein-
- 136 ander intensivieren und dem El-
- 137 ternwillen besser entsprechen.
- 138 Schülerinnen und Schüler bzw.
- 139 deren Eltern die Möglichkeit sich
- 140 nach der Grundschule eine Regel-
- 141 schule auszusuchen, deren Profil
- 142 ihren persönlichen Neigungen und
- 143 Interessen entspricht.
- 144 *LFA I, März 2008*
- 145
- 146 *Verbesserte Förderung von Schülerinnen*
- 147 *und Schülern*
- 148 Die individuelle Förderung der
- 149 Schülerinnen und Schüler ist zu
- 150 verbessern. Dies bezieht sich sowohl
- 151 auf die Förderung begabter, als auch
- 152 auf die Förderung leistungsschwa-
- 153 cher Schülerinnen und Schüler.
- 154 Dabei kommt es darauf an, die Stär-
- 155 ken und Schwächen des Einzelnen
- 156 zu erkennen und in eine Planung des
- 157 individuellen Bildungskonzeptes
- 158 einzubeziehen. Dazu müssen die
- 159 Schulen in materieller, aber auch in
- 160 personeller Hinsicht in die Lage
- 161 versetzt werden. Deshalb sind u.a.
- 162 die Qualifikation der Lehrer und
- 163 Erzieher durch entsprechende Fort-
- 164 bildungsmaßnahmen, aber auch die
- 165 Personalschlüssel zu verbessern. Die
- 166 hierzu notwendigen Mittel müssen
- 167 durch eine entsprechende Aufstoc-
- 168 ckung der Landesmittel für den
- 169 Bildungssektor bereit gestellt wer-
- 170 den.
- 171 *LFA I, März 2008*
- 172
- 173 *Das Ansehen der Regelschule muss ge-*
- 174 *stärkt werden*
- 175 Durch eine Umsetzung der bisher
- 176 geforderten Maßnahmen ( siehe
- 177 oben) ist eine deutliche Qualitäts-
- 178 steigerung der Regelschulausbildung
- 179 zu erwarten. Es muss verdeutlicht
- 180 werden, dass ein mittlerer Schulab-
- 181 schluss die Basis für eine breit gefä-
- 182 cherte berufliche Ausbildung dar-
- 183 stellt. Weiterhin ist zu verdeutlichen,
- 184 dass nach einem erfolgreichen Ab-
- 185 schluss an der Regelschule auch für
- 186 „Spätentwickler“ durch eine Vielfalt
- 187 von weiterführenden Bildungsange-
- 188 boten der Zugang zu einer Fach-
- 189 hochschule oder Hochschule erwor-
- 190 ben werden kann.
- 191 *LFA I, März 2008*
- 192
- 193 *Weiterbildung*
- 194 In wichtigen Bildungsbereichen ist
- 195 Deutschland zurückgefallen bzw.
- 196 nimmt nicht den Platz ein, der für
- 197 eine nachhaltige Sicherung des wirt-
- 198 schaftlichen Wohlstandes erforder-
- 199 lich wäre. Dies betrifft besonders
- 200 den Bereich der Weiterbildung,
- 201 obwohl die Bedeutung von Fortbil-
- 202 dung innerhalb des Bildungswesens
- 203 ständig wächst. Einerseits hat sich

1 durch die Erweiterung der Europäi-  
 2 schen Union, die voranschreitende  
 3 Öffnung der Weltmärkte und die glo-  
 4 bal zugänglichen Informationsnetze die  
 5 internationale Wettbewerbssituation  
 6 dramatisch verschärft. Andererseits  
 7 wird der Stellenwert der Weiterbildung  
 8 massiv aufgewertet, da sich der Anteil  
 9 jüngerer Fachkräfte dramatisch zu  
 10 Gunsten älterer verschiebt. Die finan-  
 11 zielle Situation der Weiterbildungsträ-  
 12 ger in Deutschland hat sich in den  
 13 letzten Jahren außerordentlich kritisch  
 14 entwickelt. Die schnelle Entwicklung  
 15 neuer Finanzierungsinstrumente wie  
 16 z.B. Bildungssparen, gesetzlich abgesi-  
 17 cherte Lernzeitkonten im Rahmen von  
 18 Tarifvereinbarungen oder durch frei-  
 19 willige Zusatzversicherungen ausgege-  
 20 bene Bildungsgutscheine ist daher  
 21 überfällig. Über die Möglichkeiten,  
 22 berufliche Weiterbildung auch durch  
 23 einen sozial verträglichen Eigenanteil  
 24 an den Kosten und nachlaufend zu  
 25 tilgende Bildungsdarlehen mitzufinan-  
 26 zieren, muss ebenfalls nachgedacht  
 27 werden.  
 28 Kontinuierliche Erwachsenenbildung  
 29 ist zur Absicherung der Funktionsfä-  
 30 higkeit der freiheitlichen demokrati-  
 31 schen Gesellschaft aber nicht nur in  
 32 wirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch  
 33 im Hinblick auf die Möglichkeiten  
 34 demokratischer Teilhabe nötig. Somit  
 35 geht es nicht nur um die berufsbeglei-  
 36 tende Weiterbildung oder zusätzliche  
 37 bzw. nachgeholt Ausbildungen, son-  
 38 dern auch um allgemeine und politi-  
 39 sche Bildung.

40 → *Beschluss Landesvorstand März 2008*

41 **Bürger in Staat und Gesellschaft**

42 *In einer Demokratie ist jeder Bürger ein*  
 43 *Stück Staat*

44 Demokratie kann nur durch die Betei-  
 45 ligung seiner Bürger existieren. Jeder  
 46 Einzelne trägt deshalb die Verantwor-  
 47 tung für den Fortbestand demokrati-  
 48 scher, freiheitlicher und rechtsstaatli-  
 49 cher Grundwerte. Der Staat allein ist  
 50 nicht in der Lage, diese Leistung zu  
 51 erbringen. Er ist auf die Unterstützung  
 52 der Bürger angewiesen. Der Staat muss  
 53 ihnen die Mitarbeit und Teilnahme am  
 54 Gestaltungsprozess ermöglichen, sie  
 55 dahingehend motivieren und unterstüt-  
 56 zen. Bürgerliches Engagement ist uni-  
 57 versell und lässt sich nicht auf den  
 58 politischen Bereich beschränken. Gleichsam wie die Demokratie lebt  
 59 auch die Gesellschaft von der aktiven  
 60 Beteiligung der Bürger an ihrem sozia-  
 61 len Umfeld. Engagement im politi-  
 62 schen, kulturellen, ökologischen Be-  
 63 reich, in Bildung, Wissenschaft, For-  
 64 schung, in Rettungsdiensten und im

65 Katastrophenschutz dient nicht nur  
 66 als Ausdruck ideeller und persönli-  
 67 cher Überzeugungen. Es ist gleich-  
 68 zeitig auch ein Bekenntnis zu De-  
 69 mokratie, Toleranz und Mitmensch-  
 70 lichkeit.  
 71 → *Programm der FDP Thüringen zur*  
 72 *Wahl des 4. Thüringer Landtages, Erfurt*  
 73 *2004, S. 24.*

74 *Stärkung der Bürgerrechte*

75 Die FDP setzt sich ein für mehr  
 76 Freiheit und Sicherheit durch die  
 77 Stärkung und Verteidigung von  
 78 Bürgerrechten. Der innere Frieden  
 79 einer Gesellschaft beruht ebenso  
 80 auf der Freiheitlichkeit der Rechts-  
 81 ordnung wie auf der Sicherheit ihrer  
 82 Bürger. Freiheit ist ein Grundpfeiler  
 83 einer liberalen Bürgergesellschaft.  
 84 Nicht der Staat gewährt den Bür-  
 85 gern Freiheit, sondern die Bürger  
 86 gewähren dem Staat Einschränkun-  
 87 gen ihrer Freiheit zur Wahrung der  
 88 Rechte aller. Noch nie sind so viele  
 89 und so tiefe Einschnitte in Freiheit  
 90 und Eigentum der Bürger in so  
 91 kurzer Zeit vorgenommen worden  
 92 wie in den letzten Jahren unter Rot-  
 93 Grün. Liberale Rechtspolitik ist der  
 94 klare Gegenentwurf zu einem  
 95 schleichenden Abbau von Bürger-  
 96 rechten und einer Relativierung  
 97 unserer Grundrechte. Die FDP  
 98 fordert daher eine politische Neu-  
 99 ausrichtung. Maßstab für das Han-  
 100 deln des Gesetzgebers müssen  
 101 wieder die Grundsätze unserer  
 102 Verfassung werden. Leitlinien libe-  
 103 raler Rechtspolitik sind die Grund-  
 104 rechte und die Rechtsprechung des  
 105 Bundesverfassungsgerichts.

106 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*  
 107 *wort Bürgerrechte, Unsere Argumente von*  
 108 *A bis Z.*

109 *Zivildienst*

110 Die FDP setzt sich für eine Ausset-  
 111 zung der Wehrpflicht ein. Dies  
 112 bedeutet auch das Aus für den  
 113 Zivildienst. Das Niveau der sozialen  
 114 Leistungen, die Zivildienstleistende  
 115 erbringen, soll aufrechterhalten  
 116 werden. Daher ist es notwendig, die  
 117 Strukturen der Sozialdienste bereits  
 118 heute an die Zeit ohne Zivildienst  
 119 anzupassen. Sowohl die Dauer von  
 120 Wehr- und Zivildienst als auch die  
 121 Zahl der Einberufungen geht konti-  
 122 nuierlich zurück. Damit sinkt die  
 123 Zahl von verfügbaren Arbeitsstun-  
 124 den der Zivildienstleistenden erheb-  
 125 lich, so dass bereits heute Hand-  
 126 lungsbedarf besteht. Mit neuen  
 127 Anreizen müssen vorhandene Po-  
 128 tentiale für ehrenamtliches Enga-  
 129 gement erschlossen werden. Es  
 130 müssen aber auch Lösungen gefun-

131 den werden, um mehr reguläre Er-  
 132 werbsarbeit bei den heutigen Be-  
 133 schäftigungsstellen des Zivildienstes  
 134 zu schaffen. Hierfür will die FDP für  
 135 einen begrenzten Zeitraum Zu-  
 136 schüsse aus dem Bundeshaushalt  
 137 gewähren, d. h. der heutige Haus-  
 138 haltsansatz für den Zivildienst soll  
 139 für Beschäftigungsförderung in  
 140 diesem Bereich verwendet werden.  
 141 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*  
 142 *wort Zivildienst, Unsere Argumente von A*  
 143 *bis Z.*

144 **Datenschutz**

145 *Grundposition*

146 Die FDP Thüringen will die infor-  
 147 mationelle Selbstbestimmung der  
 148 Menschen stärken. Wir schlagen vor,  
 149 das grundgesetzlich geschützte Fern-  
 150 meldegeheimnisses zu einem allge-  
 151 meinen Mediennutzungsgeheimnis  
 152 aufzuwerten. Auch soll das Briefge-  
 153 heimnis zu einem generellen Kom-  
 154 munikationsgeheimnis weiterentwik-  
 155 delt werden. In einer freiheitlich  
 156 demokratischen Gesellschaft müssen  
 157 insbesondere gewährleistet werden:

- 158 • eine anonyme Nutzung von Inter-  
 159 net, Rundfunk- und Fernsehpro-  
 160 grammen
  - 161 • die Unverletzlichkeit der Individu-  
 162 alkommunikation in Form von  
 163 Brief, E-Mail und Ferngespräch
  - 164 • eine richterliche Kontrolle des  
 165 staatlichen Zugriffs auf Kommu-  
 166 nikationsmittel und der Überwa-  
 167 chung eines Bürgers, die nur im  
 168 Falle eines dringenden Tatver-  
 169 dachts auf Vorliegen eines Verbre-  
 170 chens genehmigt werden dürfen
  - 171 • eine ausschließlich richterlich  
 172 veranlasste Herausgabe von  
 173 rechtmäßig erhobenen Kommuni-  
 174 kationsdaten zur Wahrung berech-  
 175 tigter Ansprüche, soweit es nicht  
 176 um die bloße Identifikation rechts-  
 177 geschäftlich handelnder Personen  
 178 geht
  - 179 • die Wahrung aller Prinzipien einer  
 180 freiheitlich demokratischen Gesell-  
 181 schaft, insbesondere der Un-  
 182 schuldsvermutung, die eine ver-  
 183 dachtsunabhängige Vorratsdaten-  
 184 speicherung von Kommunikati-  
 185 onsdaten ausschließt
- 186 → *Beschluss 20. Landesparteitag FDP*  
 187 *Thüringen Gera 2007*

188 *Grundposition DNA-Analysen*

189 Die DNA-Analyse im Strafverfahren  
 190 ist ein Erfolgsmodell. Sie ist heute  
 191 zur Bekämpfung der Kriminalität  
 192 unverzichtbar. Sie ermöglicht auch  
 193 die Aufklärung lange zurückliegen-  
 194 der Sexual- und Morddelikte. Die

1 DNA-Analyse muss aber auch weiter-  
 2 hin verfassungsrechtlichen Anforder-  
 3 ungen entsprechen. Das Bundesver-  
 4 fassungsgericht hat entschieden, dass  
 5 die Feststellung, Speicherung und  
 6 künftige Verwendung des DNA-  
 7 Identifizierungsmusters in das Grund-  
 8 recht auf informationelle Selbstbe-  
 9 stimmung eingreift. Eine uferlose  
 10 Ausweitung und Speicherung des gene-  
 11 tischen Fingerabdrucks bei allen Straf-  
 12 taten ist daher unverhältnismäßig.  
 13 Auch die Gleichstellung des gene-  
 14 tischen Fingerabdrucks mit anderen  
 15 erkennungsdienstlichen Methoden wird  
 16 von der FDP abgelehnt. Dennoch  
 17 müssen alle verfassungsrechtlich zuläs-  
 18 sigen Möglichkeiten ausgeschöpft  
 19 werden, um den effektiven Einsatz des  
 20 genetischen Fingerabdrucks als wichti-  
 21 ges Instrument der Verbrechensbe-  
 22 kämpfung sicherzustellen. Die FDP  
 23 hält am Richtervorbehalt fest. Dieser  
 24 ist nur bei anonymen Spuren verzicht-  
 25 bar. Die FDP fordert darüber hinaus  
 26 eine sichere Rechtsgrundlage für die  
 27 Anordnung von DNA-Reihentests.  
 28 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stichwort*  
 29 *DNA-Analyse, Unsere Argumente von A*  
 30 *bis Z.*

#### 32 *Heimliche Onlinedurchsuchung*

33 Die FDP Thüringen wendet sich gegen  
 34 das Ausspähen privater Computer mit  
 35 heimlich installierten Programmen.  
 36 Das von der Verfassung garantierte  
 37 Recht des Einzelnen, unkontrolliert zu  
 38 kommunizieren, ist Grundvorausset-  
 39 zung einer offenen demokratischen  
 40 Gesellschaft. Die Befürchtung einer  
 41 Überwachung mit der Gefahr einer  
 42 Aufzeichnung kann schon im Vorfeld  
 43 zu einer Befängnis in der Kommuni-  
 44 kation und zu Verhaltensanpassun-  
 45 gen führen. Das Fernmelde- und  
 46 Kommunikationsgeheimnis ist durch  
 47 Artikel 10 GG geschützt und kann  
 48 nicht willkürlich übergangen werden.  
 49 Der Karlsruher Richterspruch vom  
 50 27.02.2007 bestätigt die Haltung der  
 51 FDP und bedeutet eine deutliche Ab-  
 52 sache an die überzogenen sicherheitspo-  
 53 litischen Vorstellungen von Bundesin-  
 54 nenminister Wolfgang Schäuble. Die  
 55 Ergänzung des Grundrechts auf in-  
 56 formationelle Selbstbestimmung um  
 57 ein Grundrecht auf Gewährleistung der  
 58 Vertraulichkeit und Integrität informa-  
 59 tionstechnischer Systeme ist eine kon-  
 60 sequente Weiterentwicklung des allge-  
 61 meinen Persönlichkeitsrecht aufgrund  
 62 der erheblichen Bedeutung neuer Me-  
 63 dien für jeden Einzelnen. Darin liegt  
 64 ein klares Bekenntnis der Verfassungs-  
 65 hüter zum Wert der Freiheit und Pri-  
 66 vatheit in einem demokratischen  
 67 Rechtsstaat.

68 → *Beschluss Landesparteitag FDP*  
 69 *Thüringen 07, Vollständiger Artikel*  
 70 *unter: [www.fdp-](http://www.fdp-thueringen.de/programm/61-antraege_und_beschluesse_zum_landsparteitag_21_04_2007.html)*  
 71 *thueringen.de/programm/61-*  
 72 *antraege\_und\_beschluesse\_zum\_landspar-*  
 73 *teitag\_21\_04\_2007.html*

#### 75 *Reform des Datenschutzrechtes*

76 Die FDP wird mit engagierter  
 77 Datenschutzpolitik das Recht der  
 78 Bürger auf informationelle Selbst-  
 79 bestimmung schützen und verteidigen.  
 80 Wir werden das Bankgeheimnis  
 81 wieder herstellen und mit dem  
 82 staatlichen Schnüffelstaat Schluss  
 83 machen. Die FDP lehnt die Aus-  
 84 dehnung der Vorratsdatenspeiche-  
 85 rung ab, da diese langfristige Spei-  
 86 cherung aller Kommunikationsda-  
 87 ten den Missbrauch der Daten  
 88 ermöglicht und der erste Schritt in  
 89 Richtung "Gläserner Bürger" ist.  
 90 Für die private Wirtschaft ist dieses  
 91 äußerst kostenintensiv und gefährdet  
 92 damit Arbeitsplätze. Beim Ein-  
 93 satz so genannter "RFID-Chips"  
 94 (Minisender, die der Bürger kaum  
 95 sehen kann) muss der Datenschutz  
 96 gewährleistet sein, zum Beispiel bei  
 97 den neuen Reisepässen oder den  
 98 WM-Tickets. Damit Datenschutz  
 99 effektiv und konsequent - sowohl  
 100 gegenüber dem Staat als auch Privaten  
 101 gegenüber - umgesetzt werden  
 102 kann, muss das Datenschutzrecht  
 103 reformiert und gebündelt werden.  
 104 Datenschutzfreundliche Technik  
 105 und deren Anwendung ist ein Qua-  
 106 litätsmerkmal, daher fordern wir ein  
 107 Gesetz zum Datenschutzaudit, um  
 108 Produkte und Dienstleistungen als  
 109 datenschutzfreundlich bewerten  
 110 lassen zu können.  
 111 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*  
 112 *wort Datenschutz, Unsere Argumente von*  
 113 *A bis Z.*

#### 115 *Verfassungskonforme DNA-Analysen*

116 Die DNA-Analyse im Strafverfah-  
 117 ren ist ein Erfolgsmodell. Sie ist  
 118 heute zur Bekämpfung der Krimi-  
 119 nalität unverzichtbar. Sie ermöglicht  
 120 auch die Aufklärung lange zurück-  
 121 liegender Sexual- und Morddelikte.  
 122 Die DNA-Analyse muss aber auch  
 123 weiterhin verfassungsrechtlichen  
 124 Anforderungen entsprechen. Das  
 125 Bundesverfassungsgericht hat ent-  
 126 schieden, dass die Feststellung,  
 127 Speicherung und künftige Verwen-  
 128 dung des DNA-  
 129 Identifizierungsmusters in das  
 130 Grundrecht auf informationelle  
 131 Selbstbestimmung eingreift. Eine  
 132 uferlose Ausweitung und Speiche-  
 133 rung des genetischen Fingerab-  
 134 drucks bei allen Straftaten ist daher  
 135 unverhältnismäßig. Auch die

136 Gleichstellung des genetischen Fin-  
 137 gerabdrucks mit anderen erken-  
 138 nungsdienstlichen Methoden wird  
 139 von der FDP abgelehnt. Dennoch  
 140 müssen alle verfassungsrechtlich  
 141 zulässigen Möglichkeiten ausge-  
 142 schöpft werden, um den effektiven  
 143 Einsatz des genetischen Fingerab-  
 144 drucks als wichtiges Instrument der  
 145 Verbrechensbekämpfung sicherzu-  
 146 stellen. Die FDP hält am Richter-  
 147 vorbehalt fest. Dieser ist nur bei  
 148 anonymen Spuren verzichtbar. Die  
 149 FDP fordert darüber hinaus eine  
 150 sichere Rechtsgrundlage für die  
 151 Anordnung von DNA-Reihentests.  
 152 → *FDP im Deutschen Bundestag, Unsere*  
 153 *Argumente von A bis Z.*

#### 155 *Telefonüberwachungen*

156 Die Überwachung des Fernmelde-  
 157 verkehrs ist zu einem unentbehrlichen  
 158 Instrument der Kriminalitäts-  
 159 bekämpfung geworden. Gerade bei  
 160 schweren und schwersten Verbre-  
 161 chen hat es sich ausgezahlt, dass die  
 162 staatlichen Verfolgungsbehörden die  
 163 Kommunikation Verdächtiger über-  
 164 wachen können. Besorgniserregend  
 165 ist jedoch der erhebliche Anstieg  
 166 von Überwachungsmaßnahmen in  
 167 den vergangenen Jahren. Seit 1995  
 168 hat es eine Zunahme der Telefon-  
 169 überwachungen um 500 Prozent  
 170 gegeben. Zudem haben Gutachten  
 171 ergeben, dass eine große Zahl der  
 172 richterlichen Anordnungen fehler-  
 173 haft sind. Darüber hinaus wird die  
 174 gesetzliche Benachrichtigungspflicht  
 175 gegenüber den Betroffenen nur  
 176 unzureichend erfüllt. Die FDP for-  
 177 dert daher eine grundlegende Ref-  
 178 orm der Telefonüberwachungen  
 179 mit dem Ziel, die Zahl der Maß-  
 180 nahmen deutlich zu reduzieren.  
 181 Dazu müssen die Anordnungsvor-  
 182 aussetzungen stärker eingegrenzt  
 183 werden. Insbesondere das Verfahren  
 184 der richterlichen Anordnung muss  
 185 verbessert werden. Es muss zudem  
 186 sichergestellt werden, dass die Be-  
 187 troffenen auch tatsächlich von der  
 188 Überwachung nach deren Abschluss  
 189 informiert werden und dadurch die  
 190 Rechtmäßigkeit der Maßnahme  
 191 rechtzeitig überprüfen lassen kön-  
 192 nen.  
 193 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*  
 194 *wort Telefonüberwachungen, Unsere*  
 195 *Argumente von A bis Z.*

#### 197 *Richtervorbehalt bei DNA-Analysen*

198 Die FDP Thüringen wendet sich  
 199 gegen die Aufhebung der bereits  
 200 bestehenden Regelungen hinsichtlich  
 201 einer DNA - Entnahme und Analyse  
 202 und fordert stattdessen einen weite-  
 203 ren Ausbau des Prinzips des Rich-



1 tervorbehaltes. Der Handlungsspiel-  
 2 raum ist nach gegenwärtig geltendem  
 3 Recht groß genug, um entsprechende  
 4 Maßnahmen in Notfallsituationen auch  
 5 ohne vorherige richterliche Prüfung  
 6 durchzuführen. Die Vereinfachung der  
 7 Vorschriften durch die Aufhebung der  
 8 richterlichen Prüfungserfordernis trägt  
 9 die Gefahr einer Beweislastumkehr in  
 10 sich. Ein unschuldiger Bürger kann in  
 11 die Situation geraten, seine Unschuld  
 12 durch die Zurverfügungstellung seiner  
 13 Gendaten zu beweisen. Die geltende  
 14 Unschuldsvermutung für jeden Bürger  
 15 bis zu einer rechtmäßigen Verurteil-  
 16 ung wird unterhöhlt und geschwächt.  
 17 Grundsätzlich muss jeder Bürger dieses  
 18 Landes das Recht und die Freiheit  
 19 besitzen, zu entscheiden, wer wie viel  
 20 über ihn weiß.  
 21 Der Richtervorbehalt ist ein rechtliches  
 22 Instrument, mit dessen Hilfe der ein-  
 23 zelne Bürger in besonderer Weise  
 24 geschützt wird, wenn seine durch das  
 25 Grundgesetz garantierten Persönlich-  
 26 keitsrechte bedroht sind. Davon sind  
 27 u.a die Entnahme von Körperzellen  
 28 zur Feststellung der DNA in Rahmen  
 29 von polizeilichen und strafrechtlichen  
 30 Ermittlungen betroffen. Bevor es zu  
 31 einer solchen Entnahme kommen darf,  
 32 muss dieser Vorgang einer rechtlichen  
 33 Prüfung und Begründung durch einen  
 34 weisungsungebundenen und aus-  
 35 schließlich Recht und Gesetz verpflich-  
 36 tetem Richter unterzogen werden.  
 37 → *Landesfachausschuss Justiz, Innen, Bund*  
 38 *und Europa, Antrag Nr. 23, Richtervor-*  
 39 *behalt bei DNA-Analysen, 18. Ordentlicher*  
 40 *Landesparteitag des FDP Landesverbandes*  
 41 *Thüringen, 12. 3. 2005, Apolda/ Pfißel-*  
 42 *bach.*  
 43  
 44 *Strafbarkeit heimlicher Vaterschaftstests*  
 45 Die FDP Thüringen lehnt die geplante  
 46 Strafbarkeit heimlicher Vaterschafts-  
 47 tests ab. Hat ein Mann Zweifel an  
 48 seiner biologischen Vaterschaft wäre es  
 49 ihm nach dem geplanten Gesetz nicht  
 50 gestattet, einen anonymen Vater-  
 51 schaftstest vornehmen zu lassen. Er ist  
 52 dabei entweder auf die Zustimmung  
 53 der Mutter oder auf eine gerichtliche  
 54 Entscheidung angewiesen. Beide Ver-  
 55 fahrenswege stellen selbst bei einem  
 56 positiven Ergebnis eine erhebliche  
 57 Belastung der familiären Verhältnisse  
 58 dar. Zudem beeinträchtigt das Veto-  
 59 recht der Mutter bei einer gleichzeiti-  
 60 gen Negierung der informationellen  
 61 Selbstbestimmung des Vaters das auf  
 62 Gleichberechtigung ruhende Verhältnis  
 63 der Geschlechter und widerspricht  
 64 somit dem Gleichstellungsgesetz.  
 65 → *Liberales Frauen/ Landesfachausschuss*  
 66 *Gesundheit, Soziales, Gleichstellung und*  
 67 *Familie, Antrag Nr. 41, Geplante Strafbar-*  
 68 *keit heimlicher Vaterschaftstests, 18. Ordent-*

69 *licher Landesparteitag des FDP Landes-*  
 70 *verbandes Thüringen, 12. 3. 2005,*  
 71 *Apolda/ Pfißelbach.*  
 72  
 73 *Teilaufhebung des Bankgeheimnisses*  
 74 Die FDP Thüringen bleibt bei ihrer  
 75 Auffassung und wendet sich strikt  
 76 gegen eine Aufweichung des Bank-  
 77 geheimnisses als Bestandteil von  
 78 Strafermittlungsverfahren. Die alte  
 79 Rechtslage war ausreichend, die die  
 80 Banken in konkreten Fällen zur  
 81 Kooperation verpflichtete. Wir  
 82 Liberale lehnen eine zentrale Erfas-  
 83 sung aller Kontodaten in Deutsch-  
 84 land ab. Sie stellen eine Form der  
 85 finanziellen Überwachung dar, die  
 86 die elementaren Grund- und Frei-  
 87 heitsrechte des Bürgers in diesem  
 88 Land verletzt.  
 89 → *Beschluss des LFA II (Innen), März*  
 90 *2008.*  
 91  
 92 *Videoüberwachung und Videoaufzeich-*  
 93 *nung*  
 94 Die FDP Thüringen lehnt die Er-  
 95 fassung von Autokennzeichen,  
 96 Verkehrsteilnehmern sowie Video-  
 97 überwachung öffentlicher Plätze  
 98 etc. ab. Kontrollen und Videoüber-  
 99 wachungen sind Bestandteil polizei-  
 100 licher Ermittlungsarbeit und bei  
 101 einem begründeten Verdacht not-  
 102 wendig, um die Sicherheit der Bür-  
 103 ger und des Staates zu gewährleis-  
 104 ten. Videoüberwachungen und  
 105 Aufzeichnungen ohne einen kon-  
 106 kreten Verdacht stellen hingegen  
 107 einen erheblichen Eingriff in die  
 108 Bürgerrechte und in das Prinzip des  
 109 Datenschutzes dar. Berechtigt und  
 110 sinnvoll ist eine allgemeine Video-  
 111 überwachung nur dann, wenn sie  
 112 z.B. an Knotenpunkten einem zügi-  
 113 gen Verkehrsfluss dienen bzw. ein  
 114 konkreter Verdacht vorliegt.  
 115 → *Gutmacher, Dr. Karlbeinz, Presse-*  
 116 *veröffentlichung, Eindeutige Rechtsgrund-*  
 117 *lage notwendig, 29. 12. 2003, Kurth,*  
 118 *Patrick, Presseveröffentlichung*  
 119  
 120 **Drogenpolitik**  
 121  
 122 *Suchtprävention und Therapieangebote*  
 123 Sucht ist eine Krankheit. Diese  
 124 Erkenntnis ist Grundlage für die  
 125 liberale Sucht- und Drogenpolitik.  
 126 Repressive Maßnahmen sind zum  
 127 Schutz der Allgemeinheit notwen-  
 128 dig. Im Vordergrund aber steht das  
 129 Bestreben, durch geeignete Präven-  
 130 tionsmaßnahmen das Entstehen  
 131 von Sucht gleich welcher Art schon  
 132 im Ansatz zu verhindern. Dabei gilt  
 133 die besondere Verantwortung den  
 134 Kindern und Jugendlichen. Präven-  
 135 tion heißt für uns: Aufklärung auch  
 136 durch die Medien, Beratungsstellen,

137 Fortbildung von Berufszweigen, die  
 138 mit gefährdeten Gruppen zu tun  
 139 haben, Stärkung der Selbsthilfe,  
 140 Präventionsprogramme in Schulen  
 141 und Kindergärten, spezielle Pro-  
 142 gramme für gefährdete Kinder, z.B.  
 143 aus Suchtfamilien, Schaffung von  
 144 Lebenschancen durch Bildung und  
 145 akzeptable Lebensverhältnisse. Ne-  
 146 ben der Prävention geht es darum,  
 147 den Menschen, die dennoch in Ab-  
 148 hängigkeit geraten sind, möglichst  
 149 gut zu helfen durch: die schnelle  
 150 Verfügbarkeit auf den Individualfall  
 151 zugeschnittener Therapieangebote;  
 152 Überlebenshilfen, wie z.B. Konsum-  
 153 räume, Substitutionsbehandlung mit  
 154 Methadon, Abgabe von Heroin  
 155 (sofern die Modellvorhaben erfolg-  
 156 reich sind) und Integrationshilfen.  
 157 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*  
 158 *wort Sucht- und Drogenpolitik, Unsere*  
 159 *Argumente von A bis Z.*  
 160  
 161 **Ehrenamt**  
 162  
 163 *Förderung des Ehrenamtes*  
 164 Unsere Bürgergesellschaft braucht  
 165 und benötigt die ehrenamtlichen  
 166 Aktivitäten ihrer Bürgerinnen und  
 167 Bürger. Ehrenamt ist der Kitt, der  
 168 unsere Gesellschaft zusammenhält.  
 169 Liberale Politik setzt sich für die  
 170 Stärkung des selbstbestimmten und  
 171 selbstverantwortlichen Engagements  
 172 der Bürgerinnen und Bürger ein.  
 173 Die Thüringer FDP setzt sich für die  
 174 Einführung einer kostenlosen Un-  
 175 fall- und Haftpflichtversicherung für  
 176 ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und  
 177 Bürger ein. Außerdem wollen wir  
 178 Voraussetzungen schaffen, dass für  
 179 die Aus- und Weiterbildung im  
 180 Ehrenamt Bildungsurlaub in An-  
 181 spruch genommen werden kann.  
 182 → *FDP Wahlprogramm 2004*  
 183 *Vollständiger Artikel unter: [www.fdp-](http://www.fdp-thueringen.de/programm/28-landtagswahlprogramm_2004.html)*  
 184 *thueringen.de/programm/28-*  
 185 *landtagswahlprogramm\_2004.html*  
 186  
 187 **Energiepolitik**  
 188  
 189 *Grundposition*  
 190 Die FDP tritt für eine nachhaltige  
 191 Sicherung der Energieversorgung  
 192 ein. Wirtschaftlichkeit, Umwelt- und  
 193 Sozialverträglichkeit sind Ziele einer  
 194 liberalen Energiepolitik, die sich dem  
 195 internationalen Wettbewerb stellt  
 196 und Deutschland als Energiestand-  
 197 ort dauerhaft sichert. Die FDP will  
 198 einen Energiemix aus allen verfügba-  
 199 ren Energieträgern einschließlich der  
 200 dauerhaften friedlichen Nutzung der  
 201 Kernenergie. Mit der Novelle des  
 202 Energiewirtschaftsrechtes ist zum 1.  
 203 Juli 2005 der Startschuss für einen  
 204 Neuanfang in der Energiewirtschaft

1 gelungen. Für mehr Wettbewerb in den  
 2 Energienetzen soll künftig ein staatli-  
 3 cher Regulator sorgen, der Netzentgel-  
 4 te prüfen und kontrollieren soll. Von  
 5 ihm werden entscheidende Impulse zur  
 6 Preisfindung ausgehen. Preissenkungs-  
 7 potentiale können besser ausgeschöpft  
 8 werden als bisher. Die Einführung des  
 9 europaweiten Emissionshandels gibt  
 10 die Gelegenheit, bisherige nationale  
 11 Förderregime zu überprüfen. An erster  
 12 Stelle steht dabei das Erneuerbaren-  
 13 Energien-Gesetz. Die FDP will dieses  
 14 Subventionsgesetz abschaffen, das den  
 15 Strom voraussichtlich in 2005 um mehr  
 16 als 2,5 Milliarden Euro verteuert. Auch  
 17 das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz  
 18 (KWK-Gesetz) gehört auf die Agenda  
 19 anstehender Reformen.  
 20 → FDP im Deutschen Bundestag, Stichwort  
 21 Energiepolitik, Unsere Argumente von A bis  
 22 Z.

#### Liberalisierung der Energieversorgung

23 Die FDP Thüringen fordert die Schaf-  
 24 fung rechtlicher Rahmenbedingungen  
 25 für einen funktionierenden Wettbe-  
 26 werb auf dem Strom- und Gasmarkt,  
 27 die allen Marktteilnehmern einen un-  
 28 gehinderten Marktzutritt ermöglichen.  
 29 Unser Ziel ist es, für Verbraucher und  
 30 Wirtschaft im internationalen Vergleich  
 31 wettbewerbsfähige Strom- und Gas-  
 32 preise zu erreichen. Hierzu gehören im  
 33 Zuge der europaweiten Energiemarkt-  
 34 liberalisierung auch Netznutzungsent-  
 35 gelte, die einer notwendigen Marktöff-  
 36 nung nicht zuwiderlaufen.  
 37 1. Wettbewerb statt Energiemonopole  
 38 Zum gegenwärtigen Zeitpunkt beherr-  
 39 schen wenige Großunternehmen den  
 40 Strom- und Gasmarkt. Diese Situation  
 41 ist unvereinbar mit dem von der FDP  
 42 Thüringen vertretenen Wettbewerbs-  
 43 prinzip. Wir brauchen wirksame In-  
 44 strumentarien, um diese faktische Mo-  
 45 nopolstellung zu neutralisieren.  
 46 2. Höchstspannungsnetz in neutrale  
 47 Hand  
 48 Die Übertragung des Höchstspan-  
 49 nungsnetzes in die Hand eines neutra-  
 50 len Regulators stellt einen ersten Schritt  
 51 zum Abbau des Monopols bei. Für den  
 52 Gasbereich ist eine vergleichbare Rege-  
 53 lung vorstellbar.  
 54 3. Aufhebung der Öl-Gas-  
 55 Preisbindung  
 56 Die FDP Thüringen lehnt eine derarti-  
 57 ge Preiskopplung ohne jeden Sachzu-  
 58 sammenhang ab. Sie benachteiligt  
 59 Verbraucher und Wirtschaft. Zudem  
 60 ist sie seit der Liberalisierung des Ener-  
 61 giemarktes im Jahr 1998 überflüssig.  
 62 4. Kontrolle großer Energieunterneh-  
 63 men  
 64 Die FDP Thüringen unterstützt die  
 65 Einrichtung einer Regulierungsstelle  
 66 zur Prüfung und Kontrolle der euro-

67 paweit zu hohen deutschen Netz-  
 68 nutzungsentgelte. Darüber hinaus  
 69 setzen wir Liberale auf die funkti-  
 70 onsfähigen Instrumente von Bun-  
 71 deskartellamt und Landeskartellbe-  
 72 hörden, um in Deutschland kosten-  
 73 günstige und konkurrenzfähige  
 74 Strom- und Gaspreise zu gewähr-  
 75 leisten.

76 5. Höhere Transparenz  
 77 Die Verbesserung der Transparenz  
 78 im Stromhandel, wovon vor allem  
 79 die nationalen und internationalen  
 80 Strombörsen betroffen sind, ist  
 81 notwendig für einen durchschauba-  
 82 reren Wettbewerb.  
 83 → Lange, Jürgen/ Landesfachausschuss  
 84 Soziale Marktwirtschaft Ost, Antrag  
 85 Nr. 32, Liberalisierung des Energiem-  
 86 arktes, 18. Ordentlicher Landespartei-  
 87 tag des FDP Landesverbandes Thüringen,  
 88 12. 3. 2005, Apolda/ Piffelbach. An-  
 89 trag der FDP Thüringen zum FDP-  
 90 Bundesparteitag in Köln 2005.

#### Entschädigung von SED-Opfern

##### Grundposition

91 Die Thüringer Liberalen begrüßen  
 92 die Entschädigung von SED-  
 93 Opfern. Sie sind Opfer einer Dikta-  
 94 tur. Deren Staatspartei versucht  
 95 heute unter anderem Namen erneut,  
 96 sich an die Töpfe der Macht zu  
 97 begeben. Die Vergangenheit ist  
 98 insofern nicht aufgearbeitet. Gerade  
 99 deshalb muss den Opfern dieser  
 100 Diktatur Gerechtigkeit widerfahren.  
 101 Es ist ein gesellschaftlicher Skandal,  
 102 dass sich in den Parlamenten ehe-  
 103 malige Stasi-Spitzel sitzen, die Ge-  
 104 schichte verklärt, verniedlicht oder  
 105 verharmlost wird und Sonderrenten  
 106 an ehemalige Staatsträger ausgezahlt  
 107 werden, während Opfer dieser  
 108 Diktatur leer ausgehen. Wir wollen  
 109 eine solche Geschichtsverklärung  
 110 nicht hinnehmen und fordern eine  
 111 entsprechende Entschädigung für  
 112 die Opfer und eine Entfernung der  
 113 ehemaligen Staatsträger aus öffentli-  
 114 chen Ämtern.  
 115 Dennoch lehnen wir das Gesetz zur  
 116 Entschädigung von SED-Opfern  
 117 ab. Nach diesem Gesetz ist nur ein  
 118 kleiner Teil der Opfer anspruchsb-  
 119 rechtigt. Beruflich verfolgte und  
 120 verfolgte Schüler werden ganz  
 121 außer vorgelassen. Haftopfer kön-  
 122 nen nur bei aktueller sozialer Be-  
 123 dürftigkeit eine Entschädigung  
 124 erhalten. Gerade diese Bedürftig-  
 125 keitsprüfung degradiert die Ehren-  
 126 pension zu einer bloßen Sozialleis-  
 127 tung. Das wird dem Einsatz der  
 128 SED-Opfer für Freiheit, Demokra-  
 129 tie und Rechtsstaat nicht gerecht.

130 Die FDP fordert, die Zuwendung in  
 131 einen einkommensunabhängigen  
 132 Sockelbetrag und einen Zuschlag für  
 133 Bedürftige aufzuteilen. Die Richt-  
 134 sätze lauten wie folgt: 100 € für jedes  
 135 Opfer und weitere 150 € für sozial  
 136 Bedürftige.  
 137 → Pressemitteilung der FDP Thüringer  
 138 Mai 07, Vollständige Pressemitteilungen  
 139 unter: [www.fdp-  
 140 thueringen.de/news/archiv.html](http://www.fdp-thueringen.de/news/archiv.html)

#### Entsorgungswirtschaft

##### Dosenpfand

141 Die FDP lehnt das Zwangspfand als  
 142 ökologisch ungerechtfertigten Diri-  
 143 gismus ab. Die Wirkung zum Schutz  
 144 der Umwelt ist zweifelhaft, der öko-  
 145 nomische Aufwand erheblich und  
 146 die Belastung für den Verbraucher  
 147 unnötig. Angesichts einer ökologisch  
 148 veränderten Situation - zum Beispiel  
 149 technischen Neuerungen bei den  
 150 Verpackungen und beim Recycling -  
 151 ist die alte Formel "Mehrweg ist gut,  
 152 Einweg ist böse" nicht länger halt-  
 153 bar. Außerdem verdrängt das  
 154 Zwangspfand den klassischen  
 155 Mehrweg auch dort, wo dieser öko-  
 156 logisch vorteilhaft wäre. Der Handel  
 157 wird sich auf Einweg - im Biermarkt  
 158 also vor allem auf Dosen - konzent-  
 159 rieren, weil ein paralleles Unterhalten  
 160 zweier Rücknahmesysteme zu teuer  
 161 ist. Außerdem kann aus Verbrau-  
 162 chersicht dann niemand mehr er-  
 163 kennen, welche Verpackungen öko-  
 164 logisch vorteilhaft sind, weil sowieso  
 165 für alles Pfand bezahlt werden muss.  
 166 Ohne ökologischen Nutzen wird der  
 167 Verbraucher mit einem wachsenden  
 168 Sammel-, Sortier- und Transport-  
 169 aufwand sowie mit steigenden Prei-  
 170 sen von etwa fünf Cent pro Getränk  
 171 belastet.  
 172 → FDP im Deutschen Bundestag, Stich-  
 173 wort Dosenpfand, Unsere Argumente von  
 174 A bis Z.

##### Mülltrennung

175 Bei der in Deutschland derzeit prak-  
 176 tizierten Form der Mülltrennung  
 177 durch die Verbraucher werden we-  
 178 niger Wertstoffe genutzt als möglich  
 179 und sinnvoll wäre. Jüngere Projekt-  
 180 studien haben gezeigt, dass man  
 181 über eine gemeinsame Sammlung  
 182 von Abfällen (grauer und gelber  
 183 Tonne) und eine maschinelle Tren-  
 184 nung von Gemischen aus Verpa-  
 185 ckungs- und Restmüll durch auto-  
 186 matisierte Anlagen mehr Wertstoffe  
 187 verwerten kann als dies derzeit mit-  
 188 tels der getrennten Sammlung ge-  
 189 schieht. Die FDP will deshalb die  
 190 Bürgerinnen und Bürger sowohl von  
 191 unnötigem Sortieraufwand als auch

1 finanziell entlasten. Nach derzeitigem  
2 Erkenntnisstand müssen allerdings  
3 Bioabfälle, Papier, Pappe, Karton und  
4 Glas, sowie Sonderabfälle weiterhin  
5 getrennt gesammelt werden. Alles  
6 andere jedoch können vollautomati-  
7 sche Sortieranlagen wesentlich schnel-  
8 ler, zuverlässiger und - wenn man es  
9 entsprechend organisiert - kostengünstiger.

10 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stichwort*  
11 *Mülltrennung, Unsere Argumente von A bis*  
12 *Z.*

14 *Privilegien abschaffen*

16 In der Abfallwirtschaft wie anderswo  
17 unterstehen öffentlich-rechtliche Un-  
18 ternehmen nicht der Gewerbe- und  
19 Körperschaftsteuerpflicht. Die steuerliche  
20 Benachteiligung privater Organisa-  
21 tionsformen und die damit verbundene  
22 Ungleichbehandlung betreffen insbe-  
23 sondere die Entsorgung von Abfällen  
24 gewerblicher Betriebe sowie von Son-  
25 derabfällen. Relevante Fälle treten auf  
26 bei der Konzessionierung, der Drittbe-  
27 auftragung und der Pflichtenübertra-  
28 gung. Neben der wettbewerbliehen  
29 Ungleichbehandlung haben insbeson-  
30 dere mittelständische Unternehmen  
31 dabei einen steuerlichen Nachteil,  
32 wenn der jeweils zuständige öffentlich-  
33 rechtliche organisierte Entsorger sei-  
34 nerseits einen umsatzsteuerpflichtigen  
35 Privaten an der Abfallentsorgung betei-  
36 ligt. In solchen Fällen wird Umsatz-  
37 steuer fällig, die zwar einerseits in die  
38 öffentlich-rechtlich eingeforderte Ge-  
39 bühr faktisch Eingang findet, anderer-  
40 seits jedoch im kommunalen Gebüh-  
41 renbescheid nicht ausgewiesen wird.  
42 Ein fehlender Ausweis der Umsatz-  
43 steuer entzieht den betroffenen Unter-  
44 nehmen damit die Grundlage zum  
45 Vorsteuerabzug.

46 Diese Regelungen sind ökologisch  
47 unbegründet, ökonomisch widersinnig  
48 und (europa-)rechtlich bedenklich. Die  
49 Thüringer FDP setzt sich dafür ein, die  
50 steuerliche Bevorzugung der öffent-  
51 lich-rechtlichen Organisationsformen  
52 auch in der Abfallwirtschaft in  
53 Deutschland zu beenden. Dabei sind  
54 geeignete Übergangsfristen vorzuse-  
55 hen.

56 → *Beschluss Landesvorstand FDP-*  
57 *Thüringen März 2008*

59 **Europäische Union**

61 *Grundpositionen*

62 Die Einigung Europas ist ein Erfolg  
63 liberaler Politik. Sie hat die Völker  
64 Europas miteinander versöhnt und die  
65 deutsche Einheit mit ermöglicht. Libe-  
66 rale Werte wie Freiheit, Demokratie,  
67 Rechtsstaat, Wettbewerb, soziale  
68 Marktwirtschaft und freier Handel sind

69 die Wegmarken, um auch die aktu-  
70 ellen Herausforderungen zu bewäl-  
71 tigen: Der Binnenmarkt als Grund-  
72 lage für Wohlstand und Wettbe-  
73 werbsfähigkeit muss vollendet wer-  
74 den: Die FDP will, dass Freiheit für  
75 Arbeitnehmer und Unternehmer,  
76 Wettbewerb und Soziale Marktwirt-  
77 schaft bei weniger zwischenstaatli-  
78 cher Bürokratie weiter ausgebaut  
79 werden. Dazu gehört der stabile  
80 Euro. Deshalb will die FDP den  
81 Stabilitätspakt unverfälscht erhalten.  
82 Deshalb fordern wir Abbau der  
83 Staatsverschuldung. Die EU muss  
84 ihre Wettbewerbsfähigkeit global  
85 immer wieder neu erobern, wobei  
86 unsere Stärke in den großen Fähig-  
87 keiten der Bürger und dem Know-  
88 how der Unternehmen liegt. Des-  
89 halb will die FDP keine Subventio-  
90 nierung überkommener europäi-  
91 scher Wirtschaftszweige. Nur wenn  
92 die EU einig ist, wird sie internatio-  
93 nal Gehör finden. Deshalb will die  
94 FDP eine gemeinsame Außenpolitik  
95 und setzt sich langfristig für einen  
96 EU-Sitz im UN-Sicherheitsrat und  
97 für europäische Streitkräfte unter  
98 einem gemeinsamen Oberbefehl  
99 ein.

100 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*  
101 *wort Europapolitik, Unsere Argumente*  
102 *von A bis Z.*

104 *Regionalpolitik der EU*

105 Die FDP Thüringen unterstützt die  
106 Bestrebungen der EU, den Regio-  
107 nen ein höheres Maß an Entschei-  
108 dungsbefugnis zu übertragen. Dies  
109 ermöglicht eine stärkere Besinnung  
110 auf den mitteldeutschen Raum.  
111 Thüringen und Mitteldeutschland  
112 bekommen dadurch die Chance,  
113 sich in ihrem direkten Umfeld zu  
114 entwickeln, zu entfalten, bedarfsge-  
115 rechte und maßgeschneiderte Zu-  
116 kunftspläne zu entwerfen und un-  
117 mittelbar umzusetzen. Sowohl die  
118 EU, die einzelnen Mitgliedsstaaten,  
119 als auch die jeweiligen Gliedstaaten  
120 brauchen ein Machtgleichgewicht  
121 zwischen den Interessen der Akteu-  
122 re. Nur eine EU mit starken Regio-  
123 nen ist bürgernah. Thüringen und  
124 Mitteldeutschland brauchen für die  
125 Bewältigung der zukünftigen Her-  
126 ausforderungen und den Erhalt der  
127 Bürgernähe eine nachhaltige und  
128 funktionstüchtige EU-  
129 Regionalpolitik.

130 → *Programm der FDP Thüringen zur*  
131 *Wahl des 4. Thüringer Landtages, Erfurt*  
132 *2004, S. 5.*

134 *Verfassung*

135 Die FDP tritt ein für den Verfas-  
136 sungsvertrag für die Europäische

137 Union, der als Kompromiss trotz  
138 mancher Schwächen vor allem viele  
139 Vorteile bringt: Er vertieft die euro-  
140 päische Identität, indem er die Ziele  
141 und Werte benennt, die allen Euro-  
142 päern gemeinsam sind. Er verpflich-  
143 tet die EU auf die Charta der  
144 Grundrechte und stärkt das Europä-  
145 ische Parlament in der Gesetzge-  
146 bung und bei der Aufstellung des  
147 Haushalts. Er stärkt die Bürgerrech-  
148 te mit der Einführung eines Volks-  
149 begehrens und verpflichtet den EU-  
150 Ministerrat, künftig öffentlich Recht  
151 zu setzen. Er stärkt die nationalen  
152 Parlamente, die ggf. mit dem Euro-  
153 päischen Gerichtshof durchsetzen  
154 werden, dass die EU ihre Kompe-  
155 tenzen nicht überschreitet. Mit der  
156 Verfassung wird die EU einfacher  
157 und durchschaubarer entscheiden,  
158 weil die Europäische Kommission  
159 verschlankt und das Vetoprinzip  
160 zurückgedrängt wird. Nach den  
161 gescheiterten Referenden zum Ver-  
162 fassungsvertrag in Frankreich und  
163 den Niederlanden stockt der Pro-  
164 zess. Das ursprüngliche Ziel, die  
165 Verfassung 2007 in Kraft zu setzen,  
166 kann nicht mehr erreicht werden.  
167 Die Zeit muss genutzt werden, Ver-  
168 trauen der Bürger in Europa wieder-  
169 herzustellen, in ein Europa, das  
170 seiner Aufgabe im globalen Zeitalter  
171 gerecht wird und das weniger büro-  
172 kratisch und zentralistisch ist.

173 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*  
174 *wort EU-Verfassung, Unsere Argumente*  
175 *von A bis Z.*

177 *Wettbewerb als Fundament der sozialen*  
178 *Marktwirtschaft in Europa*

179 Die Wettbewerbspolitik in Deutsch-  
180 land und Europa steht nach Jahren  
181 der Infragestellung marktwirtschaft-  
182 licher Prinzipien an einem Scheide-  
183 weg. Nicht zuletzt der EU-  
184 Reformvertrag - als Vertrag von  
185 Lissabon am 13. Dezember 2007  
186 unterzeichnet - zeigt die zunehmen-  
187 de Entwertung des Wettbewerbs-  
188 prinzipts in der deutschen und euro-  
189 päischen Wirtschaftsverfassung.  
190 Eine Verengung auf nur ein, hinter  
191 dem Wettbewerbsprinzip stehendes,  
192 Schutzziel ist mit diesem Konzept  
193 des geltenden Gemeinschaftsrechts  
194 nicht vereinbar. Vielmehr fördert der  
195 Wettbewerb an sich eine unbe-  
196 stimmte Anzahl von Schutzanliegen:  
197 • Wettbewerb als schöpferischer  
198 Prozess dient dem Wohlfahrtsziel  
199 der Förderung des Fortschritts.  
200 • Wettbewerb fördert zugleich die  
201 Konsumentenwohlfahrt dadurch,  
202 dass er die Interessen der Verbrau-  
203 cher an der Sicherung einer günsti-

1 gen Versorgung mit den von ihnen  
2 begehrten Produkten gewährleistet.  
3 • Wettbewerb ist zudem ein entschei-  
4 dendes Instrument zur Bewahrung  
5 von Freiheit und zur Kontrolle wirt-  
6 schaftlicher und politischer Macht.  
7 Europapolitisch wird die Thüringer  
8 FDP weiterhin den Wettbewerb institu-  
9 tionell stärken und dafür sorgen, dass:  
10 1. das Wettbewerbsrecht nicht zu einem  
11 Mittel zur Durchsetzung staatlich de-  
12 finierter Wohlfahrtsziele degradiert  
13 wird, sondern der Sicherung des  
14 Wettbewerbs als Selbstzweck dient;  
15 2. ein unabhängiges Europäisches Kar-  
16 tellamt geschaffen wird, welches dem  
17 Ziel eines "Binnenmarkts mit freiem  
18 und unverfälschtem Wettbewerb"  
19 verpflichtet ist, und dabei auf ein er-  
20 gebnisoffenes Wettbewerbskonzept  
21 zum Schutz der Handlungsfreiheit  
22 der Marktteilnehmer und zur Siche-  
23 rung einer wettbewerbsförderlichen  
24 Marktstruktur vertraut.  
25 → *Beschluss FDP Landesvorstand Thürin-*  
26 *gen März 2008*

## Familienpolitik

### *Grundpositionen*

31 Familienplanung setzt Zuversicht und  
32 Verlässlichkeit voraus - statt ungehal-  
33 tener Versprechen und häufiger Kurs-  
34 wechsel einer Regierung. Deshalb will  
35 die FDP für solide finanzielle Rah-  
36 menbedingungen für alle Familien - ob  
37 mit verheirateten, unverheirateten oder  
38 alleinerziehenden Eltern - sorgen und  
39 zum Wandel hin zu einer familien-  
40 freundlicheren Gesellschaft beitragen.  
41 Das Steuer-Modell der FDP sieht u. a.  
42 einen neuen steuerlichen Grundfreibe-  
43 trag von 7.700 Euro vor, der in voller  
44 Höhe sowohl für Erwachsene wie für  
45 Kinder gilt. Gleichzeitig soll das Kin-  
46 dergeld für jedes Kind auf 200 Euro  
47 erhöht werden. Aufwendungen für  
48 legale Beschäftigte im Privathaushalt,  
49 wie Kinderfrauen, sollen bis zu 12.000  
50 Euro im Jahr steuerlich abzugsfähig  
51 sein. Wir setzen uns ein für einen quali-  
52 tativ hochwertigen Ausbau der Kinder-  
53 tageseinrichtungen und der Tagespfle-  
54 ge. Um Chancengleichheit für alle  
55 Kinder zu erreichen, soll der Kinder-  
56 gartenplatz für Kinder zwischen dem 3.  
57 Lebensjahr und der Einschulung ge-  
58 bührenfrei sein. Zu familienfreundli-  
59 chen Bedingungen in unserer Gesell-  
60 schaft gehören - mit Blick sowohl auf  
61 die Kindergeneration als auch auf die  
62 ältere Generation - eine familienge-  
63 rechte Arbeitswelt, eine Kultur der  
64 Anerkennung der Leistungen und  
65 Kompetenzen von Eltern und eine  
66 gute soziale Infrastruktur für Familien.

67 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*  
68 *wort Familienpolitik, Unsere Argumente*  
69 *von A bis Z.*

70  
71 *Gebührenfreie Kinderbetreuung*  
72 Die FDP Thüringen setzt sich für  
73 eine gebührenfreie Bereitstellung  
74 von Kindertagesplätzen ein. Dar-  
75 über hinaus engagieren wir Liberale  
76 uns für ein rein steuerfinanziertes  
77 Modell der Kinderbetreuung in  
78 Kindertagesstätten.

79 → *FDP Landesvorstand, Antrag Nr.*  
80 *22, Familienpolitik - Steuerfinanzierte*  
81 *Kindertagesplätze, Außerordentlicher*  
82 *Landesparteitag der FDP Thüringen, 23.*  
83 *04. 2006, Bleicherode.*

84  
85 *Kinderlärm ist Zukunftsmusik*  
86 Die FDP Thüringen plädiert für:  
87 die Anerkennung der Erziehungs-  
88 leistungen der Eltern hinsichtlich im  
89 Sozialversicherungs- und Renten-  
90 recht eine stärkere Berücksichtigung  
91 von Kindern und Familien in der  
92 Städtebau- und Wohnungsbaupoli-  
93 tik, in der Schul- und Verkehrspoli-  
94 tik eine Erhöhung attraktiver Kin-  
95 derbetreuungsangebote in Kinder-  
96 gärten, Grundschulorten, Sport-,  
97 Kultur- und anderen Arbeitsge-  
98 meinschaften auch für einkom-  
99 mensschwache Bevölkerungsschich-  
100 ten auch durch Einbeziehung des  
101 Ehrenamtes auf kommunaler Ebene  
102 gefährdete Kinder zu identifizieren  
103 und auch geeignete staatliche Hilfen  
104 bereitzustellen Initiativen im Bun-  
105 desrat zur steuerlichen Entlastung  
106 von Familien durch die Senkung  
107 direkter Lasten (Einkommens-,  
108 bzw. Lohnsteuer) und indirekter  
109 Belastungen (Öko- bzw. Mehr-  
110 wertsteuer)

111 Unser Land braucht Familien und  
112 Kinder, nicht nur um den negativen  
113 Auswirkungen der Gesellschaftsver-  
114 änderung zu begegnen. Sie sind  
115 darüber hinaus ein wichtiger Be-  
116 standteil eines zufriedenen und  
117 erfüllten Lebens. Wir Liberalen  
118 unterstützen die jüngeren Generati-  
119 onen dabei, sich wieder bewusst für  
120 Familie und Kind zu entscheiden,  
121 ohne Angst zu haben, eigene Wün-  
122 sche und Vorstellungen aufgeben zu  
123 müssen. Grundlagen einer tragfähi-  
124 gen Familien- und Kinderpolitik  
125 sind eine bessere Vereinbarkeit von  
126 Familie und Beruf sowie eine Erhö-  
127 hung der allgemeinen Kinder- und  
128 Familienfreundlichkeit.

129 → *Programm der FDP Thüringen zur*  
130 *Wahl des 4. Thüringer Landtages, Erfurt*  
131 *2004, S. 17.*

## Feiertage

135 *Nationalfeiertag*  
136 Der 3. Oktober als Nationalfeiertag  
137 sollte nach Ansicht der FDP Thü-  
138 ringen auf den 9. November verlegt  
139 werden. Das Schlüsselereignis für  
140 das Zustandekommen der deutschen  
141 Wiedervereinigung wird durch dieses  
142 Datum besser repräsentiert. Am 3.  
143 Oktober trat "lediglich" der Vertrag  
144 zur Deutschen Einheit in Kraft.  
145 Er kämpft wurde er jedoch am 9.  
146 November. Ein solcher Feiertag soll  
147 die Leistung unseres Volkes und  
148 nicht das Ergebnis eines Verwal-  
149 tungsaktes ehren. Er symbolisiert  
150 wie kein anderes Datum die wech-  
151 selvolle Entwicklung Deutschlands  
152 zu einem demokratischen und  
153 rechtsstaatlichen Land. Die Wieder-  
154 vereinigung reiht sich zweifelsohne  
155 als Krönung dieser Entwicklung ein,  
156 lässt aber auch Zeit und Raum, den  
157 Opfern und dem Preis unseres jetzi-  
158 gen Status zu gedenken. Deshalb  
159 sollte dieser Tag dann auch als "Tag  
160 der Deutschen Geschichte" began-  
161 gen werden.  
162 → *Barth, Uwe, Presseveröffentlichung,*  
163 *Nationalfeiertag auf 9. November legen,*  
164 *30. 12. 2005.*

## Finanz- und Haushaltspolitik

165  
166  
167  
168 *Siehe auch:*  
169 *Förderpolitik*

### *Nachhaltigkeit und Zielgenauigkeit*

170  
171 Die FDP Thüringen tritt ein für:  
172  
173 • die Vereinfachung und Senkung  
174 des Steuer- und Abgabenrechts  
175 • eine klare Definition freiwilliger  
176 und Pflichtleistungen des Landes  
177 im Rahmen der Daseinsfürsorge  
178 für die Bürger  
179 • eine an den tatsächlichen Zustän-  
180 digkeiten des Landes orientierte  
181 Personalentwicklung  
182 • die Effizienzerhöhung beim Ein-  
183 satz öffentlicher Mittel auf der  
184 Grundlage von Kosten-Nutzen-  
185 Rechnung und wirtschaftlicher  
186 Rechnungsführung  
187 • Haushaltstransparenz durch be-  
188 triebswirtschaftliches Controlling  
189 • einen stufenweisen Abbau von  
190 Subventionen und Beihilfen  
191 • regelmäßige Rechenschaftsberichte  
192 über Subventionsverteilung und  
193 den Verbleib öffentlichen Vermö-  
194 gens  
195 • die Neuordnung des kommunalen  
196 Finanzausgleichs zur Sicherstellung  
197 der Investitionsfähigkeit der Kom-  
198 munen und Gemeinden durch In-  
199 vestitionspauschalen.  
200 Die Schuldenlast des Freistaates  
201 Thüringen ist erdrückend. Eine

1 langfristige Lösung ist erforderlich, um  
 2 die gesellschaftliche und politische  
 3 Handlungsfähigkeit des Landes, der  
 4 Kommunen und Gemeinden zu erhal-  
 5 ten. Die Anforderungen an die Haus-  
 6 halts- und Finanzpolitik sind hoch. Sie  
 7 muss das Land dazu befähigen, die  
 8 eigene Entwicklung aktiv und gestal-  
 9 tend zu beeinflussen. Verlässlichkeit,  
 10 Nachhaltigkeit und Zielgenauigkeit  
 11 sind die Eckpfeiler eines ausgeglichen-  
 12 ten Haushalts und damit die Zukunftsfä-  
 13 higkeit Thüringens.  
 14 → *Programm der FDP Thüringen zur*  
 15 *Wahl des 4. Thüringer Landtages, Erfurt*  
 16 *2004, S. 22f.*

18 *Netto-Neuverschuldung Null*  
 19 Die FDP Thüringen fordert von der  
 20 CDU-Landesregierung, die Neuver-  
 21 schuldung des Landes bis 2009 auf  
 22 Null zu senken.  
 23 Darüber hinaus wollen wir das Neu-  
 24 verschuldungsverbot verfassungsrecht-  
 25 lich verankern. Es soll für den Bund,  
 26 die Länder und die Kommunen gelten.  
 27 → *Netto-Neuverschuldung in Thüringen:*  
 28 *Beschluss des Landesparteitages vom*  
 29 *7.10.2006 in Steinbach-Hallenberg, Verfas-*  
 30 *sungsrechtliches Neuverschuldungsverbot:*  
 31 *Beschluss des FDP-Bundesvorstandes auf*  
 32 *Antrag der FDP Thüringen im November*  
 33 *2006.*

35 *Subventionsabbau*  
 36 Die FDP Thüringen lehnt pauschale  
 37 Subventionskürzungen ab. Wir Liberale  
 38 plädieren für eine Staffelung danach,  
 39 wie volkswirtschaftlich sinnvoll und  
 40 zeitgemäß der zu unterstützende Be-  
 41 reich ist. Die Stein- und Braunkohle-  
 42 förderung sollte demzufolge stärker  
 43 abgebaut werden, um konjunkturbele-  
 44 bende Bereiche wie die Eigenheimzu-  
 45 lage oder die Pendlerpauschale auch  
 46 weiterhin anbieten zu können.  
 47 → *Gutmacher, Dr. Karlheinz, Presseveröf-*  
 48 *fentlichung, Die Rasenmäher, 8. 10. 2003.*

50 *Thüringer Landeshaushalt*  
 51 Die FDP Thüringen hält folgende  
 52 Punkte für notwendig:

- 53 • Intensivierung der Unterstützung
- 54 von Kommunen durch Beratung und
- 55 Wissenstransfer, Bildung von
- 56 Schwerpunkten im Tourismusbereich
- 57 • Gründung, Förderung, Moderation
- 58 und Koordination eines mitteldeut-
- 59 schen Wissenschaftsclusters mit Teil-
- 60 nehmern aus Wirtschaft und Hoch-
- 61 schulen als Informationsnetzwerk zur
- 62 verbesserten Nutzung wissenschaftli-
- 63 cher Ressourcen
- 64 • Ausweitung der Betreuung bei Grün-
- 65 dung, Neuansiedlung und Erweite-
- 66 rung wirtschaftlicher Vorhaben von

67 Handwerk, kleinen und mittleren  
 68 Unternehmen  
 69 • Verbesserung der europäischen  
 70 und der weltweiten Vermarktung  
 71 des Standortes Thüringen mit  
 72 dem Ziel, zukunftsfähige Unter-  
 73 nehmen, Produkte und Technolo-  
 74 gien im Freistaat anzusiedeln  
 75 • Verwaltungsreform und Kreisge-  
 76 bietsreform  
 77 • Überprüfung staatlicher Aufgaben  
 78 und deren Streichung (z.B. Flur-  
 79 neuordnung), strukturelle Priva-  
 80 tisierung nicht hoheitlicher Auf-  
 81 gaben etc.  
 82 • Verzicht der Exekutive und Legis-  
 83 lative auf unnötige Vermehrung  
 84 von Landesgesetzen und Verord-  
 85 nungen  
 86 Kredite schränken die Handlungs-  
 87 freiheit kommender Generationen  
 88 ein. Sie sollten verfassungsrechtlich  
 89 verboten werden. Dabei wird es  
 90 selbstverständlich Ausnahmen für  
 91 Not- oder Krisensituationen geben.  
 92 Geringes Wirtschaftswachstum,  
 93 hohe Arbeitslosigkeit und wenig  
 94 Steuereinnahmen schränken die  
 95 finanzielle Handlungsfähigkeit  
 96 Thüringens ein. Eine langfristig  
 97 erfolgreiche Entwicklung des Lan-  
 98 des und die Zukunftssicherung  
 99 seiner Bürger sind nur möglich,  
 100 wenn der Landeshaushalt ausgegli-  
 101 chen ist und ihm finanzielle Spiel-  
 102 räume zur Verfügung stehen. Er-  
 103 reicht werden kann dies einerseits  
 104 durch gezielte Unterstützung bei  
 105 der Vermarktung Thüringer "Pro-  
 106 dukte" aus Wirtschaft, Forschung  
 107 und Tourismus. Andererseits müs-  
 108 sen bestehende Kostenfaktoren  
 109 gesenkt werden. Steuergelder müs-  
 110 sen gezielter und Subventionen  
 111 gestaffelter eingesetzt werden, um  
 112 dem jeweiligen Bedarf gerecht zu  
 113 werden.  
 114 → *Programm der FDP Thüringen zur*  
 115 *Wahl des 4. Thüringer Landtages, Erfurt*  
 116 *2004, S. 22f.*

**Föderalismus**

120 *Grundpositionen*  
 121 Die Föderalismusreform bleibt eine  
 122 der dringendsten Aufgaben der  
 123 Politik in Deutschland und muss  
 124 unverzüglich neu angegangen wer-  
 125 den. Die politischen Verantwort-  
 126 lichkeiten müssen unter Zweckmä-  
 127 ßigkeits Gesichtspunkten neu geord-  
 128 net werden. Dies verbessert die  
 129 Handlungsfähigkeit von Bund und  
 130 Ländern und baut Blockademög-  
 131 lichkeiten ab. Der lähmende "ko-  
 132 operative Föderalismus" muss in  
 133 einen modernen Wettbewerbsföde-

134 ralismus umgebaut werden. Födera-  
 135 lismus heißt nicht Gleichmacherei,  
 136 sondern bedeutet Vielfalt. Wettbe-  
 137 werbsföderalismus beinhaltet ein  
 138 bislang unausgeschöpftes Potential  
 139 durch Lernen vom Anderen, um die  
 140 beste Lösung für den Bürger zu  
 141 erreichen. Bei einem neuen Anlauf  
 142 zur Reform dürfen nicht die Fehler  
 143 der Föderalismuskommission wie-  
 144 derholt werden. Das heißt: keine  
 145 Tabuisierung vielleicht unbequemer,  
 146 aber wichtiger Themen, wie Steuer-  
 147 autonomie für die Länder, Reform  
 148 des Länderfinanzausgleichs und  
 149 Länderneugliederung. Nicht Einzel-  
 150 interessen, sondern das Wohl der  
 151 Bürger unseres Staates muss im  
 152 Mittelpunkt stehen. Zur Erarbeitung  
 153 einer umfassenden Reform benöti-  
 154 gen wir einen Konvent, der sich aus  
 155 Persönlichkeiten des öffentlichen  
 156 Lebens, Wissenschaftlern und akti-  
 157 ven Politikern zusammensetzt.  
 158 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*  
 159 *wort Föderalismusreform, Unsere Ar-*  
 160 *gumente von A bis Z.*

*Föderalismusreform*

163 Die Föderalismusreform bleibt eine  
 164 der dringendsten Aufgaben der  
 165 Politik in Deutschland und muss  
 166 unverzüglich neu angegangen wer-  
 167 den. Die politischen Verantwortlich-  
 168 keiten müssen unter Zweckmäßig-  
 169 keits Gesichtspunkten neu geordnet  
 170 werden. Dies verbessert die Hand-  
 171 lungsfähigkeit von Bund und Län-  
 172 dern und baut Blockademöglichkei-  
 173 ten ab. Der lähmende "kooperative  
 174 Föderalismus" muss in einen mo-  
 175 dernen Wettbewerbsföderalismus  
 176 umgebaut werden. Föderalismus  
 177 heißt nicht Gleichmacherei, sondern  
 178 bedeutet Vielfalt. Wettbewerbsföde-  
 179 ralismus beinhaltet ein bislang un-  
 180 ausgeschöpftes Potential durch  
 181 Lernen vom Anderen, um die beste  
 182 Lösung für den Bürger zu erreichen.  
 183 Bei einem neuen Anlauf zur Reform  
 184 dürfen nicht die Fehler der Födera-  
 185 lismuskommission wiederholt wer-  
 186 den. Das heißt: keine Tabuisierung  
 187 vielleicht unbequemer, aber wichti-  
 188 ger Themen, wie Steuerautonomie  
 189 für die Länder, Reform des Länder-  
 190 finanzausgleichs und Länderneuglie-  
 191 derung. Nicht Einzelinteressen,  
 192 sondern das Wohl der Bürger unse-  
 193 res Staates muss im Mittelpunkt  
 194 stehen. Zur Erarbeitung einer um-  
 195 fassenden Reform benötigen wir  
 196 einen Konvent, der sich aus Persön-  
 197 lichkeiten des öffentlichen Lebens,  
 198 Wissenschaftlern und aktiven Politi-  
 199 kern zusammensetzt.

1 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stichwort*  
 2 *Föderalismusreform, Unsere Argumente von*  
 3 *A bis Z.*

4  
 5 *Mitteldeutsches Bundesland*

6  
 7 *Siehe auch:*

8     ➤ *Artikel Mittelddeutschland*

9  
 10 Die FDP Thüringen setzt sich dafür  
 11 ein, die Anzahl der Bundesländer zu  
 12 reduzieren. In Anbetracht der sich  
 13 mittel- bzw. langfristig verschlechtern-  
 14 den Finanzsituation sowie der demo-  
 15 graphischen Entwicklung können die  
 16 Bundesländer in derzeitiger Formation  
 17 und Kompetenzausstattung immer  
 18 weniger ihre Aufgaben wahrnehmen.  
 19 Außerdem sind sie schlicht verwal-  
 20 tungstechnisch überdimensioniert. Der  
 21 Föderalismus muss wieder die Chance  
 22 bekommen, regionale Unterschiede  
 23 auszudrücken ohne sich in Kleinstaate-  
 24 rei zu verlieren. Eine Neuordnung der  
 25 Machtverhältnisse wird auf diese Weise  
 26 erleichtert und erhält ein transparenteres  
 27 Erscheinungsbild. Unübersichtliche  
 28 Kompetenzüberlagerungen und -  
 29 vermischungen werden ersetzt. Initia-  
 30 tor und Ideengeber können dabei die  
 31 mitteldeutschen Länder spielen, die zu  
 32 einem gemeinsamen Bundesland fusio-  
 33 nieren. Durch eine Verwaltungszu-  
 34 sammenlegung kann in allen Politikbe-  
 35 reichen zusammenhängender agiert  
 36 werden. Positiv wirkt sich das vor  
 37 allem auf jene Politikfelder aus, die  
 38 naturgemäß an Grenzen keinen Halt  
 39 machen, wie z.B. Natur, Umwelt, Wirt-  
 40 schaft, Wissenschaft und Forschung.  
 41 Den Menschen geht mit einem solchen  
 42 Länderzusammenschluss nichts verlo-  
 43 ren. Denn Heimatverbundenheit hat  
 44 mehr mit der Region, der Geschichte  
 45 und der Mentalität der hier lebenden  
 46 Leute als mit der staatlichen Verwal-  
 47 tungszugehörigkeit zu tun.

48 → *FDP Landesvorstand, Antrag Nr. 30,*  
 49 *Aufbau Ost – Umbau Ost – Chancen West,*  
 50 *18. Ordentlicher Landesparteitag des FDP*  
 51 *Landesverbandes Thüringen, 12. 3. 2005,*  
 52 *Apolda/ Pffiffelbach. Kurth, Patrick, Presse-*  
 53 *veröffentlichung, Ratloser Matschie, 2. 5.*  
 54 *2006.*

## 56 Förderpolitik

### 57 *Investitionsanreize*

58 Die FDP Thüringen setzt sich für eine  
 59 regelmäßige Effektivitätsprüfung vor-  
 60 handener Standards und Rechtsnormen  
 61 sowie den nachhaltigen Abbau der  
 62 Genehmigungsbürokratie ein. Weitere  
 63 wichtige Maßnahmen sind:

64  
 65 • die Schaffung einer zentralen Anlauf-  
 66 stelle für Genehmigungsverfahren,  
 67 damit potentielle Investoren und E-

68 xistenzgründer Zeit und Kosten  
 69 sparen.

70 • die Vereinfachung und Verkür-  
 71 zung der Genehmigungsverfahren. Reagiert eine Behörde nicht  
 72 innerhalb einer festgelegten Frist  
 73 auf einen Genehmigungsantrag,  
 74 gilt dieser als automatisch erteilt.

75  
 76 • die Reduzierung von Förderungs-  
 77 und Existenzgründungsprogram-  
 78 men auf eine übersichtliche und  
 79 verständliche Anzahl

80 • die Herausbildung innovativer  
 81 Standorte, die weniger regional,  
 82 sondern branchenspezifisch defi-  
 83 niert sind.

84 Der wirtschaftliche Erfolg eines  
 85 Landes rührt aus dem Einsatz enga-  
 86 gierter Unternehmer und Mitarbei-  
 87 ter her. Er ist nur partiell politisch  
 88 steuerbar. Staatliche Investitionen  
 89 und Förderinstrumente können  
 90 daher immer nur ein Teil guter  
 91 Wirtschaftspolitik sein. Die Rolle  
 92 des Staates und seiner Wirtschafts-  
 93 politik sollte vielmehr die Beseiti-  
 94 gung von Hemmnissen und die  
 95 Schaffung eines angenehmen Inves-  
 96 titionsklimas umfassen. Zu häufig  
 97 werden jedoch potentielle Investo-  
 98 ren durch zu lange und zeitaufwen-  
 99 dige Feststellungs- und Genehmi-  
 100 gungsverfahren, bürokratische  
 101 Auflagen und Hürden verschreckt  
 102 und wandern ab. Die Unternehmen  
 103 sollen sich willkommen fühlen und  
 104 die notwendige Unterstützung des  
 105 Landes zu bekommen, um hier  
 106 Arbeitsplätze zu schaffen. Ansied-  
 107 lungsprozesse müssen verkürzt,  
 108 optimiert und passgenau für die  
 109 Investoren gestaltet werden.

110 → *Programm der FDP Thüringen zur*  
 111 *Wahl des 4. Thüringer Landtages, Erfurt*  
 112 *2004, S. 11f.*

## 113 Frauenpolitik

### 114 *Frauen in die Politik*

115 Die FDP Thüringen kann und will  
 116 nicht auf die innovative und leis-  
 117 tungsstarke Hälfte der Bevölkerung  
 118 verzichten. Frauen müssen verstärkt  
 119 Eingang in die Politik und die FDP  
 120 finden, damit sie eine Plattform für  
 121 ihre Interessen bekommen. Wir  
 122 Liberalen setzen uns für eine stärker-  
 123 e Berücksichtigung und Einbezie-  
 124 hung von Frauen allgemein ein,  
 125 besonders aber für ihre aktive Mit-  
 126 arbeit in den Parteigremien und  
 127 Wahllisten der FDP. Die FDP  
 128 unterstützt Frauen in ihrem politi-  
 129 schen Engagement.

130  
 131 → *Liberales Frauen Thüringen, Antrag*  
 132 *Nr. 44, Gleichstellung, 18. Ordentlicher*  
 133 *Landesparteitag des FDP Landesver-*  
 134

135 *bandes Thüringen, 12. 3. 2005, Apolda/*  
 136 *Pffiffelbach.*

### 137 *Grundpositionen*

138 Die FDP setzt sich dafür ein, dass  
 139 unsere Gesellschaft in allen Berei-  
 140 chen jeder Frau ermöglicht, ihr  
 141 Leben mit gleichen Chancen zu  
 142 gestalten. Liberale Frauenpolitik baut  
 143 auf die Qualifikationen, Stärken und  
 144 die Leistungsbereitschaft von Frau-  
 145 en. Die tatsächliche Gleichberechtigung  
 146 von Frauen und Männern setzt  
 147 einen gesellschaftlichen Wandel im  
 148 weiblichen und im männlichen Rol-  
 149 lenverständnis und die stärkere  
 150 Wertschätzung und Integration  
 151 weiblicher Potenziale in Wirtschaft  
 152 und Gesellschaft voraus. Frauen  
 153 sind besser qualifiziert als jemals  
 154 zuvor und bringen besondere Per-  
 155 spektiven, Wissen und Erfahrungen  
 156 mit, auf die die Gesellschaft nicht  
 157 verzichten sollte. Um die Chancen  
 158 von Frauen in unserer Gesellschaft  
 159 zu verbessern, ist von Staat und  
 160 Politik keine Spartenpolitik im Sinne  
 161 von Sozialpolitik, sondern eine  
 162 Querschnittspolitik im Sinne eines  
 163 neuen Rollenverständnisses von  
 164 Mann und Frau gefordert. Zentrale  
 165 Handlungsfelder sind dabei für die  
 166 Liberalen: Bildungspolitik (u.a. Ab-  
 167 bau von Rollenklischees, Beeinflussung  
 168 des Berufswahlverhaltens),  
 169 Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik  
 170 (frauen- und familienfreundliche  
 171 Personalpolitik, Flexibilisierung der  
 172 Arbeit, Entgeltgerechtigkeit zwi-  
 173 schen den Geschlechtern, Abschaf-  
 174 fung der Steuerklasse V) und Famili-  
 175 enpolitik (z.B. Ausbau der Kinder-  
 176 betreuungsangebote, finanzielle  
 177 Entlastung von Alleinerziehenden,  
 178 steuerliche Absetzbarkeit von Haus-  
 179 haltshilfen).

180  
 181 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*  
 182 *wort Frauenpolitik, Unsere Argumente*  
 183 *von A bis Z.*

## 184 Gesellschaftspolitik

185  
 186  
 187 *Siehe auch:*

- 188     ➤ *Behindertenpolitik*
- 189     ➤ *Frauenpolitik*
- 190     ➤ *Gleichwertigkeit*
- 191     ➤ *Kinder und Jugendliche*
- 192     ➤ *Religionen*
- 193     ➤ *Seniorenpolitik*

### 194 *Grundgedanken*

195 Gesellschaft ist mehr als nur die  
 196 Menschen, die in einem Land leben.  
 197 Sie ist vielschichtig und komplex,  
 198 individuell und kollegial. Vor allem  
 199 aber ist sie veränderbar. Sie kann  
 200 und muss sich neuen Entwicklungen  
 201

1 und Herausforderungen stellen. Betrof-  
 2 fen davon sind das Zusammenleben  
 3 der Generationen, die Beziehungen der  
 4 Menschen untereinander, der ländliche  
 5 und städtische Siedlungsraum sowie die  
 6 Integration fremder Kulturen und  
 7 Religionen. Die Gesellschaftspolitik  
 8 besitzt eine herausgehobene Stellung.  
 9 Sie ist richtungweisend und strahlt mit  
 10 ihrer Grundintention auf alle anderen  
 11 Politikfelder aus und beeinflusst so  
 12 deren Aussehen. Die Aufgabe von  
 13 Gesellschaftspolitik ist es nicht allein,  
 14 neue Entwicklungslinien aufzunehmen.  
 15 Vielmehr muss sie aktiv an der Gestal-  
 16 tung des Gesellschaftsbildes teilneh-  
 17 men. Jeder einzelne Bürger muss sich  
 18 in diesem Bild wiedererkennen, um  
 19 daraus Perspektive und Motivation für  
 20 sein Leben zu schöpfen.

22 **Gesundheitspolitik**

24 Siehe auch:

- 25 ➤ Drogenpolitik
- 26 ➤ Krankenkassen
- 27 ➤ Patient
- 28 ➤ Pflegeversicherung
- 29 ➤ Ärzteschaft

31 *Eckpfeiler des Gesundheitssystems*

32 Die FDP Thüringen plädiert für:

- 33 • eine Kombination aus Grundversi-  
 34 cherung und zusätzlicher individuel-  
 35 ler Eigenvorsorge, staatliche Unter-  
 36 stützung in Sonderfällen,
  - 37 • den Aufbau kapitalgedeckter Siche-  
 38 rungssysteme,
  - 39 • Aufklärung und Gesundheitserzie-  
 40 hung in Kindergärten und Schulen,
  - 41 • Suchtprävention und gesundheitliche  
 42 Aufklärung bezüglich legaler und ille-  
 43 galer Drogen,
  - 44 • Förderung und Ausbau geriatrischer  
 45 Betreuung und Forschung,
  - 46 • die Behebung des Engpasses bei der  
 47 Versorgung mit Allgemeinmedizi-  
 48 nern, besonders im ländlichen Raum,
  - 49 • eine bessere Verzahnung von ambu-  
 50 lanter und stationärer Versorgung  
 51 und
  - 52 • die Förderung interdisziplinärer  
 53 Zusammenarbeit und Bündelung des  
 54 Angebots medizinischer Dienstleis-  
 55 tungen.
- 56 Wir Liberale treten für eine selbstbe-  
 57 stimmte und eigenverantwortliche  
 58 Gesundheitsvorsorge ein. Kein Außen-  
 59 stehender, keine staatliche Institution  
 60 oder Behörde weiß besser über die  
 61 Lebensplanung, Prioritäten bzw. etwai-  
 62 ge Risiken Bescheid als der Betroffene  
 63 selbst. Er soll Gesundheit bzw. Ge-  
 64 sundheitsabsicherung nach seinen  
 65 individuellen Bedürfnissen gestalten  
 66 können. Die Aufgabe der Gesund-

67 heitspolitik beinhaltet die Schaffung  
 68 entsprechender Rahmenbedingun-  
 69 gen, die eine adäquate Anpassung  
 70 an die jeweiligen Lebensumstände  
 71 und den Gesundheitszustand erlau-  
 72 ben. Unabdingbarer Eckpfeiler des  
 73 Gesundheitssystems ist es, die Ge-  
 74 sundheit zu erhalten, sie nicht  
 75 leichtfertig aufs Spiel zu setzen, um  
 76 sie anschließend zeit- und kostenin-  
 77 tensiv wieder herzustellen. Eine  
 78 nachhaltige und zukunftsfähige  
 79 Gesundheitspolitik muss daher die  
 80 Prinzipien von Aufklärung und  
 81 Prävention stärker in den Mittel-  
 82 punkt rücken. Im Falle einer  
 83 Krankheit muss eine einwandfreie  
 84 und effiziente aber auch eine be-  
 85 zahlbare ärztliche Versorgung ge-  
 86 währleistet werden. Hier muss das  
 87 Prinzip der Rehabilitation zur brei-  
 88 teren Anwendung kommen, um  
 89 dem Rekonvaleszenten schnell und  
 90 zielgenau seine Lebensqualität zu-  
 91 rückzugeben. Aber auch den An-  
 92 forderungen einer sich ändernden  
 93 Bevölkerungsstruktur muss die  
 94 Gesundheitspolitik Rechnung tra-  
 95 gen. Ältere Generationen dürfen  
 96 nicht an den Rand gedrängt werden.  
 97 Ihre Bedürfnisse und ihre Lebens-  
 98 qualität sind nicht von geringerer  
 99 Bedeutung für die Gesellschaft und  
 100 das Gesundheitssystem.  
 101 Vgl. Programm der FDP Thüringen  
 102 zur Wahl des 4. Thüringer Landta-  
 103 ges, Erfurt 2004, S. 19.

105 **GEZ**

107 *GEZ abschaffen*

108 Die FDP Thüringen ist für eine  
 109 Abschaffung des GEZ-Systems.  
 110 Stattdessen ist eine Medienpauscha-  
 111 le in Höhe von acht bis zehn Euro  
 112 für jeden volljährigen Bürger zu  
 113 erheben. Denn Medienkonsumenten  
 114 sind inzwischen alle. Diese  
 115 Rundfunkabgabe ist unabhängig  
 116 von der Anzahl betriebener Geräte.  
 117 Unternehmer und öffentlichen  
 118 Einrichtungen werden spürbar  
 119 entlastet. Zudem hätten Schwarzse-  
 120 her keine Chance, da die Zahlung  
 121 direkt an das zuständige Finanzamt  
 122 zu entrichten ist.  
 123 Bis zu dieser Umstellung setzt sich  
 124 die FDP Thüringen für eine Ände-  
 125 rung der GEZ-  
 126 Gebührenabrechnung bei Pension-  
 127 en und Hotels ein. Die GEZ-  
 128 Zahlung muss sich nach der tat-  
 129 sächlichen Zimmerauslastung rich-  
 130 ten. Abgeschafft wird die derzeit  
 131 geltende Zahlung pauschal nach  
 132 Anzahl der gemeldeten Zimmer, die  
 133 die tatsächliche Auslastungsquote  
 134 unberücksichtigt lässt.

135 *Beschluss 20. Landesparteitag FDP*  
 136 *Thüringen, Gera 2007*

138 *Verbot der Datenübermittlung*

139 Die FDP Thüringen wendet sich  
 140 gegen die Übermittlung persönlicher  
 141 Daten an die GEZ durch die Ein-  
 142 wohnermeldeämter. Die FDP wird  
 143 die Weitergabe der Daten an eine  
 144 Behörde wie die GEZ verbieten und  
 145 unter Strafe stellen.  
 146 ➔ *Barth, Uwe, Presseveröffentlichung,*  
 147 *Keine Einwohnerdaten an die GEZ*  
 148 *3.4.2008.*

150 **Gleichstellung**

152 *Antidiskriminierung - Stärkung der*  
 153 *Rechte von Minderheiten*

154 Die FDP tritt mit aller Entschieden-  
 155 heit für den Abbau von Diskriminie-  
 156 rung und Intoleranz ein. Wir wollen  
 157 Benachteiligungen beseitigen und die  
 158 Rechte von Minderheiten stärken.  
 159 Wir wollen die gleichen Rechte - und  
 160 auch die gleichen Chancen - für alle  
 161 Bürger, und das unabhängig von  
 162 ihrer ethnischen Herkunft, ihrem  
 163 Geschlecht, ihrer Religion oder  
 164 Weltanschauung, ihrer Behinderung,  
 165 ihres Alters oder ihrer sexuellen  
 166 Identität. Diesem Ziel fühlt sich die  
 167 FDP seit jeher in besonderer Weise  
 168 verpflichtet. Es ist falsch zu glauben,  
 169 das deutsche Recht kenne keine  
 170 Antidiskriminierungsvorschriften. So  
 171 gibt es bspw. in allen Rechtsnormen  
 172 rund 90 Schutzvorschriften für  
 173 Behinderte, davon 13 im Arbeits-  
 174 recht. Daher lehnen wir das von der  
 175 Bundesregierung beschlossene All-  
 176 gemeine Gleichbehandlungsgesetz  
 177 (unter Rot-Grün als Antidiskriminie-  
 178 rungsgesetz bekannt) ab.  
 179 ➔ *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*  
 180 *wort Antidiskriminierung, Unsere Argu-*  
 181 *mente von A bis Z.*

183 *Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften*

184 Die FDP Thüringen begrüßt die  
 185 Einführung eines Lebenspartner-  
 186 schaftsgesetzes. Gleichgeschlechtli-  
 187 che Lebensgemeinschaften bekom-  
 188 men die Möglichkeit, gesellschaftlich  
 189 und rechtlich anerkannt zu werden.  
 190 Die Ausgestaltung des Partner-  
 191 schaftsgesetzes in Thüringen ist  
 192 hingegen verbesserungswürdig.  
 193 Ereignisse und Zeremonien von  
 194 solch großer persönlicher Bedeutung  
 195 brauchen auch einen entsprechen-  
 196 den Ort, um vollzogen zu werden.  
 197 Das Landesverwaltungsamt Weimar  
 198 kann und darf hierbei nicht die ein-  
 199 zige Institution sein.  
 200 ➔ *Presseveröffentlichung, Bundesverfas-*  
 201 *sungsgerichtsentscheidung zur Homoebe*  
 202 *positiv aufgenommen, 24. 7. 2002.*

1  
2 **Globalisierung**

3  
4 *Grundpositionen*

5 Im Kern bedeutet Globalisierung die  
6 Fähigkeit der Menschen, weltweit zu  
7 agieren und zu kommunizieren. Man  
8 könnte auch von der Ausbreitung der  
9 Freiheit in kleinen Schritten sprechen.  
10 Als Liberale sehen wir in der Globali-  
11 sierung überwiegend Chancen, die die  
12 Politik im Sinne der Menschen nutzen  
13 muss: zur weltweiten Durchsetzung  
14 von Freiheit, Menschenrechten und  
15 Marktwirtschaft. Natürlich sind mit  
16 diesem Prozess auch Risiken verbun-  
17 den, die durch die politisch Verant-  
18 wortlichen minimiert werden müssen.  
19 Liberale setzen die Stärke des Rechts  
20 gegen das Recht des Stärkeren. Daher  
21 gehört der Aufbau eines immer ver-  
22 bindlicher werdenden weltweiten  
23 Rechtssystems zu den Kernbereichen  
24 der Globalisierung. Hierzu zählen das  
25 UN-System genauso wie das Regelwerk  
26 der WTO, eine Stärkung des Völker-  
27 rechts und der internationalen Ge-  
28 richtsbarkeit. Globalisierung bedeutet  
29 einerseits freier Handel und damit  
30 steigender Wohlstand. Denn nur freier  
31 Handel ist fairer Handel und dient so  
32 der Bekämpfung von Armut. Anderer-  
33 seits heißt Globalisierung auch eine  
34 stärkere Ausbreitung von Medien- und  
35 Informationsfreiheit, mehr kulturelle  
36 Vielfalt und eine Verbesserung der  
37 Bildungschancen durch den Austausch  
38 von Studenten und Schülern weltweit.  
39 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stichwort*  
40 *Globalisierung, Unsere Argumente von A bis*  
41 *Z.*

42  
43 **Hochschulen**

44  
45 *Grundsätze der Hochschulpolitik*

46 Unsere Hochschulen leisten einen  
47 wesentlichen Beitrag zur Zukunftssi-  
48 cherung, indem sie die Wissenschafts-  
49 lergeneration von morgen heranbilden  
50 und ständig einen erheblichen Anteil  
51 an neuen Forschungsergebnissen erar-  
52 beiten. Die Stärkung ihrer Leistungsfä-  
53 higkeit, die nach wie vor durch chroni-  
54 sche Unterfinanzierung, bürokratische  
55 Gängelung und ideologische Vorbehal-  
56 te geschwächt wird, ist daher eine  
57 vordringliche politische Aufgabe. Hier-  
58 zu fordert die FDP:  
59 • wesentliche Aufstockung der Fi-  
60 nanzzmittel für die Hochschulen bei  
61 langfristiger finanzieller Planungssi-  
62 cherheit;  
63 • freier Wettbewerb zwischen den  
64 Hochschulen ohne zentralistische  
65 Festlegung von Eliteuniversitäten;  
66 • Abschaffung der Zentralstelle für die  
67 Vergabe von Studienplätzen (ZVS)

68 und das Recht der Hochschulen  
69 auf Auswahl ihrer Studierenden;  
70 • Abschaffung der Kapazitätsver-  
71 ordnung (KapVO) und Ausbau  
72 von  
73 • Studienkapazitäten entsprechend  
74 der Nachfrage;  
75 • Autonomie der Hochschulen in  
76 Finanz-, Personal- und Organisa-  
77 tionsentscheidungen;  
78 • einen eigenen Wissenschaftstarif-  
79 vertrag für Wissenschaftler an  
80 Hochschulen und anderen staatli-  
81 chen Wissenschaftseinrichtungen;  
82 • stärkere Verzahnung der For-  
83 schung von Hochschulen, außer-  
84 universitären Forschungsinstitu-  
85 ten und der Industrie.  
86 Für die nahe Zukunft sind flexible  
87 Maßnahmen des Bundes und des  
88 Länder über den Hochschulpakt  
89 2020 hinaus notwendig, um den zu  
90 erwartenden Studentenberg zu  
91 bewältigen. Darüber hinaus bedarf  
92 es eines Hochschulpaktes II für  
93 einen Akademisierungsschub insbe-  
94 sondere in den Natur- und Ingeni-  
95 eurwissenschaften.  
96 In Thüringen muss die Förderung  
97 der Hochschulen und ihre Entlas-  
98 sung in die Autonomie eine vor-  
99 dringliche politische Aufgabe sein.  
100 *Vgl.: Initiative für mehr Forschungsfrei-*  
101 *heit in Deutschland. Beschluss des Präsi-*  
102 *diums der FDP vom*  
103 *14. Jan. 2008. - Vgl.: Antrag Nr. 15*  
104 *des KV Weimar an den 20. Ordentlichen*  
105 *Landesparteitag der FDP*  
106 *Thüringen, 21. April 2007, Gera.*  
107  
108 *Einführung eines Stipendiensystems*  
109 Die finanziellen Belastungen im  
110 Zusammenhang mit dem Studium  
111 sind enorm gestiegen. Der monatli-  
112 che Bedarf einer Hochschulschüle-  
113 rin oder eines Hochschulschülers  
114 von rund 770 € lässt sich nach der  
115 Umstellung und Straffung der Stu-  
116 diengänge im Zuge des Bologna-  
117 Prozesses oft nur durch den „Drei-  
118 klang“ aus Zuwendungen der El-  
119 tern, BAföG-Leistungen und eige-  
120 ner Erwerbstätigkeit decken. Durch  
121 das gestiegene Arbeitspensum der  
122 Studierenden ist das Jobben jedoch  
123 nur noch im begrenzten Umfang  
124 möglich, wenn der Studienerfolg  
125 nicht gefährdet werden soll. Be-  
126 sorgniserregende 33% aller Studen-  
127 ten jobben über 16 Stunden pro  
128 Woche und sind damit einer erheb-  
129 lichen studiengefährdenden Belas-  
130 tung ausgesetzt.  
131 Von der Erhöhung der BAföG-  
132 Sätze zum 01. August 2008 kann  
133 nur eine vergleichsweise geringe  
134 Zahl an Studierenden profitieren.

135 Gerade einmal jeder zehnte Studie-  
136 rende in Deutschland erhält die  
137 Vollförderung per BAföG. Inge-  
138 samt werden nur knapp 25% aller  
139 Studierenden durch BAföG unter-  
140 stützt.  
141 Deswegen setzen sich die Thüringer  
142 Liberalen für die Entwicklung einer  
143 neuen Stipendienkultur auf interna-  
144 tional üblichem Niveau ein. Dazu ist  
145 der Aufbau eines leistungsförder-  
146 nenden Stipendiensystem unverzichtbar.  
147 Derzeit werden lediglich nur  
148 rund 2 % der Studierenden durch  
149 ein Stipendium gefördert. Es muss  
150 dringend angestrebt werden, den  
151 Anteil der Studierenden, die ein  
152 Stipendium erhalten, schrittweise auf  
153 10 % zu erhöhen. In Ergänzung  
154 zum BAföG-System, das auf sozia-  
155 len Kriterien basiert, sollen Stipen-  
156 dien unabhängig vom Einkommen  
157 der Eltern unbürokratisch und aus-  
158 schließlich nach Begabung und  
159 Leistung vergeben werden. Bereits  
160 ein monatliches Stipendium von  
161 etwa 300 € könnte einen wichtigen  
162 Beitrag zur Studienfinanzierung für  
163 besonders begabte Studierende  
164 leisten.  
165 → *Beschluss Landesvorstand März 2008,*  
166 *in ähnlicher Form siehe auch*  
167 ➤ *Antrag FDP BT-Fraktion*  
168 *05.03.2008 (Drucksache 16/*  
169 *8407, vollständiger Antrag unter:*  
170 *www.fdp-*  
171 *fraktion.de/files/538/Antrag-*  
172 *nationalesStipendiensystem.pdf*  
173  
174 *Finanzierungsberatung für Studienvillige*  
175 *und Studenten*  
176 Finanzierungsberatung für Studien-  
177 willige und Studenten  
178 Mit der im Zuge des Bologna- Pro-  
179 zesses eingeleiteten Umstellung und  
180 Straffung der Studiengänge ist das  
181 Arbeitspensum der Studierenden  
182 nachweislich gestiegen. Jobben ist  
183 daher nur noch im begrenzten Um-  
184 fang möglich. Gleichmaßen wurde  
185 in letzter Zeit die Palette der Stu-  
186 dienfinanzierungsmöglichkeiten  
187 erweitert. Mittlerweile finden sich  
188 zahlreiche, auf die Bedürfnisse von  
189 Studierenden zugeschnittene, Darle-  
190 hen und Kredite. Eine Vielzahl an  
191 Studierendenstipendien ergänzen die  
192 Kreditangebote der Banken. Unter-  
193 schiedlichste Stiftungen bieten unter  
194 bestimmten Voraussetzungen För-  
195 dermöglichkeiten für Studentinnen  
196 und Studenten an. Dazu kommen  
197 die vom Bund geförderten Begab-  
198 tenförderungswerke.  
199 Viele, die nicht in die Gruppe der  
200 BAföG-Anspruchsberechtigten  
201 fallen, benötigen dennoch finanzielle  
202 Unterstützung, um ein Studium



1 erfolgreich zu Ende führen zu können.  
 2 Doch gerade dieser Personenkreis sieht  
 3 sich mit einer Vielzahl sehr unter-  
 4 schiedlicher Finanzierungsmodelle  
 5 konfrontiert und bedarf - auch ange-  
 6 sichts der polemischen Angstretorik  
 7 zur Überschuldung von Studierenden -  
 8 einer verlässlichen Beratungsinstanz.  
 9 Allerdings ist hier der normale BAföG-  
 10 Sachbearbeiter nicht hinreichend aus-  
 11 gebildet, um diesem Anspruch gerecht  
 12 zu werden. Der Aufbau einer solchen  
 13 professionellen Finanzierungsberatung  
 14 muss von allen beteiligten Akteuren,  
 15 insbesondere Bund, Ländern, Hoch-  
 16 schulen und Studentenwerk, vorange-  
 17 trieben werden. Es gilt Schülern und  
 18 Studierwilligen schon im Vorfeld eines  
 19 möglichen Studiums die Sicherheit zu  
 20 vermitteln, dass unterschiedlichste  
 21 Möglichkeiten zur Finanzierung eines  
 22 Studiums neben dem BAföG existieren  
 23 und sich diese Investition in die per-  
 24 sönliche Zukunft lohnt.

25 → *Beschluss Landesvorstand März 2008*

26 *Lehrerstudium praxisnäher gestalten*

27 Zur Verbesserung der didaktisch-  
 28 methodischen Ausbildung der Lehr-  
 29 amtsstudenten fordert die FDP Thü-  
 30 ringen die Einrichtung von Praxistagen  
 31 ab dem Grundstudium für die einzel-  
 32 nen Schulformen. Diese Praxistage  
 33 gehen über den Hospitationscharakter  
 34 hinaus und binden die Studenten in  
 35 den Schulalltag ein. Neben Gruppen-  
 36 und Einzelhospitationen werden von  
 37 den Studenten Lehrproben gehalten,  
 38 die im Fachseminar vorbereitet und  
 39 ausgewertet werden und somit von der  
 40 Universität eine wissenschaftliche  
 41 Begleitung erfahren. Darüber hinaus  
 42 werden die Lehramtsstudenten wäh-  
 43 rend dieser Praxistag mit den weiteren  
 44 Feldern der pädagogischen Arbeit an  
 45 den vertraut gemacht wie z.B. der  
 46 Klassenleitertätigkeit, der Elterarbeit,  
 47 außerunterrichtlicher Tätigkeiten etc.  
 48 Die Betreuung der Studenten über-  
 49 nimmt ein von der Schulleitung beauf-  
 50 tragter Lehrer. Die fachwissenschaftliche  
 51 Begleitung ist Angelegenheit der  
 52 auszubildenden Universität (Fachbe-  
 53 reich Didaktik/ Methodik). Die staatli-  
 54 chen Studienseminare werden abge-  
 55 schafft, da sie nicht mehr benötigt  
 56 werden.

57 → *Landesfachausschuss Bildung, Hochschule,  
 58 Kultur und Kunst, Antrag Nr. 12, Mehr  
 59 Qualität in der Lehrerbildung, 18. Ord-  
 60 nentlicher Landesparteitag des FDP Landes-  
 61 verbandes Thüringen, 12. 3. 2005, Apolda/  
 62 Pfiffelbach.*

63 *Studienentgelte*

64 Wenn möglichst viele kluge Köpfe  
 65 studieren, nutzt das der Gesellschaft  
 66 und fördert den Volkwohlstand. Da-

67 her müssen Universitäten staatlich  
 68 finanziert werden. Andererseits  
 69 verschafft ein Hochschulstudium  
 70 bessere Chancen auf dem Arbeits-  
 71 markt und überdurchschnittliche  
 72 Verdienstmöglichkeiten. Deshalb  
 73 sollen sich Studierende mit ange-  
 74 messenen Studienentgelten an der  
 75 Finanzierung ihres Studiums betei-  
 76 ligen.  
 77 Die FDP fordert, dass die Hoch-  
 78 schulen in eigener Verantwortung  
 79 Studienentgelte erheben können,  
 80 die der Verbesserung der Lehre  
 81 zusätzlich zugute kommen und dem  
 82 Zugriff des Finanzministers entzo-  
 83 gen sind. Dies stärkt den Wettbe-  
 84 werb sowohl unter den Hochschu-  
 85 len als auch unter den Studierenden  
 86 und wirkt dem Missbrauch von  
 87 Steuermitteln und Vergünstigungen  
 88 entgegen.

89 → *Junge Liberale Thüringen, Antrag  
 90 Nr. 13, Studiengebühren, 18. Ordentli-  
 91 cher Landesparteitag des FDP Landes-  
 92 verbandes Thüringen, 12. 3. 2005,  
 93 Apolda/ Pfiffelbach.*

94 *Studium für jeden trotz Studienentgelten*  
 95 Studienentgelte dürfen nicht dazu  
 96 führen, dass fähige junge Leute von  
 97 einem Studium abgehalten werden.  
 98 Deshalb sind sie für die FDP nur  
 99 gemeinsam mit einem System von  
 100 Stipendien und staatlich garantierten  
 101 Krediten denkbar. Insbesondere  
 102 muss, unabhängig vom Einkommen  
 103 der Eltern, gewährleistet sein, dass  
 104 Studienkredite erst nach Berufsein-  
 105 tritt und nach Erreichung eines  
 106 bestimmten Einkommens zurück-  
 107 gezahlt werden müssen.

108 Richtig verwendete Studienentgelte  
 109 kommen auch den Studierenden  
 110 zugute: Wenn sich durch diese das  
 111 Studium nur um 6 Monate verkürzt,  
 112 so kann ein Entgelt von z. B. 500  
 113 Euro pro Semester durch den frü-  
 114 heren Berufseintritt ganz schnell  
 115 wieder verdient werden.  
 116 → *FDP im Deutschen Bundestag, Unse-  
 117 re Argumente von A bis Z, Stichwort  
 118 Studiengebühren.*

119 *Bildungsgutscheine*

120 Die FDP schlägt eine Neuordnung  
 121 der staatlichen Hochschulfinanzie-  
 122 rung nach dem Prinzip "Geld folgt  
 123 Student" vor. Die Umsetzung sollte  
 124 über Bildungsgutscheine erfolgen,  
 125 welche alle diejenigen Jugendlichen  
 126 erhalten, die studieren wollen und  
 127 dazu berechtigt sind. Sie lösen diese  
 128 Gutscheine bei der Hochschule  
 129 ihrer Wahl ein, der damit ein ent-  
 130 sprechender Geldbetrag zufließt.  
 131 Dadurch wird das Gewicht der

132 Lehre gegenüber der Forschung  
 133 gestärkt und der Wettbewerb zwi-  
 134 schen den Hochschulen befördert.  
 135 Ein finanzieller Ausgleich zwischen  
 136 den einzelnen Ländern und dem  
 137 Bund ist in geeigneter Weise zu  
 138 organisieren.

139 *Vgl.: www.liberales.de, Suchwort Bildungs-  
 140 gutscheine*

141 *Autonomie der Hochschulen*

142 Hochschulen brauchen Autonomie,  
 143 um miteinander in Wettbewerb  
 144 treten und ihr  
 145 spezifisches Profil ausbilden zu  
 146 können. Die FDP fordert daher, die  
 147 Autonomie der Hochschulen im  
 148 Grundgesetz festzuschreiben. Auto-  
 149 nomie bedeutet:

- 150 • Selbständigkeit in Finanz-, Perso-  
 151 nal- und Organisationsentschei-  
 152 dungen;
- 153 • Globalhaushalt mit gegenseitiger  
 154 Deckungsfähigkeit der verschiede-  
 155 nen
- 156 • Haushaltstitel;
- 157 • Abschaffung der Kapazitätsver-  
 158 ordnung;
- 159 • Abschaffung der Zentralstelle für  
 160 die Vergabe von Studienplätzen  
 161 (ZVS);
- 162 • Auswahl der Studierenden durch  
 163 die Hochschulen selbst.
- 164 • Auch das neue Thüringer Hoch-  
 165 schulgesetz gewährt den Hoch-  
 166 schulen keine wirkliche
- 167 • Autonomie und soll novelliert  
 168 werden.
- 169 *Vgl.: Initiative für mehr Forschungsfreiheit  
 170 in Deutschland, Beschluss des Präsidiums  
 171 der FDP vom 14. Jan. 2008.*

172 **Innenpolitik**

173 *Grundpositionen*

174 Eine Innenpolitik ohne Liberale  
 175 Beteiligung steht scheinbar immer  
 176 unter dem Zeichen einer schleichen-  
 177 den Aushöhlung der Grundwerte  
 178 unserer Verfassung. Grundrechte  
 179 wurden/werden relativiert. An die  
 180 Stelle der Abwehr konkreter Gefah-  
 181 ren trat ein diffuses Sicherheitsden-  
 182 ken. Dieser Fehlentwicklung tritt die  
 183 FDP entgegen. Sie fordert die Rück-  
 184 kehr zu einer grundrechtsbewussten  
 185 Innenpolitik und die Beachtung des  
 186 Verfassungsprinzips. Statt auf Ge-  
 187 setzesaktionismus setzt die FDP auf  
 188 die Beseitigung von Vollzugsdefizi-  
 189 ten sowie eine optimale personelle,  
 190 technische und finanzielle Ausstat-  
 191 tung der Sicherheitsbehörden.

1 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stichwort*  
 2 *Innenpolitik, Unsere Argumente von A bis*  
 3 *Z.*  
 4  
 5 *Extremismus und Demokratie*  
 6 Die Thüringer FDP mahnt mehr Ge-  
 7 lassenheit gegenüber rechtsextremen  
 8 Provokationen an. Die NPD wird  
 9 durch Öffentlichkeitswirkung immens  
 10 aufgewertet. Öffentlicher Druck kann  
 11 dabei den Zusammenhalt innerhalb der  
 12 NPD stärken. Andererseits haben  
 13 rechtsextreme Parteien beispielsweise  
 14 in Sachsen-Anhalt parlamentarisch  
 15 versagt. Voraussichtlich wird dort  
 16 keine Rechts-Partei jemals wieder par-  
 17 lamentarisch Fuß fassen können. Die  
 18 DVU ist damals über ihre eigene In-  
 19 kompetenz gestolpert. Öffentlicher  
 20 Druck und "politische Panikmache"  
 21 nützen allerdings der NPD. Die FDP  
 22 spricht sich gegen eine Neuauflage des  
 23 NPD-Verbotsantrages ebenso aus, wie  
 24 gegen Verschärfungen im Versamm-  
 25 lungsrecht.  
 26 → *Beschluss des Landesfachausschuss Innen,*  
 27 *Justiz, Bund und Europa der FDP Thürin-*  
 28 *gen vom 25.1.2005.*  
 29  
 30 *NPD-Verbot*  
 31 Die NPD ist und bleibt eine Partei, die  
 32 verfassungsfeindliche Ziele verfolgt.  
 33 Sie muss mit allen politischen und dem  
 34 Rechtsstaat zur Verfügung stehenden  
 35 Mitteln bekämpft werden. Die Be-  
 36 kämpfung der Ursachen ist vor allem  
 37 dort aussichtsreich, wo Einflussnahme  
 38 noch möglich ist, nämlich bei beson-  
 39 ders jungen Menschen.  
 40 Die Diskussion um das Rechtsextre-  
 41 mismus-Problem wird zu sehr auf  
 42 sozialpädagogische und rechtspoliti-  
 43 sche Gegenmaßnahmen beschränkt.  
 44 Das Problem muss dorthin, wo es  
 45 hauptsächlich hingehört: in die Gebiete  
 46 der Sozial- und der Wirtschaftspolitik.  
 47 Durch persönliche wirtschaftliche  
 48 Missverhältnisse wie Arbeitslosigkeit  
 49 oder Zukunftsangst steigt die Affinität  
 50 zu rechtsextremen Gedanken. Gute  
 51 Wirtschaftspolitik ist in diesem Fall ein  
 52 wichtiger Aspekt im Kampf gegen den  
 53 Rechts- aber auch den Linksextremis-  
 54 mus.  
 55  
 56 Ein Verbotsverfahren gegen die NPD  
 57 lehnt die FDP weiterhin ab. Ein Ver-  
 58 bot einer Partei beseitigt nicht die  
 59 Gesinnung ihrer Mitglieder und ist  
 60 daher ohnehin nur eine Bekämpfung  
 61 von Symptomen. Nach der schlechten  
 62 Erfahrung mit dem ersten Verbotsver-  
 63 fahren gilt für die FDP erst recht der  
 64 Vorrang der politischen Auseinander-  
 65 setzung. Die Liberalen sind nach wie  
 66 vor überzeugt, dass ein NPD-  
 67 Verbotsverfahren die rechtsradikale

68 Szene am Schluss eher stärken wird,  
 69 als dass es sie schwächen könnte.  
 70 → *Pressemitteilung: Patrick Kurth, FDP*  
 71 *gegen NPD-Verbotsverfahren*  
 72 *(26.11.2006)*  
 73  
 74 *Innere Sicherheit*  
 75 Der Rechtsstaat hat die selbstver-  
 76 ständliche Pflicht, die innere Si-  
 77 cherheit zu gewährleisten. Für die  
 78 FDP bedeutet dies vor allem, beste-  
 79 hende Gesetze konsequent anzu-  
 80 wenden und Sicherheitsbehörden  
 81 angemessen auszustatten. Hingegen  
 82 lehnt die FDP einen Wettlauf um  
 83 neue Gesetze und Eingriffsbefug-  
 84 nisse strikt ab. Genau in diesen  
 85 Überbietungswettbewerb aber ha-  
 86 ben sich die rot-grüne Koalition  
 87 und Union nach dem 11. September  
 88 2001 begeben. Die FDP fordert  
 89 daher eine umfassende Evaluierung  
 90 aller Sicherheitsgesetze sowie eine  
 91 Korrektur von unverhältnismäßigen  
 92 Einschränkungen von Bürgerrech-  
 93 ten. Die Liste der Fehlleistungen  
 94 von Rot-Grün ist lang. Hierzu zäh-  
 95 len die Lizenzen zum Abschluss von  
 96 Passagierflugzeugen (Luftsicher-  
 97 heitsgesetz) ebenso wie die Ab-  
 98 schaffung des Bankgeheimnisses,  
 99 der Eingriff in das Versammlungs-  
 100 recht oder die Einschränkung des  
 101 Rechtsschutzes durch das Terroris-  
 102 musbekämpfungsgesetz ("Schily  
 103 II"). Die FDP hält zudem am  
 104 rechtsstaatlichen Grundsatz der  
 105 Trennung von Polizei und Nach-  
 106 richtendiensten fest. Datenaus-  
 107 tausch ist bereits heute auf rechts-  
 108 staatlich geregelter Basis möglich.  
 109 Eine allgemeine Anti-Terror-Datei  
 110 ist hierzu nicht erforderlich. Strikt  
 111 zu trennen sind auch die Aufgaben  
 112 von Polizei und Bundeswehr.  
 113 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*  
 114 *wort Innere Sicherheit, Unsere Argumente*  
 115 *von A bis Z.*  
 116  
 117 *Versammlungsrecht*  
 118 Die FDP Thüringen lehnt eine  
 119 Verschärfung des Versammlungs-  
 120 rechts ab. Meinungs- und Demonst-  
 121 rationsfreiheit sind die Grundsäulen  
 122 unserer demokratischen Grundord-  
 123 nung. Seine Meinung unabhängig  
 124 vom Inhalt kundzutun, bedeutet in  
 125 unserer gefestigten Demokratie  
 126 keine Gefahr für deren Bestand.  
 127 Die Beschränkung von Grundrech-  
 128 ten in einer Demokratie wäre nichts  
 129 anderes als Zensur und liefe somit  
 130 dem eigenen Selbstverständnis  
 131 zuwider. Das Problem rechter  
 132 Aufmärsche lässt sich damit nicht  
 133 lösen. Der Kampf mit Argumenten  
 134 und die konsequente Anwendung  
 135 des gegenwärtigen Rechts sind

136 adäquatere Maßnahmen gegen  
 137 rechtsextremistisches Gedankengut  
 138 und dessen Propaganda.  
 139 → *Kurth, Patrick, Presseveröffentlichung,*  
 140 *Gegen Verschärfungen im Versammlungs-*  
 141 *recht, 12. 2. 2005.*  
 142  
 143 **Kinder und Jugendliche**  
 144  
 145 *Grundpositionen*  
 146 Junge Menschen wollen Verantwor-  
 147 tung tragen und ihre Welt mit gestal-  
 148 ten. Die Partizipation von Kindern  
 149 und Jugendlichen muss nach Auffas-  
 150 sung der FDP auf vielfältige Weise  
 151 verstärkt werden: in Jugendforen  
 152 und -versammlungen, Schülervertre-  
 153 tungen, Orts-, Kreis-, Landes- und  
 154 Bundesjugendringen, Jugendparla-  
 155 menten, den Jugendorganisationen  
 156 der politischen Parteien und in Ju-  
 157 gendverbänden. Die Kinder- und  
 158 Jugendhilfe stellt Investitionen in die  
 159 Zukunft unserer Gesellschaft dar.  
 160 Sie darf deshalb keinen radikalen  
 161 Kürzungen zum Opfer fallen. Not-  
 162 wendig bleiben deshalb bundesein-  
 163 heitliche Rahmenvorgaben über  
 164 Ziele und Mindeststandards. Gleich-  
 165 zeitig sind Freiheiten und Spielräume  
 166 wichtig, damit über den Weg zu  
 167 diesen Zielen in Verantwortung und  
 168 Sachkompetenz vor Ort entschieden  
 169 wird. Zentrale Voraussetzungen zur  
 170 Teilhabe an unserer Gesellschaft  
 171 sind auch gute Bildungs- und Aus-  
 172 bildungsangebote für alle jungen  
 173 Menschen. Nur das schafft Chan-  
 174 cengleichheit beim Start in das ei-  
 175 genständige und verantwortliche  
 176 Leben in unserer Gesellschaft. Wir  
 177 brauchen daher vor allem eine besse-  
 178 re Bildungspolitik und erfolgreiche  
 179 Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspoli-  
 180 tik. Für Jugendliche sind Ausbildung  
 181 und Arbeit mehr als nur die wirt-  
 182 schaftliche Lebensgrundlage. Sie  
 183 haben zentrale Bedeutung für die  
 184 Identitätsfindung und die Selbstver-  
 185 wirklichung.  
 186 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*  
 187 *wort Jugendpolitik, Unsere Argumente von*  
 188 *A bis Z.*  
 189  
 190 *Stärkung der Kinderrechte*  
 191 Kinder und Jugendliche sind eigene  
 192 Persönlichkeiten mit eigenen Rech-  
 193 ten und Pflichten. Die Kinder- und  
 194 Jugendpolitik muss dies noch viel  
 195 stärker in den Mittelpunkt rücken  
 196 und bei allen Entscheidungen fra-  
 197 gen, welche Wirkungen sie für die  
 198 jungen Menschen von heute und  
 199 morgen haben. Die FDP fordert  
 200 deshalb eine regelmäßige offizielle  
 201 Generationenbilanz. Darin werden,  
 202 nach Jahrgängen aufgeschlüsselt, auf  
 203 der Habenseite Leistungen für die

1 nachrückenden Generationen - wie  
 2 Ausgaben für Bildung und Kinder- und  
 3 Jugendhilfe - erfasst, auf der Sollseite  
 4 Belastungen wie Staatsverschuldung,  
 5 Pensionslasten, und Umweltschäden  
 6 ausgewiesen. Wir müssen Kinder bes-  
 7 ser über ihre Rechte informieren - und  
 8 Kinderrechte auch im Bewusstsein der  
 9 erwachsenen Bevölkerung verankern.  
 10 Zur Stärkung der Kinderrechte gehört  
 11 nach den Forderungen der FDP, die  
 12 deutsche Vorbehaltserklärung gegen  
 13 die Kinderrechts-Konvention der  
 14 Vereinten Nationen endlich aufzuhe-  
 15 ben. Sie ist sachlich obsolet, schadet  
 16 dem internationalen Ansehen Deutsch-  
 17 lands und belastet den Dialog mit den  
 18 Kinderrechtsorganistionen. Kinder  
 19 haben auch ein Recht darauf, dass die  
 20 Gesellschaft sie bestmöglich schützt  
 21 vor Gewalt und Missbrauch sowie im  
 22 Rahmen des Jugend(medien)schutzes  
 23 vor sonstigen Gefahren für ihr körper-  
 24 liches, geistiges oder seelisches Wohl.  
 25 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stichwort*  
 26 *Kinderpolitik, Unsere Argumente von A bis*  
 27 *Z.*

28 *Familienwahlrecht*

29 Wir wollen die Einführung des Famili-  
 30 enwahlrechtes, d. h. des Wahlrechtes  
 31 für alle Bürger unabhängig von ihrem  
 32 Alter, welches für Kinder treuhände-  
 33 risch von den Sorgeberechtigten wahr-  
 34 genommen werden soll.  
 35 → *Programm der FDP Thüringen zur Wahl*  
 36 *des 4. Thüringer Landtages, Erfurt 2004.*

37 **Kommunen und Gemeinden**

38 *Liberales Kommunalpolitik*

39 Städte, Gemeinden und Regionen  
 40 gewinnen immer mehr an Bedeutung.  
 41 Sie bilden die Keimzelle unseres  
 42 Staatsaufbaus und sind die wichtigsten  
 43 Bindeglieder zwischen Bürgern und  
 44 Staat. Vor Ort entscheidet sich die  
 45 soziale und kulturelle Qualität der  
 46 Gesellschaft und damit die Leistungs-  
 47 fähigkeit des gesamten Gemeinwesens.  
 48 In den Städten und Gemeinden kön-  
 49 nen am besten die Lösungen für die  
 50 Probleme vor Ort gefunden werden.  
 51 Der Bürger kann sich in der Gemeinde  
 52 am wirkungsvollsten für die Gemein-  
 53 schaftsaufgaben engagieren.  
 54 Liberale Kommunalpolitik nimmt den  
 55 Bürger ernst. Sie setzt auf die Selbst-  
 56 verantwortung der Bürger. Die Selbst-  
 57 organisation der Bürger kommt vor  
 58 dem staatlichen Regelungsanspruch.  
 59 Die Thüringer FDP respektiert und  
 60 fördert die Freiheit der Bürger. Kom-  
 61 munale Selbstverwaltung ist das Er-  
 62 gebnis liberalen Gedankenguts. Der  
 63 Staat muss die Rahmenbedingungen  
 64 für die Selbstverwaltung des Bürgers  
 65 schaffen. Einen Eingriff in den unmit-

66 telbaren Lebensbereich der Bürger  
 67 lehnen wir Liberale ab.  
 68 → *Beschluss Landesvorstand März*  
 69 *2008*  
 70 *Stärkung des Brand- und Katastrophens-*  
 71 *schutzes*  
 72 Die Gewährleistung des Brand- und  
 73 Katastrophenschutzes ist eine wichti-  
 74 ge staatliche Aufgabe, die jedoch  
 75 ohne das Engagement vieler ehren-  
 76 amtlicher Helfer, insbesondere der  
 77 Freiwilligen Feuerwehren und Hilfs-  
 78 dienste, nicht zu leisten wäre. Die  
 79 Thüringer FDP sieht die Stärkung  
 80 des Brand- und Katastrophenschut-  
 81 zes als eine kontinuierliche Aufgabe  
 82 an. Besonders die Freiwilligen Feu-  
 83 erwehren, die das Rückgrat des  
 84 Brandschutzes in Thüringen darstel-  
 85 len, sind materiell und ideell zu  
 86 unterstützen.  
 87 Die FDP setzt sich dafür ein, das  
 88 Katastrophenschutzkonzept weiter  
 89 zu entwickeln und die Ausstattung  
 90 des Katastrophenschutzes weiter zu  
 91 verbessern. Hierzu gehört insbes-  
 92 ondere ein Konzept zum Katast-  
 93 rophenschutz über Gemeinden und  
 94 Kreise hinweg. Wir werden die  
 95 Interkommunale- sowie die Zivil-  
 96 Militärische- Zusammenarbeit in  
 97 diesem Bereich intensivieren.  
 98 Landesvorstand März 2008

99 *Einführung des Konnexitätsprinzip*

100 Die Lage der Kommunen hat sich  
 101 in den letzten Jahren dramatisch  
 102 verschlechtert. Die Folgen spüren  
 103 wir täglich: Schulen und Kindergär-  
 104 ten sind baufällig. Büchereien,  
 105 Schwimmbäder, Museen und Thea-  
 106 ter werden geschlossen. Die kom-  
 107 munale Selbstverwaltung - ein  
 108 Grundpfeiler unserer Verfassung -  
 109 ist in Gefahr. Zu häufig haben  
 110 Bund und Länder Politik zu Lasten  
 111 der Kommunen gemacht. Die FDP  
 112 setzt sich daher für die Einführung  
 113 des Konnexitätsprinzips in das  
 114 Grundgesetz ein. Danach dürfen  
 115 Bund und Länder Gesetze, die die  
 116 Kommunen zu Ausgaben verpflich-  
 117 ten, nur noch dann erlassen, wenn  
 118 sie sich an den Kosten beteiligen.  
 119 Die FDP fordert eine konsequente  
 120 Gemeindefinanzreform. Die Ge-  
 121 werbesteuer wird durch ein eigenes  
 122 Hebesatzrecht der Kommunen auf  
 123 die Einkommens- und Körper-  
 124 schaftsteuer und einen höheren  
 125 Anteil an der Umsatzsteuer ersetzt.  
 126 Ein weiteres Ziel ist die Stärkung  
 127 der Wettbewerbsfähigkeit der  
 128 Kommunen durch Entbürokratisie-  
 129 rung und Investitionen in die städti-  
 130 sche Infrastruktur. Zudem müssen  
 131 Rahmenbedingungen geschaffen

132 werden, die es ermöglichen, die  
 133 wirtschaftliche, gesellschaftliche und  
 134 kulturelle Dynamik unserer Groß-  
 135 städte zur vollen Entfaltung zu brin-  
 136 gen.

137 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*  
 138 *wort Kommunalpolitik, Unsere Argumente*  
 139 *von A bis Z.*

140 *Kommunale Selbstverwaltung*

141 Die FDP Thüringen tritt für die  
 142 Stärkung des Prinzips der kommun-  
 143 alen Selbstverwaltung ein. Durch  
 144 die größere Gestaltungsfreiheit wer-  
 145 den die Bürger vor Ort animiert,  
 146 sich wieder intensiver für die Belan-  
 147 ge ihrer Gemeinde und Kommune  
 148 zu engagieren. Dies stärkt das Ver-  
 149 antwortungsgefühl und letztlich das  
 150 Demokratiebewusstsein der Bürger.  
 151 Die Kommunen und Gemeinden  
 152 sind eine der wichtigsten Ebenen im  
 153 föderalen Staatsaufbau. Sie sorgen  
 154 für eine reibungslose Umsetzung  
 155 von Landes- und Bundespolitik und  
 156 zunehmend auch von EU-Politik.  
 157 Sie tragen somit zur allgemeinen  
 158 Handlungsfähigkeit Thüringens,  
 159 Deutschlands und er EU bei. In der  
 160 Vergangenheit fungierten sie aber  
 161 auch immer wieder als eigenständig  
 162 handelnde politische Akteure. Für  
 163 die FDP Thüringen ist daher das  
 164 wichtigste Ziel eine ausgewogene  
 165 Kommunalpolitik, die beide Funkti-  
 166 onen berücksichtigt und ihnen Raum  
 167 zur Entfaltung lässt. Kommunen  
 168 und Gemeinden dürfen nicht zum  
 169 simplen Befehlsempfänger überge-  
 170 ordneter Politik werden. Schließlich  
 171 wissen die ortsansässigen Entschei-  
 172 dungsträger am besten, was für die  
 173 Entwicklung ihres Gebietes, ihrer  
 174 Region getan werden muss. Im  
 175 Rahmen des Aufbaus Ost fällt ihnen  
 176 eine besondere Rolle zu. Sie können  
 177 als erste durch konzertiertes und  
 178 kooperierendes Handeln (z.B. ge-  
 179 meinsame Senkung der Gewerbe-  
 180 steuer, Absprachen für große Bau-  
 181 vorhaben) die strukturellen Grund-  
 182 lagen für Wachstum, Investitionen  
 183 und Schaffung von Arbeitsplätzen  
 184 legen.

185 → *Programm der FDP Thüringen zur*  
 186 *Wahl des 4. Thüringer Landtages, Erfurt*  
 187 *2004, S. 21.*

188 *Finanzausstattung*

189 Die FDP Thüringen setzt sich ein  
 190 für:  
 191 • eine Nichterhöhung des Bundes-  
 192 anteils an der Umsatzsteuer  
 193 • die Abschaffung der Gewerbe-  
 194 steuer  
 195 • die Einführung einer Kommunal-  
 196 steuer.

1 Gemeinden und Kommunen stehen  
2 vor großen Herausforderungen. Viele  
3 Aufgaben von Bund und Land werden  
4 auf die kommunale Ebene verlagert. In  
5 den letzten Jahren trat zunehmend  
6 auch die Europäische Union in das  
7 Blickfeld der Kommunen und Ge-  
8 meinden. Sie bekommen durch die  
9 EU-Regionalpolitik mehr Eigenver-  
10 antwortung und einen größeren Hand-  
11 lungsspielraum übertragen. Um die  
12 Fülle von Aufgaben ordnungsgemäß  
13 bewältigen zu können, brauchen die  
14 Kommunen und Gemeinden eigene  
15 Einkommensquellen und die Möglich-  
16 keit, selbstverantwortlich über die  
17 Verteilung zu entscheiden, um die  
18 Umsetzung der Politik von Bund und  
19 Land sicherzustellen.

20 → *Peter, Steffen, Presseveröffentlichung,*  
21 *Geschleierter Kommunale Steuerreform, 05.08.*  
22 *2003.*

#### 24 Kreisgebietsreform (KGR)

25 Im Zusammenhang mit der Vereinfachung  
26 und Effizienzsteigerung der  
27 Verwaltungsstrukturen tritt die FDP  
28 Thüringen für eine umfassende Kreis-  
29 gebietsreform ein. Diese orientiert sich  
30 an folgenden Grundsätzen:

- 31 • Zwecks besserer Transparenz und  
32 Planung der Beteiligten wird die  
33 Kreisgebietsreform mit konkreten  
34 Terminen und Fristen versehen. Die  
35 KGR wird in eine einjährige Freiwilligenphase  
36 und in eine darauffolgende einjährige  
37 Pflichtphase unterteilt.  
38 Um den Gemeinden, Kommunen  
39 und Landkreisen Planungssicherheit  
40 zu gewährleisten, erhalten die neuen  
41 Landkreise eine Bestandsgarantie bis  
42 2020. Sie bleiben bis dahin in dieser  
43 Form gültig.
- 44 • Vorrang von freiwilligen Zusammen-  
45 schlüssen anstatt "Zwangsehen"
- 46 • Festlegung einer Mindesteinwohner-  
47 zahl von Kreisen auf 150.000 Ein-  
48 wohnern
- 49 • Festlegung einer Höchstgrenze der  
50 Landkreisflächen auf 2.000 km<sup>2</sup>
- 51 • weitgehende Wahrung besonderer  
52 regionaler Strukturen, Berücksichtigung  
53 von Heimatidentität in den Re-  
54 gionen, Einbeziehung bestehender  
55 Strukturen und Planungen bei der  
56 Neugestaltung
- 57 • Grundlage für die Struktur bilden die  
58 gegenwärtigen vier Planungsregionen  
59 in Thüringen.

60 → *Beschluss des 18. Ordentlichen Landes-*  
61 *parteitag der FDP Thüringen, 12. 3.*  
62 *2005, Apolda/ Pjiffelbach. Bekräftigt vom*  
63 *19. Ordentlichen Landesparteitag der FDP*  
64 *Thüringen, 7.10.2006, Steinbach-Hallenberg*

#### 66 Krankenkassen

67

#### 68 Risikostrukturausgleich

69 Die neuen Bundesländer einschließ-  
70 lich Thüringen werden auf den  
71 morbiditätsorientierten Risikostruk-  
72 turausgleich angewiesen sein. Das  
73 Bruttoinlandsprodukt dieser Bun-  
74 desländer reicht noch nicht aus, die  
75 Versorgung der Bevölkerung auch  
76 im Hinblick auf die Altersstruktur  
77 adäquat zu gewährleisten. Der ge-  
78 plante Gesundheitsfond wird hohe  
79 Verwaltungskosten verursachen und  
80 wird von der FDP Thüringen nicht  
81 favorisiert. Mittelfristig gewährt ein  
82 kapitalgedecktes System eine ge-  
83 rechte Behandlung der Bürger, führt  
84 zu einem fairen Wettbewerb zwi-  
85 schen den Krankenversicherungen  
86 und zu einer Senkung der Beiträge.  
87 → *Beschluss LFA IV, Januar 2005.*

88

#### 89 Funktion von Krankenkassen

90 Die FDP Thüringen fordert die  
91 Umstrukturierung des Krankenkas-  
92 senwesens:

- 93 • Versicherungspflicht statt Pflicht-  
94 versicherung: die Arbeitgeber zah-  
95 len die Versicherungsbeiträge an  
96 den Arbeitnehmer aus. Dieser  
97 kann mit dem Geld und seiner  
98 Versicherungspflicht in eigener  
99 Verantwortung entscheiden und  
100 handeln.
- 101 • Beitrags- und Leistungswettbe-  
102 werb der Kassen untereinander,  
103 freie Kassenwahl - kein Kassen-  
104 monopol und Mindestbeiträge
- 105 • kein Unterschied zwischen priva-  
106 ter und gesetzlicher Krankenver-  
107 sicherung
- 108 • Offenlegung und Transparenz der  
109 Finanzen durch generelle Kosten-  
110 erstattung
- 111 • wirtschaftliches und auf die Kern-  
112 aufgaben konzentriertes Arbeiten  
113 der Krankenkassen
- 114 • Neudefinition des Leistungskata-  
115 loges  
116 → *Beschluss LFA IV, März 2005.*

#### 118 Kriminalitätsbekämpfung

119

#### 120 Opferschutz

121 Der Schutz und die Rechte des  
122 Opfers von Gewaltverbrechen  
123 gehören in den Mittelpunkt des  
124 Strafverfahrensrechts. Im Strafver-  
125 fahren muss daher ein möglichst  
126 schonender Umgang mit Gewaltop-  
127 fern im Vordergrund stehen. Jeder  
128 an einem Strafverfahren Beteiligte  
129 hat Anspruch auf einen fairen Um-  
130 gang. Das Opfer von Gewalttaten  
131 muss als eigenständige Rechtspers-  
132 önlichkeit, mit eigenen subjektiven  
133 Rechten, in Strafverfahren ausges-  
134 tattet werden. Die FDP hat in den

135 vergangenen Jahren bereits zahlrei-  
136 che Verbesserungen für Opfer  
137 durchgesetzt (Opferanspruchssiche-  
138 rungsgesetz, Zeugen- und Opfer-  
139 schutzgesetz, Gesetz zum Schutz der  
140 Bevölkerung vor Sexualstraftätern).  
141 Darüber hinaus fordert die FDP die  
142 Zulassung der Nebenklage sowie die  
143 Bereitstellung eines Opferanwalts im  
144 Jugendstrafverfahren. Eine stärkere  
145 Akzentuierung der Opferinteressen  
146 ist geeignet, die Einsicht und das  
147 Verantwortungsbewusstsein beim  
148 jugendlichen Straftäter zu fördern.  
149 Zudem muss das Opferentschädi-  
150 gungsgesetz auch diejenigen Fälle  
151 erfassen, in denen deutsche Staats-  
152 angehörige von terroristischen Ge-  
153 waltakten im Ausland betroffen sind.  
154 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*  
155 *wort Opferschutz, Unsere Argumente von*  
156 *A bis Z.*

#### 158 Kulturpolitik

159

#### 160 Blick auf Kultur erweitern

161 Aufgrund seiner Geschichte verfügt  
162 Thüringen gegenüber anderen Bun-  
163 desländern über eines der dichtesten  
164 Netze von Theatern, Orchestern,  
165 Spielstätten, Museen, bedeutenden  
166 Baulichkeiten und vielem weiterem.  
167 Kultur ist dabei mehr als lediglich  
168 ein Freizeitfaktor. Vielmehr ist Kul-  
169 tur als Bildungs-, Wirtschafts- und  
170 damit Standortfaktor zu verstehen  
171 und spielt bei der Bekämpfung der  
172 Abwanderung und der Förderung  
173 der ländlichen Regionen eine zentra-  
174 le Rolle. Kulturpolitik ist auch Bil-  
175 dungspolitik. Die Geistes-, Sozial-  
176 und Kulturwissenschaften sind das  
177 Langzeitgedächtnis unserer Gesell-  
178 schaft. Sie leisten einen unschätzba-  
179 ren Beitrag zur Sicherung und Auf-  
180 bereitung unseres kulturellen Erbes  
181 für jetzige und künftige Generatio-  
182 nen, indem sie sich mit Kulturphä-  
183 nomenen unterschiedlichster Aus-  
184 prägung befassen und gleichzeitig als  
185 Orientierungswissenschaft die  
186 Grundlagen für die Innovationsfä-  
187 higkeit der Gesellschaft schaffen.  
188 Die Thüringer FDP möchte die  
189 reiche Kunst- und Kulturlandschaft  
190 des Freistaates durch eine angemes-  
191 sene Förderung der kulturellen Ein-  
192 richtungen in Städten und Regionen  
193 sichern und stärken. Dabei sollen  
194 neue Formen der Kulturförderung  
195 wie persönliche Initiative, Vereine  
196 und Stiftungen besonders unterstützt  
197 werden.

198 → *Beschluss 20. Landesparteitag FDP*  
199 *Thüringen Gera 2007*

200

#### 201 Grundpositionen

1 Neben der grundsätzlichen Zuständig-  
 2 keit der Länder und Kommunen trägt  
 3 der Bund in wichtigen Bereichen der  
 4 Kultur Verantwortung: Auswärtige  
 5 Kulturpolitik, Kulturförderung in der  
 6 Hauptstadt und den Neuen Ländern,  
 7 Förderung von national bedeutsamen  
 8 Einrichtungen, die Beteiligung an der  
 9 Stiftung Preußischer Kulturbesitz und  
 10 an Gedenkstätten sind Beispiele für  
 11 bedeutende Aufgaben des Bundes, die  
 12 das Engagement der Länder ergänzen.  
 13 Die Bewahrung des kulturellen Erbes  
 14 und die Förderung innovativer Projek-  
 15 te sind zwei Seiten einer Medaille. Eine  
 16 verlässliche staatliche Förderung von  
 17 Kultur ist zugleich die Grundlage für  
 18 das unentbehrliche Engagement der  
 19 Zivilgesellschaft. Mit einer Reform des  
 20 Stiftungsrechtes möchte die FDP die  
 21 Errichtung von Stiftungen erleichtern  
 22 und zusätzliche Anreize für Zuwen-  
 23 dungen schaffen. Eine wichtige kultur-  
 24 politische Aufgabe ist die überfällige  
 25 und folgerichtige Zusammenführung  
 26 der beiden großen Kulturstiftungen des  
 27 Bundes und der Länder. Die Kultur-  
 28 förderung des Bundes in Berlin braucht  
 29 endlich ein klares Konzept. Transpa-  
 30 renz und Objektivität bei der Vergabe  
 31 staatlicher Fördermittel sind für einen  
 32 verantwortungsvollen Umgang mit  
 33 Steuermitteln und eine staatsferne  
 34 Förderung von Kultur unerlässlich.  
 35 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stichwort*  
 36 *Kulturpolitik, Unsere Argumente von A bis*  
 37 *Z.*

39 *Kulturraumgesetz*

40 Ein Kulturraumgesetz (wonach sich  
 41 mehrere Kommunen und Landkreise  
 42 zur gemeinsamen Finanzierung ihrer  
 43 Kultur zusammenschließen) wird nach  
 44 Ansicht der FDP der Thüringer Kul-  
 45 turlandschaft in ihrer jetzigen Vielge-  
 46 staltigkeit eher schaden als nützen. Die  
 47 Freien Demokraten wenden sich be-  
 48 sonders dagegen, dass sich der Freistaat  
 49 mit einem Kulturraumgesetz aus seiner  
 50 Verantwortung für Kultur zurückzie-  
 51 hen würde. Die Gestaltung der Thea-  
 52 ter- und Orchesterlandschaft in Thü-  
 53 ringen gehört in die Kompetenz des  
 54 Landes. In Thüringen würden durch  
 55 ein Kulturraumgesetz Städte und Land-  
 56 kreise auch ohne Theater oder Orches-  
 57 ter für Kultureinrichtungen in Nach-  
 58 barkreisen Gelder freigeben. Dies  
 59 würde den kommunalen Solidargedanken  
 60 überstrapazieren. Gleichzeitig seien  
 61 langwierige und sich periodisch wie-  
 62 derholende Finanzverhandlungen,  
 63 kaum die Planungssicherheit der Thea-  
 64 ter und Orchester erhöhen würde, zu  
 65 erwarten. Die Thüringer FDP spricht  
 66 sich klar für den Erhalt der Kultur in  
 67 Thüringen aus und lehnt insbesondere  
 68 die geplanten Einsparungen ab. Ange-

69 sichts des Landeshaushaltes von  
 70 zehn Milliarden Euro und der jähr-  
 71 lichen Neuverschuldung von einer  
 72 Milliarde Euro sind die geplanten  
 73 Streichungen von zehn Millionen  
 74 Euro völlig unverhältnismäßig.  
 75 → *Beschluss FDP Landesvorstand*  
 76 *Thüringen Dezember 2006*

77 *Museen, Orchester und Theater*

78 Thüringen ist geprägt von einer  
 79 Vielzahl an Museen, Theater, Or-  
 80 chestern und Baudenkmalern.  
 81 Kunst und Kultur fungieren beson-  
 82 ders in Thüringen als gesellschaftliches  
 83 Gedächtnis und Ausdruck  
 84 unserer Identität. In den letzten  
 85 Jahren etablierten sie sich als einen  
 86 wichtigen Kapitalgrundstock für  
 87 den Tourismus. Kunst und Kultur  
 88 müssen auch weiterhin ein selbst-  
 89 verständlicher Teil der Gesellschaft,  
 90 Politik und Wirtschaft bleiben. Ihre  
 91 Unterstützung darf nicht nach Be-  
 92 lieben an- und abgeschaltet werden.  
 93 Die FDP Thüringen wird auch  
 94 zukünftig pauschale Kürzung bei  
 95 der Finanzierung der Theater und  
 96 Orchester nicht hinnehmen. Aber:  
 97 Wir brauchen eine Kulturplanung  
 98 für den Freistaat, die insbesondere  
 99 eine grundsätzliche Orchester- und  
 100 Theaterplanung betrifft. Der Ge-  
 101 setzgeber, die Verwaltung und die  
 102 Kultureinrichtungen müssen eine  
 103 gemeinsame Orchester- und Thea-  
 104 terplanung aufstellen.  
 105 Die Thüringer FDP bleibt bei ihrer  
 106 Ablehnung eines sogenannten Kul-  
 107 turraumgesetzes. Dadurch schiebt  
 108 das Land seine Verantwortung an  
 109 die Kommunen ab, der kommunale  
 110 Solidaritätsgedanke wird überstra-  
 111 piziert und eine zusätzliche Büro-  
 112 kratiebelastung in Kauf genommen.  
 113 Gleichzeitig betont die FDP Thü-  
 114 ringen, dass nicht nur das Land bei  
 115 der künftigen Kulturpolitik in der  
 116 Pflicht ist. Auch für Theater und  
 117 Orchester gelten im gewissen Rah-  
 118 men Wettbewerb und Wirtschaft-  
 119 lichkeit, die das Publikumsinteresse  
 120 heben und andererseits die Position  
 121 der Theater und Orchester stärken.  
 122 → *Beschluss Landesparteitag FDP*  
 123 *Thüringen 07*

124 *Staatsziel Kultur in die Verfassung*  
 125 *aufnehmen*

126 Aufgrund seiner Geschichte verfügt  
 127 Thüringen gegenüber anderen Bun-  
 128 desländern über eines der dichtesten  
 129 Netze von Theatern, Orchestern,  
 130 Spielstätten, Museen, bedeutenden  
 131 historischer Baulichkeiten und  
 132 vielem mehr. Die Thüringer FDP  
 133 setzt sich dafür ein, dass endlich  
 134 auch im Grundgesetz der Schutz

137 und die Förderung von Kultur als  
 138 Staatsziel verankert wird, wie dies  
 139 bereits im Kulturartikel der Europäi-  
 140 schen Union (Artikel 151 des EG-  
 141 Vertrages) festgeschrieben wurde.  
 142 Das Grundgesetz muss um den  
 143 neuen Artikel 20 b mit dem Wort-  
 144 laut "Der Staat schützt und fördert  
 145 die Kultur" ergänzt werde.  
 146 → *Beschluss Landesvorstand März 2008*

147 **Landwirtschaft**

148 *Grüne Gentechnik*

149 Die FDP tritt für die verantwortbare  
 150 Nutzung der Grünen Gentechnik in  
 151 der Landwirtschaft ein. Die Potenzi-  
 152 ale der Grünen Gentechnik sind  
 153 vielfältig. Sie betreffen viele Lebens-  
 154 bereiche und bieten Vorteile für  
 155 Verbraucher, Umwelt und Landwirt-  
 156 schaft: Verminderung von Umwelt-  
 157 belastungen, Verbesserung der Nah-  
 158 rungsmittel, Optimierung nachwach-  
 159 sender Rohstoffe. Der Anbau von  
 160 genetisch veränderten Kulturpflan-  
 161 zen ist ethisch vertretbar. Bei Kul-  
 162 turpflanzen mit besonderen Eigen-  
 163 schaften, z.B. Goldener Reis, kann  
 164 der Anbau ethisch geboten sein, weil  
 165 durch die damit verbesserte Versor-  
 166 gung mit Vitamin A vor allem Kin-  
 167 der in Entwicklungsländern vor  
 168 Erblindung geschützt werden. Die  
 169 umfangreichen Zulassungsverfahren  
 170 für genetisch veränderte Kultur-  
 171 pflanzen sichern die Unbedenklich-  
 172 keit der aus ihnen hergestellten Nah-  
 173 rungs- und Futtermittel. Der Anbau  
 174 genetisch veränderter Kulturpflan-  
 175 zen bedeutet keine durch das Züch-  
 176 tungsverfahren bedingte Belastung  
 177 der Umwelt. Über die Einführung  
 178 neuer technischer Methoden und  
 179 den daraus entwickelten Produkten  
 180 entscheidet der Markt. Das gilt auch  
 181 für die Grüne Gentechnik. Das neue  
 182 Gentechnikrecht blockiert die Grüne  
 183 Gentechnik in Deutschland. Die  
 184 FDP setzt sich für eine grundlegen-  
 185 de und innovationsfreundliche Kor-  
 186 rektur des Gentechnikrechts ein.  
 187 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*  
 188 *wort Grüne Gentechnik, Unsere Argu-*  
 189 *mente von A bis Z.*

190 *Aufgabe und Bedeutung*

191 Die FDP Thüringen plädiert für:  
 192 die Entkopplung von Prämien und  
 193 Produktionsleistung eine Abschaf-  
 194 fung von Quoten und Marktord-  
 195 nungen Zahlung einer produktion-  
 196 sunabhängigen Prämie für die Pflege  
 197 und Erhaltung der Kulturlandschaft  
 198 den Abbau überproportionaler Be-  
 199 lastung größerer Betriebe unabhän-  
 200 gig von ihrer Rechtsnorm  
 201  
 202  
 203

1 die Beibehaltung der investiven Förde-  
 2 rung landwirtschaftlicher Betriebe über  
 3 das Landesprogramm AIP die Fortset-  
 4 zung der Gemeinschaftsaufgabe "Ver-  
 5 besserung der Agrarstruktur und des  
 6 Küstenschutzes" die Beibehaltung von  
 7 Ausgleichszahlungen für benachteiligte  
 8 Betriebe den Vorzug des Vertragsna-  
 9 turschutzes vor dem administrativen  
 10 Naturschutz, Entschädigungsregelun-  
 11 gen für alle dadurch entstehenden,  
 12 zusätzlichen Auflagen eine Umsetzung  
 13 der EU-Standards im Umwelt-, Tier-  
 14 und Verbraucherschutzbereich in allen  
 15 Ländern die Nutzung der "Grünen  
 16 Gentechnik", Schaffung eines wissen-  
 17 schaftlichen Vorlaufes zur Feststellung  
 18 und Abwägung von Chancen und  
 19 Risiken der Gentechnik  
 20 die Sicherung des qualifizierten Nach-  
 21 wuchses Ausbau der Berufsschule  
 22 Schwerstedt und der Landwirtschaftli-  
 23 chen Fachschule Stadtroda. Die Land-  
 24 und Forstwirtschaft sowie die ihr vor-  
 25 und nachgelagerten Industrien prägen  
 26 und prägen die Kulturlandschaft und  
 27 die Wirtschaftsstruktur Thüringens. Sie  
 28 erfüllen vielfältige Aufgaben und sind  
 29 ein unverzichtbarer Bestandteil  
 30 unserer Gesellschaft und unseres Wirt-  
 31 schaftsgefüges. Die Land- und Forst-  
 32 wirtschaft soll auch weiterhin ein inno-  
 33 vativer und gewinnbringender Wirt-  
 34 schaftszweig bleiben. Die Politik muss  
 35 daher einen verlässlichen Handlungs-  
 36 rahmen bereitstellen, der die wirt-  
 37 schaftliche Entwicklung dieser Berei-  
 38 che nicht behindert. Nur eine sich  
 39 selbst tragende, offene, wett- und zu-  
 40 kunftsfähige Land- und Forstwirtschaft  
 41 ist in der Lage, ihre Funktion in Gesell-  
 42 schaft und Wirtschaft zu erfüllen.  
 43 → *Presseveröffentlichung, Betriebe erhalten,*  
 44 *Kulturlandschaftsprämie, Rücknahme der*  
 45 *Rot-grünen Steuererhöhung, Entlastung der*  
 46 *EU-Agrarreform nicht zu Lasten der deut-*  
 47 *schcn Landwirtschaft, 22. 7. 2002. Pro-*  
 48 *gramm der FDP Thüringen zur Wahl des 4.*  
 49 *Thüringer Landtages, Erfurt 2004, S. 9ff.*  
 50  
 51 *Unterstützung bei wetterbedingten Erntaus-*  
 52 *fällen*  
 53 Die FDP Thüringen setzt sich für die  
 54 Schaffung eines Nothilfepaketes in  
 55 Form von Existenz- und Kredithilfen  
 56 ein. Die letzten Jahre haben ansatzwei-  
 57 se erkennen lassen, welche Auswirkun-  
 58 gen die Klimaveränderungen für die  
 59 Landwirtschaft haben. Ernteaussfälle  
 60 z.B. als Folge wochenlanger Trocken-  
 61 heit stellen Landwirte besonders in  
 62 Ostdeutschland vor große Probleme.  
 63 Ihre Finanzdecke ist zu dünn, um die  
 64 Ausfälle zu kompensieren. Das Land  
 65 muss konstruktive Hilfe anbieten, um  
 66 auch in Zukunft die Arbeitsplätze und  
 67 die Funktionsfähigkeit des landwirt-  
 68 schaftlichen Sektors zu erhalten.

69 → *Sieckmann, Hartmut, Presseveröffent-*  
 70 *lichung, Nothilfepaket für Dürreschäden,*  
 71 *23. 7. 2003.*  
 72

### 73 Medien

74  
 75 *Siehe auch:*

76 ➤ *GEZ*

### 78 *Grundpositionen*

79 Liberale Medienpolitik fördert den  
 80 technischen Fortschritt und die  
 81 mediale Vielfalt. Wir wollen den  
 82 Prozess der Digitalisierung be-  
 83 beschleunigen. Investitionshemmnisse  
 84 müssen abgebaut werden, um den  
 85 Innovationsgeist der Wirtschaft zu  
 86 stärken.  
 87 Missbrauchsgefahren im Internet  
 88 muss primär durch stärkere interna-  
 89 tionale Zusammenarbeit, durch  
 90 technische Schutzmaßnahmen und  
 91 durch konsequente Selbstregulie-  
 92 rung begegnet werden. Nationale  
 93 Alleingänge sind dagegen meist  
 94 ineffektiv, da sie der Struktur des  
 95 world wide web nicht gerecht wer-  
 96 den.  
 97 Die digitale Welt braucht ein starkes  
 98 Urheberrecht. Die Modernisierung  
 99 des Urheberrechts muss deshalb  
 100 zügig vollendet werden. Notwendig  
 101 ist dabei vor allem ein verbesserter  
 102 Rechtsschutz gegen die illegale  
 103 Nutzung geschützter Werke. Au-  
 104 ßerdem muss das urheberrechtliche  
 105 Vergütungssystem für individuelle  
 106 Lizenzmodelle geöffnet werden.  
 107 Wir brauchen eine umfassende  
 108 Reform des öffentlich-rechtlichen  
 109 Rundfunks: Werbefreiheit, klare  
 110 Definition des Programmauftrags,  
 111 Sparsamkeit und eine einheitliche  
 112 Aufsicht über alle Rundfunkanbieter.  
 113  
 114 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*  
 115 *wort Medienpolitik, Unsere Argumente*  
 116 *von A bis Z.*  
 117

### 118 Mitteldeutschland

119  
 120 *Siehe auch:*

121 ➤ *Mitteldeutsches Bundesland im*  
 122 *Artikel Föderalismus*

### 124 *Mitteldeutscher Wirtschaftsraum*

125 Die FDP Thüringen bekennt sich  
 126 ausdrücklich zum Standort Mittel-  
 127 thüringen und fordert:  
 128 • die Wiederbelebung der "Initiative  
 129 Mitteldeutschland"  
 130 • die Etablierung eines mitteldeut-  
 131 schen Wirtschaftsraumes  
 132 • die Stärkung des Investitions-  
 133 standortes Thüringen u.a durch  
 134 die Bereithaltung von Industrie-

135 großflächen von über 200 ha Grö-  
 136 ße  
 137 • eine Intensivierung der politischen  
 138 Zusammenarbeit, um besonders  
 139 auf Bundesebene den  
 140 Interessen der mitteldeutschen  
 141 Länder ein höheres Gewicht zu  
 142 verleihen.  
 143 Durch die Osterweiterung der Eu-  
 144 ropäischen Union und den Beitritt  
 145 der unmittelbaren Nachbarländer  
 146 Polen und Tschechien verlagert sich  
 147 Thüringen von dem europäischen  
 148 Rand in das europäische Zentrum.  
 149 Hier übernimmt es die Funktion  
 150 eines Verbindungsstückes zwischen  
 151 Ost und West, Nord und Süd. Ein  
 152 solches Verbindungsstück muss  
 153 stabil, belastbar und funktionstüchtig  
 154 sein. Den Herausforderungen und  
 155 Risiken dieser veränderten Aus-  
 156 gangslage kann nur durch eine Bündelung  
 157 aller gesellschaftlichen, politischen  
 158 und wirtschaftlichen Kräfte  
 159 begegnet werden.  
 160 → *Programm der FDP Thüringen zur*  
 161 *Wahl des 4. Thüringer Landtages, Erfurt*  
 162 *2004, S. 4.*  
 163

### 164 Mittelstand

#### 166 *Stellung im Wirtschaftsgefüge*

167 Das Thüringer Wirtschaftsgefüge ist  
 168 geprägt von mittelständischen Un-  
 169 ternehmen und Handwerksbetrie-  
 170 ben. Charakteristisch ist die Domi-  
 171 nanz von kleinen Betrieben: Insgesamt  
 172 haben in Thüringen fast 90  
 173 Prozent der Unternehmen weniger  
 174 als 10 Beschäftigte. Sieht man von  
 175 Behörden und öffentlichen Unter-  
 176 nehmungen ab, repräsentieren die  
 177 Beschäftigten der 100 größten Un-  
 178 ternehmen in Thüringen nur rund 9  
 179 Prozent der Thüringer Arbeitneh-  
 180 mer. Diese Zahlen zeigen deutlich,  
 181 wer das Rückgrat der Thüringer  
 182 Volkswirtschaft darstellt: es sind die  
 183 Mittelständler, welche den entschei-  
 184 denden Beitrag zur Schaffung und  
 185 Sicherung von Arbeits- und Ausbil-  
 186 dungsplätzen leisten. Sie haben sich  
 187 als außerordentlich flexibel und  
 188 innovativ erwiesen. Aus diesem  
 189 Grund wird die FDP dem Mit-  
 190 telstand besondere Aufmerksamkeit  
 191 innerhalb der Thüringer Wirt-  
 192 schaftspolitik zukommen lassen. Ziel  
 193 ist es, das Handwerk und den Mit-  
 194 telstand zu fördern, bürokratische  
 195 Hindernisse zu beseitigen, den Wis-  
 196 senstransfer zu unterstützen, um das  
 197 Thüringer Wirtschaftsleben nachhal-  
 198 tig zu beleben und die Konkurrenz-  
 199 fähigkeit gegenüber dem globalisier-  
 200 ten Wettbewerb zu ermöglichen.  
 201 Nur mit einem starken und gesun-  
 202 den Mittelstand werden in Thürin-

1 gen wieder Wachstum und Innovation  
 2 möglich sein.  
 3 Die FDP Thüringen spricht sich je-  
 4 doch gegen eine jahrelange Förderung  
 5 ohne Konzepte und festgelegte Prinzi-  
 6 pien aus. Auch in diesem Bereich gilt:  
 7 Konzentration der Kräfte zur Maxi-  
 8 mierung der Erfolge. Die von Wirt-  
 9 schaft und Politik als zukunftsfruchtig  
 10 erkannten Branchen müssen in die  
 11 Lage versetzt werden, nach einer An-  
 12 schubfinanzierung auf eigenen Beinen  
 13 zu stehen. Förderungen sind daher  
 14 grundsätzlich degressiv auszugestalten.  
 15 → *Beschluss 20. Landesparteitag FDP*  
 16 *Thüringen, Gera 2007*

18 *Maßnahmen zur Erhöhung der Zahlungsmo-*  
 19 *ral im Baugewerbe*

20 Die FDP Thüringen fordert:  
 21 • Anspruch des Bauunternehmers auf  
 22 Demontage seines Baumaterials bei  
 23 Nichterfüllung von Zahlungsver-  
 24 pflichtungen  
 25 • Einführung eines gesetzlichen Forde-  
 26 rungspfandrechtes für Subunterneh-  
 27 mer  
 28 • Absicherung des Subunternehmers  
 29 durch seine Einbeziehung als Siche-  
 30 rungsberechtigter in die Bauhand-  
 31 werkersicherungshypothek  
 32 • Erweiterung der Auskunftsmöglich-  
 33 keit bei unbekannt verzogenen  
 34 Schuldnern  
 35 • verbesserter Schutz des Subunter-  
 36 nehmers durch die Begründung einer  
 37 Schadensersatzpflicht, wenn der  
 38 Empfänger von Baugeld dieses nicht  
 39 zugunsten des Subunternehmers ver-  
 40 wendet.

41 Wir Liberalen unterstützen die Initiati-  
 42 ve zur Verbesserung des Gesetzes  
 43 hinsichtlich der Beschleunigung fälliger  
 44 Zahlungen. Die Position der Bauunter-  
 45 nehmer und Subunternehmer bei der  
 46 Eintreibung berechtigter Forderungen  
 47 muss gestärkt werden. Von schlechter  
 48 Zahlungsmoral können alle Firmen  
 49 getroffen werden. Besonders aber für  
 50 kleine und mittlere Unternehmen be-  
 51 deutet sie oftmals das wirtschaftliche  
 52 Ende. Deshalb setzt sich die FDP  
 53 Thüringen für die Errichtung eines  
 54 Fonds ein, welcher unverschuldet in  
 55 Liquiditätsprobleme geratenen Firmen  
 56 helfen soll.  
 57 → *Wahlprogramm der FDP Thüringen*  
 58 *2004..*

60 *Rechtssicherheit für Familienmitglieder in*  
 61 *Familienbetrieben*

62 Rechtssicherheit für Familienmitglieder  
 63 in Familienbetrieben  
 64 In Familienbetrieben mitarbeitenden  
 65 Familienangehörigen wird immer wie-  
 66 der die Auszahlung von Arbeitslosen-  
 67 geld durch die Bundesagentur ver-

68 wehrt, obwohl sie jahrelang Versi-  
 69 cherungsbeiträge in dem Glauben  
 70 zahlten, als Angestellte versiche-  
 71 rungspflichtig zu sein. Grund dafür  
 72 ist, dass im Zeitpunkt einer anstei-  
 73 henden Auszahlung eine Statusprü-  
 74 fung der Bundesagentur oder der  
 75 Rentenversicherung zu dem Ergeb-  
 76 nis kommen kann, dass eine Person  
 77 zwar jahrelang Beiträge eingezahlt  
 78 hat, aber gar nicht sozialversiche-  
 79 rungspflichtig gewesen ist. Insbe-  
 80 sondere Unternehmerfrauen, die im  
 81 Familienbetrieb mitarbeiten, werden  
 82 von dieser Problematik betroffen.  
 83 Rechtsunsicherheit besteht diesbe-  
 84 züglich für Arbeitnehmer, die vor  
 85 dem 1. Januar 2005 Arbeitsverträge  
 86 abgeschlossen haben, denn hier  
 87 wurde keine automatische Status-  
 88 feststellung durchgeführt.  
 89 Dazu vertritt die FDP folgende  
 90 Position:  
 91 Personen, die im Einverständnis mit  
 92 den Sozialversicherungsträgern  
 93 Beiträge in die Arbeitslosen- und  
 94 Rentenversicherung eingezahlt  
 95 haben in dem Glauben, sie seien  
 96 sozialversicherungspflichtig, erwer-  
 97 ben einen Anspruch auf den Erhalt  
 98 von Arbeitslosengeld und Rente.  
 99 Wenn sich bei einer späteren Prü-  
 100 fung der Arbeitnehmereigenschaft  
 101 durch die Krankenkassen oder die  
 102 Rentenversicherung herausstellt,  
 103 dass die einzahlende Person doch  
 104 nicht versicherungspflichtig war,  
 105 kann diese Person wählen, ob sie  
 106 ihren Anspruch auf Sozialversiche-  
 107 rungsleistung geltend machen oder  
 108 ihre Beiträge zurückfordern möch-  
 109 ten.  
 110 → *Beschluss Landesvorstand FDP-*  
 111 *Thüringen März 2008*

113 *Reorganisation der Thüringer Kammern*

114 Die FDP Thüringen setzt sich für  
 115 eine Reorganisation der Hand-  
 116 werkskammern und Industrie- und  
 117 Handelskammern mit dem Ziel des  
 118 effektiven Einsatzes der Haushalt-  
 119 mittel, Senkung der Beiträge und  
 120 steigender Servicequalität für die  
 121 Mitgliedsunternehmen ein. Die  
 122 jeweils drei Handwerkskammern  
 123 bzw. Industrie- und Handelskam-  
 124 mern haben zu fusionieren. Gleich-  
 125 zeitig sind ihre Strukturen derart zu  
 126 reformieren, dass nur wesentliche  
 127 Aufgaben wie z.B. Ausbildung,  
 128 betriebswirtschaftliche Beratung  
 129 etc., erledigt werden. Das Land  
 130 Thüringen leistet sich den Luxus,  
 131 jeweils drei Handwerkskammern  
 132 bzw. drei Industrie- und Handels-  
 133 kammern zu unterhalten. Allein  
 134 diese Struktur verschlingt einen  
 135 hohen Anteil der Beitragsmittel. Die

136 dann fusionierten Kammern sollten  
 137 sich auf das Wesentliche ihrer Kern-  
 138 aufgaben beschränken, zu nennen  
 139 sind hier die Gründungs- bzw. Kri-  
 140 senberatung oder auch die Lehr-  
 141 lingsausbildung sowie Qualifizie-  
 142 rungs- und Weiterbildungsmaßnah-  
 143 men für Mitarbeiter, z. B. Meister  
 144 oder Betriebswirte. Es soll auch  
 145 kontrolliert werden, dass die Haus-  
 146 haltsmittel nur im Sinne der Mitglie-  
 147 der verwendet werden sowie die  
 148 Funktionsträger und Angestellten  
 149 der Kammern exklusiv für die Mit-  
 150 gliedsunternehmen tätig sind.  
 151 → *Beschluss 20. Landesparteitag FDP*  
 152 *Thüringen Gera 2007*

154 *Mitgliedschaft in IHK und Handwerks-*  
 155 *kammern*

156 Die FDP Thüringen lehnt eine  
 157 Pflichtmitgliedschaft von Unter-  
 158 nehmen in den Industrie- und Han-  
 159 delskammern ab bzw. Handwerks-  
 160 kammern ab. Das Kammerwesen  
 161 muss auf der Grundlage des  
 162 Wettbewerbsgedanken reformiert  
 163 werden. Dazu sollen die Kammern  
 164 in privatrechtlich organisierte Verei-  
 165 ne überführt werden. Sie können  
 166 sich dann akkreditieren, um staatli-  
 167 che Aufgaben wahrzunehmen. Jeder  
 168 Unternehmer muss einzig auf der  
 169 Basis eines Nutzens für ihn über  
 170 eine Mitgliedschaft entscheiden  
 171 können. Jeder Unternehmer muss  
 172 einzig auf der Basis eines Nutzens  
 173 für ihn über eine Mitgliedschaft  
 174 entscheiden können. Unternehmen,  
 175 die sich für eine Nichtmitgliedschaft  
 176 entschieden haben, müssen bei  
 177 Inanspruchnahme von Dienstleis-  
 178 tungen einen erhöhten Preis zahlen.  
 179 Die Mitgliedschaft von Unterneh-  
 180 men zu den Kammern ist nicht  
 181 räumlich beschränkt.  
 182 Des Weiteren haben die drei Hand-  
 183 werkskammern bzw. Industrie- und  
 184 Handelskammern zu fusionieren, um  
 185 eine Senkung der Kosten sowie eine  
 186 Steigerung der Servicequalität herbei  
 187 zu führen.  
 188 → *Beschluss 20. Landesparteitag FDP*  
 189 *Thüringen Gera 2007*

191 **Patient**

193 *Patientenverfügung*

194 Die FDP fordert eine gesetzliche  
 195 Regelung für Patientenverfügungen.  
 196 Mit einer Patientenverfügung soll  
 197 eine Entscheidung für eine mögliche  
 198 spätere Behandlungssituation zu  
 199 einem Zeitpunkt getroffen werden,  
 200 in dem der Verfügende selbst noch  
 201 einsichts- und einwilligungsfähig ist.  
 202 Die Patientenverfügung soll schrift-  
 203 lich verfasst werden. Nur wenn eine

1 Patientenverfügung nicht vorliegt,  
2 kommt ein Handeln entsprechend dem  
3 vormals mündlich geäußerten Willen  
4 oder entsprechend dem mutmaßlichen  
5 Willen des Patienten in Betracht. Der  
6 in einer Patientenverfügung niederge-  
7 legte Wille des Patienten ist gegenüber  
8 jedermann bindend. Entscheidend ist  
9 für die FDP, dass Therapiebegrenzun-  
10 gen und Therapieverbote durch Patien-  
11 tenverfügungen für jeden Zeitpunkt  
12 eines Krankheitsverlaufs möglich sein  
13 müssen. Eine Begrenzung der Reich-  
14 weite einer Patientenverfügung auf  
15 Prognosen, die absehbar und trotz  
16 Behandlung zum Tode führen, wider-  
17 spricht dem Selbstbestimmungsrecht  
18 des Menschen. Beim Fehlen einer  
19 schriftlichen Patientenverfügung sowie  
20 bei Dissens zwischen Arzt, Angehörigen  
21 und Betreuer oder Bevollmächtigtem  
22 ist das Vormundschaftsgericht  
23 stets anzurufen..

24 → *FDP im Deutschen Bundestag, Unsere*  
25 *Argumente K bis Z*

#### 26 Status

27 Die FDP Thüringen setzt sich ein für:

- 28 • Versicherungspflicht statt Pflichtver-
- 29 sicherung,
- 30 • Einführung von Wahlтарifen mit
- 31 Elementen der Eigenbeteiligung und
- 32 der Präventionsvergütung,
- 33 • Privatisierung des Krankengeldes und
- 34 der Unfallversicherung,
- 35 • die freie Arztwahl und die Stärkung
- 36 der Hausärzte,
- 37 • mehr Kostentransparenz: Der Patient
- 38 bekommt nach dem Arztbesuch eine
- 39 Rechnung über alle Leistungen und
- 40 Kosten, mit der er dann zwecks Kos-
- 41 tenrückerstattung zu seiner Kranken-
- 42 kasse geht.

43 Der Patient hat ein Anrecht darauf,  
44 sich medizinische und versicherungs-  
45 technische Leistungen nach eigenen  
46 Wünschen und Bedürfnissen zusam-  
47 menzustellen. Darüber hinaus hat er  
48 das Recht, zu erfahren, wie sich die  
49 Kosten für die Behandlung und die  
50 weiteren Leistungen zusammensetzen  
51 und wofür seine Krankenkassenbeiträge  
52 verwendet werden. Das Verhältnis  
53 von Patient - Arzt - Krankenkasse  
54 muss diesen Ansprüchen genügen.

55 → *Gutmacher, Dr. Karlheinz, Presseveröf-*  
56 *fentlichung, Gesundheitspolitik zu neuen*  
57 *Ufern, 11. 12. 2003. Programm der FDP*  
58 *Thüringen zur Wahl des 4. Thüringer Land-*  
59 *tages, Erfurt 2004, S. 18f.*

#### 62 Pflegeversicherung

##### 64 *Systemwechsel und individuelle Anpassung*

65 Die FDP Thüringen plädiert für eine  
66 Kombination aus kollektiver, umlage-  
67 finanzierter Basissicherung und kapi-

68 talgedeckter Privatversicherung. Die  
69 individuelle Vorsorge soll besonders  
70 bei der ersten Pflegestufe zum Tra-  
71 gen kommen. Ambulante Betreu-  
72 ung soll Vorrang vor stationärer  
73 Pflege haben. Die Eigenständigkeit  
74 soll möglichst lange bewahrt wer-  
75 den. Auch neue Formen der  
76 Betreuung wie z.B. Senioren-  
77 Wohngemeinschaften sollten ver-  
78 stärkt genutzt werden. Kassenlei-  
79 stungen hingegen sollten sich auf die  
80 Schwer- und Schwerstpflegebedürf-  
81 tigen konzentrieren, um eine dauer-  
82 haft tragfähige Sicherung der Bei-  
83 tragsstabilität und eine fachgerechte  
84 Versorgung zu erreichen. Die ge-  
85 planteten Pflegestützpunkte führen zu  
86 Bürokratie und Mehrkosten. Man  
87 sollte auf vorhandene Strukturen  
88 aufbauen. Bei Bedarf können die  
89 Kommunen entsprechende Ange-  
90 bote (z.B. in Bürgerbüros) bereit-  
91 stellen.

92 Den Veränderungen in der Bevöl-  
93 kerungsentwicklung muss auch im  
94 Bereich der Pflege und Betreuung  
95 Rechnung getragen werden. Die  
96 Anzahl derer wächst, die im fortge-  
97 schritteneren Alter nicht mehr  
98 ausreichend für sich sorgen kann.  
99 Eine Neuordnung bei der Absiche-  
100 rung des Pflegerisikos ist zwingend  
101 erforderlich. Dem Einzelnen soll  
102 und muss mehr Eigenverantwortung  
103 übertragen werden, so dass er  
104 die für sich passende Pflege und  
105 Betreuung im Bedarfsfall erhält.  
106 → *Beschluss LFA IV, März 2005..*

#### 108 Politische Kultur & politisches 109 System

##### 111 *Grundgedanken*

112 Deutschland hat sich seit dem Ende  
113 des Zweiten Weltkrieges sehr ver-  
114 ändert. Es ist reifer und verantwortungsbewusster geworden. Diese  
115 Veränderungen trägt unser Land in  
116 das 21. Jahrhundert. Ein Jahrhun-  
117 dert, welches uns mit Herausforde-  
118 rungen und Risiken konfrontiert,  
119 die wir nur mit tragfähigen politi-  
120 schen Strukturen erfolgreich besteh-  
121 en werden. Jeder einzelne Bürger  
122 bekommt mehr Verantwortung für  
123 sich selbst, aber auch für den Fort-  
124 bestand von Freiheit und Demokratie.  
125 Deutschland muss alle motivie-  
126 ren und unterstützen, dieses neue  
127 Verantwortungsbewusstsein anzu-  
128 nehmen und zu leben.

##### 131 *Abgeordnetenentschädigung*

132 Die Kritik an der Abgeordnetenver-  
133 sorgung beginnt meist mit dem  
134 Vorwurf der Selbstbedienung, da  
135 die Abgeordneten selbst über Struk-

136 tur und Umfang der Bezüge ent-  
137 scheiden. Die Abgeordnetenent-  
138 schädigung orientiert sich an den  
139 Bezügen von obersten Bundesrich-  
140 tern. Es ist jedoch ein Irrweg, Abge-  
141 ordnete wie Beamte zu behandeln  
142 und ihre Diäten an bestimmte Be-  
143 soldungsgruppen zu koppeln. Die  
144 FDP fordert daher schon seit lan-  
145 gem eine strukturelle Reform der  
146 Abgeordnetenentschädigung. Wir  
147 fordern die Einsetzung einer unab-  
148 hängigen Sachverständigenkommis-  
149 sion, die vom Bundespräsidenten  
150 berufen wird. Die Kommission soll  
151 jährlich die Diätenhöhe verbindlich  
152 festsetzen. Nur so kann der Vorwurf  
153 der Selbstbedienung entkräftet wer-  
154 den und damit das Ansehen des  
155 Bundestages insgesamt gestärkt  
156 werden. Die Kommission soll dar-  
157 über hinaus auch Vorschläge zur  
158 Reform der Alterssicherung für  
159 Abgeordnete erarbeiten. Wir fordern  
160 eine größere Eigenverantwortung  
161 der Abgeordneten für ihre eigene  
162 Altersversorgung und eine Abkehr  
163 vom beamtenrechtlichen Pensions-  
164 anspruch. Die Abgeordnetenent-  
165 schädigung soll die wirtschaftliche  
166 Unabhängigkeit des Abgeordneten  
167 während des Mandats sichern und  
168 nicht im Alter.

169 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*  
170 *wort Abgeordnetenentschädigung, Unsere*  
171 *Argumente von A bis Z.*

##### 173 *Parlament und Regierung*

174 Die FDP Thüringen lehnt eine Ver-  
175 längerung der Legislaturperiode des  
176 Bundestages ab. Seine Handlungsfä-  
177 higkeit ist durch die 4-Jahresdauer  
178 nicht beeinträchtigt. Für Thüringen  
179 fordern wir die ernsthafte Diskussio-  
180 n um eine Verkleinerung des Land-  
181 tages. Dabei darf auch das Thema  
182 um Verkleinerung des Landtages  
183 nicht ausgespart werden.

184 → *Barth, Uwe, Presseveröffentlichung,*  
185 *Abfuhr für Verlängerung der Legislatur,*  
186 *26. 12. 2005. Kurtb, Patrick, Pressever-*  
187 *öffentlichung, Landtagsverkleinerung,*  
188 *Feierabendparlament, Länderfusion,*  
189 *19.2.2007*

##### 191 *Vergangenheitsüberprüfung von Mandats-* 192 *trägern*

193 Die FDP Thüringen begrüßt eine  
194 Vergangenheitsüberprüfung hin-  
195 sichtlich einer eventuellen Stasimit-  
196 arbeit anhand der Rosenholzkartei-  
197 en. Eine derartige "Durchleuchtung"  
198 ist für demokratische und rechts-  
199 staatliche Parteien eine Selbstver-  
200 ständlichkeit. Abgeordnete sollen  
201 dabei aber nicht unter Generalver-  
202 dacht gestellt werden. Vielmehr  
203 handelt es sich um das aktive Vorle-



1 ben jener Prinzipien, welche das Fundament unseres Landes bilden.  
2  
3 → *Gutmacher, Dr. Karlheinz, Presseveröffentlichung, Überprüfung notwendig, 8. 10. 2003.*

7 **Rauchverbot**

9 *Kein striktes Rauchverbot in Gaststätten*

10 Die Thüringer FDP ist gegen strikte  
11 Rauchverbote in Gaststätten. Die FDP  
12 Thüringen begrüßt Maßnahmen, die  
13 dazu beitragen, dass weniger geraucht  
14 wird. Hierzu zählen auch Rauchverbote  
15 in öffentlichen Einrichtungen, Bahnhöfen,  
16 Flughäfen usw. Insbesondere in  
17 Kinder- und Jugendeinrichtungen und  
18 Schulen ist das Rauchverbot durchzusetzen.

20 Ein totales Rauchverbot im Gastronomiegewerbe ist indes problematisch.

22 Ob in Restaurants oder Bars geraucht werden darf, entscheiden die Betreiber und Kunden gleichzeitig. Ein Verbot in sämtlichen gastronomischen Einrichtungen werde zu erheblichem Schaden bei kleineren Kneipen führen. Wirte sollten stattdessen selbst entscheiden, ob sie das Rauchen erlauben oder nicht. Ein striktes Verbot bedroht viele Gaststätten in ihrer Existenz. Etwa die Hälfte der Thüringer Kneipen könnte bei einem ausnahmslosen Rauchverbot ihren Betrieb einstellen. Davon geht auch der Hotel- und Gaststättenverband in Thüringen aus. Die FDP Thüringen setzt sich für eine Kennzeichnungspflicht ein. Vor Betreten einer Kneipe muss klar sein, ob es sich um ein Raucher- oder ein Nichtraucherlokal handelt.

42 Für Raucherkneipen fordern die Liberalen, die technischen Möglichkeiten zur Be- und Entlüftung auszuschöpfen. Danach müssen Gastwirte, die sich für den Betrieb eine Rauchergaststätte entscheiden, auch verpflichtet werden, Entlüftungsanlagen einzubauen und zu betreiben.

50 → *Beschluss des FDP-Landesparteiirates vom 26.3.2007.*

53 **Rechtspolitik**

55 *Balance zwischen Freiheit und Sicherheit*

56 Der Rechtsstaat ist der Garant für die Freiheit einer offenen Bürgergesellschaft. Ziel liberaler Rechtspolitik ist es, dass der Rechtsstaat die Freiheit und die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger möglichst umfassend schützt. Dazu gehört auch, dass die Kluft zwischen grundgesetzlich garantierten Rechtspositionen und der gelebten Wirklichkeit geschlossen wird. Zu einer Rechtsordnung, die der Bürger als richtig und gerecht anerkennt, gehört auch ihre Durchsetzung und da-

69 mit der Schutz vor Straftaten und  
70 Kriminalität. Der Staat muss daher  
71 über die geeigneten Mittel zur Kriminalitätsbekämpfung und Strafverfolgung verfügen. Der Gesetzgeber muss im Spannungsfeld zwischen  
74 Freiheit und Sicherheit die richtige Balance finden. Der Staat hat daher dafür Sorge zu tragen, dass der  
78 Gerichtsschutz für die Bürger gewährleistet ist. Wir brauchen eine funktionierende Justiz, um die Freiheit zu sichern, um Rechtsfrieden und Rechtsschutz in der Gesellschaft - auch gegenüber dem Staat - zu gewährleisten. Die Modernisierung der Justiz ist daher eine wichtige Aufgabe, um die Qualität und Leistungsfähigkeit des Rechtsstaats zu sichern und zugleich die Gerichte zu entlasten.

90 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stichwort Rechtspolitik, Unsere Argumente von A bis Z.*

94 *Stärkung des Rechtsbewusstseins*

95 Die FDP Thüringen fordert:

- 96 • eine konsequente Anwendung bestehender Gesetze
- 98 • eine sofortige Bestrafung von Tätern
- 100 • Kriminalitätsprävention durch eine höhere Polizeipräsenz, einen effektiveren Polizeieinsatz und Aufklärung
- 104 • Erziehung zu einem entsprechenden Rechtsbewusstsein im Elternhaus, im Vorschulbereich und an Schulen.

108 Die Anforderungen für eine Sicherheitspolitik ergeben sich aus dem Anspruch, den Bürgern soviel Freiheit wie möglich zu gewähren, dabei aber ein Mindestmaß an Ordnung für die gesamtgesellschaftliche und staatliche Stabilität zu erhalten. Bei Zuwiderhandlungen und dem Verletzen individueller Freiheitsrechte muss der Staat schnell und unmittelbar handeln und die Achtung der Freiheitsrechte wiederherstellen und das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat bestätigen. Das Eintreten für die Verteidigung von Freiheitsrechten schließt auch den Schutz des Bürgers vor einem zu übermäßigen Zugriff des Staates auf ihn ein. Der Staat darf nicht das Recht besitzen, sein Gewaltmonopol zur Einschränkung der Bürger- und Freiheitsrechte zu missbrauchen.

131 → *Programm der FDP Thüringen zur Wahl des 4. Thüringer Landtages, Erfurt 2004, S. 19f.*

135 *Stärkung der Prävention*

136 Die FDP Thüringen fordert:

- 137 • eine höhere Polizeipräsenz auf Thüringer Straßen
- 139 • einen Verwaltungsabbau im aktiven Polizeidienst, um mehr Polizisten für ihre eigentliche Tätigkeit einsetzen zu können
- 143 • eine Verbesserung der grenzüberschreitenden Datenweitergabe
- 145 • keine Verharmlosung von "Bagatelldelinquenz"
- 147 • die Umstellung des Polizei- und Katastrophenfunks auf Digitaltechnik
- 150 • keine Übernahme hoheitlicher Aufgaben durch private Personen oder Unternehmen
- 153 • die Bekämpfung der vielfältigen Ursachen von Kriminalität durch die Schaffung von Perspektiven, einer konsequenten Vermittlung rechtsstaatlicher und allgemein akzeptierter Wertvorstellungen in Familie, Schule und Gesellschaft, nachhaltige
- 161 Integration von Ausländern und Spätaussiedlern.
- 162 Kriminalität bzw. Kriminalitätsbekämpfung beginnen nicht erst mit der Festnahme des Täters und dessen Überführung in den Strafvollzug. Am Anfang stehen Aufklärung und Vorbeugung. Ziel muss es sein, möglichst viele Quellen für Delikte und Straftaten im Vorfeld auszuschalten.
- 172 → *Programm der FDP Thüringen zur Wahl des 4. Thüringer Landtages, Erfurt 2004, S. 20.*
- 175 *Zeitnahe Bestrafung*
- 177 Die FDP Thüringen fordert:
- 178 • eine zeitnahe Bestrafung durch umfassende Anwendung beschleunigter Strafverfahren
- 181 • die Stärkung des Opferschutzes, verbesserte Form des Opfer-Täter-Ausgleichs
- 184 • die Beibehaltung und Reformierung des Jugendstrafrechts
- 186 • die Stärkung des Erziehungsgedanken im Jugendstrafrecht: Anordnung von Erziehungshilfen auch gegen den Willen der Eltern
- 190 • die Errichtung neuer Jugendvollzugsanstalten
- 192 • die Schaffung von Perspektiven durch verstärkte soziale Reintegrationsmaßnahmen.
- 195 Der Strafvollzug ist die stärkste Waffe eines Rechtsstaates, Gesetzesverstöße zu ahnden und Straftäter ihre Grenzen aufzuzeigen. Da er das Leben der Betroffenen - Opfer und Täter - einschneidend verändert, sollte er sorgfältig und mit

1 Bedacht eingesetzt werden. Er muss  
2 einerseits wirkungsvoll bestrafen, andererseits sollte er Wege für eine Rückkehr in die Gesellschaft bereithalten.  
3  
4  
5 → *Programm der FDP Thüringen zur Wahl des 4. Thüringer Landtages, Erfurt 2004, S. 20.*

## 9 Religionen

11 *Verfassungskonformität von Religionsgemeinschaften*

13 Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit sowie das Recht auf freie Religionsausübung sind zentrale Elemente eines freiheitlichen Rechtsstaats. Jeder Einzelne soll nach seiner Glaubensüberzeugung leben können. Religionsfreiheit ist nicht schrankenlos. Alle Religionsgemeinschaften müssen sich klar und deutlich zur verfassungsgemäßen Ordnung bekennen und dürfen gegen diese nicht verstoßen. Die FDP anerkennt die wegweisenden Leistungen der christlichen Kirchen im karitativen Bereich wie auch als Träger von Schulen und Kindertagesstätten. Sie bekennt sich zum christlichen Erbe in Kultur, Geschichte und Wertvorstellungen Deutschlands und Europas. Das Wiedererstarken jüdischen Lebens in Deutschland begrüßt die FDP. Die FDP setzt sich außerdem für die Anerkennung der Muslime als Religionsgemeinschaft, die Einführung islamischen Religionsunterrichts und die Errichtung von Lehrstühlen für islamische Theologie an deutschen Hochschulen ein. Eine liberale Gesellschaft braucht solide Wertgrundlagen: Die FDP unterstützt die Religionsgemeinschaften in ihrem Streben nach der Verankerung von Werten und sittlichen Normen durch einen offenen und konstruktiven Dialog.

46 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stichwort Religion, Unsere Argumente von A bis Z.*

## 49 Rentensystem

51 *Stabile Beiträge - Sichere Renten*

52 Die FDP Thüringen setzt sich ein für:

### 54 1. Rentensystem

- 55 • einen Systemwechsel: Finanzierung der Rentenkasse aus dem Steueraufkommen statt durch Beiträge,
- 56 • die Einführung des Bürgergeldes zur Absicherung der Rentenansprüche,
- 57 • die Abschaffung subventionierter Frühverrentung,
- 58 • keine Anhebung des Rentenalters und
- 59 • schrittweise Angleichung der Rentenwerte Ost/West innerhalb der nächsten Legislaturperiode.

### 67 2. Beitragszahler

- 68 • die Stärkung der eigenen, kapitalgedeckten Altersvorsorge,
- 69 • eine attraktive Gestaltung privater Vorsorgemodelle ohne bürokratische Hindernisse,

- 70 • die Unterstützung des Erwerbes von Wohneigentum als Bestandteil der Altersvorsorge und
- 71 • einen stabilen Rentenversicherungsbeitrag von maximal 20 Prozent.

### 79 3. Rentenempfänger

- 80 • kein Absenken des Rentenniveaus auf 40 Prozent des Bruttolohns
- 81 • keine Rentenkürzungen bei Kinderlosen
- 82 • keine Nullrunden für Rentner im Osten Deutschlands: Rentenzahlung weiter mit Inflationsanhebung.

88 Die Achtung der Menschenwürde hört mit dem Eintritt in das Rentenalter nicht auf. Für ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben im Alter gehören vor allem ein Mindestmaß an finanzieller Sicherheit und finanziellem Spielraum. Die gegenwärtige Form der Altersversorgung ist nicht zukunftsfähig. Wir Liberale setzen uns für einen grundlegenden Systemwechsel ein. Unser angestrebtes Modell gewährleistet Generationengerechtigkeit in beide Richtungen, für Beitragszahler und Rentenempfänger. Langfristig jedoch ist neben dem Systemwechsel eine moderne und tragfähige Familienpolitik unabdingbar, die für ein ausgeglichenes Verhältnis der jüngeren und älteren Generation sorgt.

108 → *Barth, Uwe, Presseveröffentlichung, Keine Nullrunde für Ostrentner, 21. 10. 2003*  
109 *Gutmacher, Dr. Karlheinz, Presseveröffentlichung, Berentung nicht nach Kassenlage führen, 6. 11. 2003.*  
110 *Möller, Andreas, Presseveröffentlichung, Moralisch nicht zu vertreten, 18. 3. 2006.*

116 *Gegen die Schließung von Gerichtsstandorten*

117 Die FDP Thüringen wendet sich entschieden gegen die Schließung von Gerichtsstandorten in Thüringen (z.B. Landgericht Mühlhausen, Amtsgericht Stadtroda) zum Nachteil der Rechtssuchenden, bevor nicht die für Juni 2005 anberaumte Justizministerkonferenz des Bundes und der Länder konkrete Rahmenbedingungen auf Bundesebene für die geplante große Justizreform (Zusammenfassung und Einordnung von Fachgerichtsbarkeiten, Wegfall einer Rechtsmittelinstanz, Übertragung von Teilen der Freiwilligen Gerichtsbarkeit auf Notare etc.) vorgelegt hat.

135 → *FDP Landesvorstand/ Landesfachausschuss Justiz, Innen, Bund und Europa, Antrag Nr. 21, Schließung von Gerichtsstandorten in Thüringen, 18. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen, 12. 3. 2005, Apolda/ Pffiffelbach.*

## 143 Schulsystem

145 *Grundschule*

146 Die FDP Thüringen setzt sich ein für:

- 148 • die Verlängerung der Grundschulstufe von vier auf sechs Jahre, um eine den persönlichen Fähigkeiten des Kindes entsprechende Schulwahl treffen zu können

153 eine flexible Schuleingangsphase und Abschaffung der Schuleinzugsbereiche, um bestehende Talente so früh wie möglich in den dafür vorhandenen Einrichtungen zu fördern. In der ersten Schulstufe werden die Grundlagen für das Lesen, Schreiben, Rechnen und das Erlernen einer ersten Fremdsprache gelegt. Schule und Elternhaus tragen in dieser Zeit gemeinsam zur Persönlichkeitsentwicklung des Kindes bei. Die Vermittlung sozialer Kompetenzen wie Eigenständigkeit und Leistungsbereitschaft, Teamfähigkeit, Solidarität und Freiheitsbewusstsein spielen dabei eine ebenfalls sehr wichtige Rolle. Aktuell findet in der FDP Thüringen eine inhaltliche Überarbeitung des Themas statt.

174 → *FDP Landesvorstand, Presseveröffentlichung, Krapps Schulgesetz ist nur ein Beginn, 4. 9. 2002. Programm der FDP Thüringen zur Wahl des 4. Thüringer Landtages, Erfurt 2004, S. 14.*

180 *Regelschule*

181 Die FDP Thüringen fordert:

- 182 • eine stärkere Berufsorientierung und Erhöhung des Praxisbezuges in den Schulen durch eine engere Kooperation mit der Wirtschaft
  - 183 • eine frühere Informationsvermittlung an den Schulen über Inhalt und Anforderungsprofil der verschiedenen Ausbildungsbereiche
- 190 Regelschulen sowie das Gymnasium bilden das Fundament für eine differenzierte, leistungsabhängige Vermittlung von Fachwissen und der Methodik, die gewonnenen Erkenntnisse wirksam anzuwenden, zu erweitern und zu vertiefen. Der an einer Regelschule erworbene Abschluss soll für das Erlernen eines Berufes qualifizieren. Spezialisierte Facharbeiter mit hohem technischen, kaufmännischen oder praktischen Fähigkeiten brauchen kein

1 Abitur. Das verzögert den Eintritt in  
 2 das Erwerbsleben und belastet die  
 3 Sozialsysteme. Die erforderliche Wei-  
 4 terbildung kann und soll im Beruf  
 5 erfolgen.  
 6 → *Barth, Uwe, Presseveröffentlichung,*  
 7 *Schulbildung schadet nicht, 15. 10. 2003.*  
 8 *Programm der FDP Thüringen zur Wahl des*  
 9 *4. Thüringer Landtages, Erfurt 2004, S. 14.*  
 10  
 11 *Gymnasium*  
 12 Die FDP Thüringen tritt ein für die:  
 13 • Spezialisierung und Profilierung der  
 14 Gymnasien  
 15 • Stärkung des Auswahlrechts der  
 16 Schulen durch die Schaffung von  
 17 Aufnahmekriterien und Durchfüh-  
 18 rung von Aufnahmeprüfungen  
 19 • Festlegung von zu absolvierenden  
 20 Pflichtfächern  
 21 Der Besuch eines Gymnasiums dient  
 22 der direkten Vorbereitung eines Hoch-  
 23 schulstudiums. Die Zugangsbarrieren  
 24 müssen erhöht werden, um denen, die  
 25 ein Studium anstreben, eine angemes-  
 26 sene und umfassende Betreuung ange-  
 27 deihen zu lassen.  
 28 → *FDP Landesvorstand, Presseveröffentli-*  
 29 *chung, Krapps Schulgesetz ist nur ein Beginn,*  
 30 *4. 9. 2002. Programm der FDP Thüringen*  
 31 *zur Wahl des 4. Thüringer Landtages,*  
 32 *Erfurt 2004, S. 15.*  
 33  
 34 *Frühkindliche Bildung*  
 35 Bildung ist das zentrale Bürgerrecht,  
 36 das die Lebenschancen von jungen  
 37 Menschen und die Zukunftschancen  
 38 unseres Landes bestimmt. Schlechte  
 39 PISA-Ergebnisse, ein katastrophaler  
 40 baulicher Zustand vieler Schulen und  
 41 Hochschulen, mangelnde Ausbildungs-  
 42 reife von 20-25 Prozent eines Jahrgan-  
 43 ges und ca. 80.000 Jugendliche ohne  
 44 Schulabschluss pro Jahr sind Alarmzei-  
 45 chen. Unsere Kindergärten, Schulen  
 46 und Hochschulen sind durch Bürokratie  
 47 und Vorschriften gefesselt. Die  
 48 FDP will für alle Einrichtungen eine  
 49 hohe Selbstständigkeit. So können sie  
 50 sich nach den jeweiligen Bedingungen  
 51 optimal organisieren. Frühkindliche  
 52 Bildung ist für die FDP besonders  
 53 wichtig. Wir wollen faire Chancen für  
 54 jedes Kind von Anfang an. Deshalb  
 55 wollen wir den verbindlichen Besuch  
 56 einer Startklasse ab 5 Jahren, vor der  
 57 ersten Klasse, mit klarem pädagogi-  
 58 schem Auftrag. Frühe Sprachtests  
 59 bilden die Voraussetzung, jedes Kind  
 60 individuell zu fördern. Die chronische  
 61 Unterfinanzierung der Bildung in  
 62 Deutschland muss beendet werden.  
 63 Nur ca. 4,5 Prozent des Bruttoinland-  
 64 produkts werden in Deutschland aus  
 65 öffentlichen Haushalten für Bildung  
 66 und Ausbildung ausgegeben. Dies ist  
 67 weit unter dem europäischen Durch-

68 schnitt von ca. 4,9 Prozent. Die  
 69 FDP will Bildungsfinanzierung statt  
 70 Kohlefinanzierung. Bildung in  
 71 Deutschland muss wieder Spitze  
 72 werden.  
 73 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*  
 74 *wort Bildung, Unsere Argumente von A*  
 75 *bis Z.*  
 76  
 77 *Kopfnoten - Fachungebundene Leistungs-*  
 78 *einschätzung*  
 79 Die FDP Thüringen spricht sich für  
 80 die Einführung von Kopfnoten in  
 81 Verbindung mit einer schriftlichen  
 82 Einschätzung für jeden Schüler aus.  
 83 Eine solche Beurteilung durch den  
 84 jeweiligen Klassenlehrer soll Aus-  
 85 kunft über die Motivationslage des  
 86 Schülers, das soziale Verhalten  
 87 gegenüber seinen Lehrern und  
 88 Mitschülern geben bzw. eine Ent-  
 89 wicklungstendenz aufzeigen. Diese  
 90 Form einer fachungebundenen  
 91 Leistungseinschätzung soll Eltern  
 92 über den allgemeinen Stand und  
 93 über eventuelle Probleme frühzeitig  
 94 informieren. Schüler sollen aus ihr  
 95 Anstoß und Motivation für ein  
 96 umsichtiges, verantwortungsbe-  
 97 wusstes und zielorientiertes Denken  
 98 und Handeln schöpfen.  
 99 → *FDP Landesvorstand, Presseveröffentli-*  
 100 *chung, Krapps Schulgesetz ist nur ein*  
 101 *Beginn, 4. 9. 2002.*

102  
 103 **Senioren**

104  
 105 *Senioren - Eine aktive Generation*  
 106 Die FDP Thüringen unterstützt die  
 107 Emanzipation und das gestiegene  
 108 Engagement von Senioren in Sport-  
 109 , Kulturvereinen, politischen Aus-  
 110 schüssen, Beiräten und Vertretun-  
 111 gen. Ältere Generationen sind nicht  
 112 nur irgendein Teil der Gesellschaft.  
 113 Sie sind der Teil der Gesellschaft,  
 114 der sich vielleicht bewusster als  
 115 andere für die eigenen Belange  
 116 interessiert, einsetzt und neue  
 117 Kommunikationsformen und Inter-  
 118 aktionsmöglichkeiten für sich ent-  
 119 deckt. Wir Liberalen setzen uns für  
 120 ein offeneres und verständnisvolle-  
 121 res Miteinander anstelle eines Le-  
 122 bens der Generationen nebeneinan-  
 123 der ein. Jeder hat etwas zu geben.  
 124 Jeder kann vom anderen lernen.  
 125 Ehrenamtliche Tätigkeiten sind  
 126 dabei ein wertvolles Bindeglied,  
 127 welches weiter gefördert werden  
 128 muss. Zumindest sollten bei Bedarf  
 129 erforderliche Auslagen ersetzt wer-  
 130 den. Ältere Menschen sind auf-  
 131 grund ihres Erfahrungsschatzes eine  
 132 wichtige Voraussetzung für das  
 133 Funktionieren unserer Gesellschaft.

134 → *Programm der FDP Thüringen zur*  
 135 *Wahl des 4. Thüringer Landtages, Erfurt*  
 136 *2004, S. 23.*

137  
 138 **Sozialpolitik**

139  
 140 *Eckpfeiler*  
 141 Angesichts der Gesellschaftsent-  
 142 wicklung, des Fortschritts in der  
 143 Medizin und der sinkenden Lohn-  
 144 quote plädiert die FDP Thüringen  
 145 für den Wechsel von einem reinen  
 146 Umlageverfahren zu einem steuerfi-  
 147 nanzierten Sicherungssystem. Die  
 148 Sozialversicherungsstrukturen müs-  
 149 sen von der jeweiligen Situation auf  
 150 dem Arbeitsmarkt unabhängig ge-  
 151 macht werden. Kernelement ist  
 152 dabei das Bürgergeld. Die Sozialpoli-  
 153 tik beinhaltet die Schaffung von  
 154 Sicherungsstrukturen, die dann in  
 155 Kraft treten, wenn eine Person  
 156 durch Arbeitslosigkeit, Krankheit  
 157 bzw. den Eintritt in das Rentenalter  
 158 nicht mehr oder nur noch partiell in  
 159 der Lage ist, eigenverantwortlich  
 160 seinen Lebensunterhalt zu bestrei-  
 161 ten. Eine trag- und zukunftsfähige  
 162 Sozialpolitik muß eine optimale  
 163 Versorgung im Bedarfsfall für jene  
 164 ermöglichen, die auch wirklich Hilfe  
 165 bedürfen. Darüber hinaus muß sie  
 166 für alle Generationen gerecht und  
 167 bezahlbar sein und bleiben.

168  
 169 *Bürgergeld - Eines für Alles*

170 Ziel der Umgestaltung ist es, die  
 171 Vielzahl an Sozialleistungen, die von  
 172 unterschiedlichen staatlichen Stellen  
 173 verwaltet werden, zu bündeln und  
 174 durch eine Institution - das Finanz-  
 175 amt - auszuzahlen. Zu diesem  
 176 Zweck sollen alle steuerfinanzierten  
 177 Leistungen des Staates (Arbeitslo-  
 178 sengeld II, Wohngeld, BAföG, etc.)  
 179 in einem Universaltransfer - dem  
 180 Bürgergeld - zusammengeführt  
 181 werden. Das Bürgergeld wird mit  
 182 der Einkommenssteuer zu einem  
 183 Steuer-Transfer-System aus einem  
 184 Guss verbunden. Steuern und sozia-  
 185 le Leistungen werden im Finanzamt  
 186 miteinander verrechnet. Bürger mit  
 187 höherem Einkommen zahlen Steu-  
 188 ern an das Finanzamt. Bürger mit  
 189 niedrigem oder keinem Einkommen  
 190 erhalten das Bürgergeld als eine  
 191 negative Einkommenssteuer ausbe-  
 192 zahlt. Die Anzahl der Ansprechpart-  
 193 ner für die finanziellen Bedürfnisse  
 194 der Bürger wird auf ein Minimum  
 195 reduziert. Mehrfacherklärungen über  
 196 Einkommens- und Vermögensver-  
 197 hältnisse gegenüber den verschiede-  
 198 nen Ämtern entfallen. Die Effizienz  
 199 steigt. Missbrauch wird erschwert.  
 200 Detaillierte Informationen zur Ge-  
 201 sundheitspolitik, Rentenpolitik und

1 der Arbeitslosenunterstützung ent-  
2 nehmen Sie bitte den entsprechenden  
3 Lexikoneinträgen.  
4 → *Das Liberale Bürgergeld: aktivierend,*  
5 *einfach und gerecht, 56. Ordentlicher Bundes-*  
6 *parteitag der FDP, 5.-7.5. 2005, Köln*

## 8 Sportpolitik

### 9 Grundpositionen

11 Wie kaum ein anderer Lebensbereich  
12 steht Sport für Lebensfreude, Leistung  
13 und Fairness. Das sind zugleich auch  
14 liberale Ziele und Werte. Liberale  
15 Sportpolitik unterstützt den Spit-  
16 zensport ebenso wie den Breiten-,  
17 Behinderten- sowie Schulsport und  
18 ganz besonders das freiwillige, ehren-  
19 amtliche Engagement im Sportwesen.  
20 Das schließt optimale Rahmenbedin-  
21 gungen für Sportvereine, z.B. durch  
22 Entbürokratisierung, ein. Die FDP  
23 steht für eine energische Bekämpfung  
24 der Sport-Geißel Doping. Die vorhan-  
25 denen gesetzlichen Möglichkeiten sind  
26 voll auszuschöpfen und die mit der  
27 Doping-Bekämpfung befassten Stellen  
28 angemessen auszustatten. Die Bereiche  
29 Sport und Gesundheit sind besser zu  
30 vernetzen. Die Bedeutung des Sports  
31 für Prävention und Rehabilitation ist  
32 konsequent zu nutzen. Die FDP will  
33 den Wert des Sports auch für andere  
34 Gesellschaftsbereiche wie Erziehung,  
35 Soziales, Integration und Jugendarbeit  
36 ausbauen.

37 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stichwort*  
38 *Sport, Unsere Argumente von A bis Z.*

### 40 StasiUnterlagenGesetz

41 Die FDP Thüringen begrüßt die Ver-  
42 längerung des Stasi-Unterlagen-  
43 Gesetzes für die nächsten fünf Jahre.  
44 Stasi-Opfer müssen ein Recht darauf  
45 haben, dass die Machenschaften der  
46 Stasi und ihrer Helfer restlos aufge-  
47 deckt werden. Auch knappe Haus-  
48 haltsmittel dürfen die schonungslose  
49 Aufarbeitung der Geschichte nicht  
50 aufhalten.

### 53 Steuersystem

#### 55 Reduzierter Steuersatz

56 Auf personalisierte Dienstleistungen,  
57 beispielsweise Gebäudereinigung,  
58 Friseur, Bauleistungen an privaten  
59 Wohnungen etc., sollte ein reduzierter  
60 Steuersatz angewendet werden. Damit  
61 würden mehr Spielräume in der Preis-  
62 gestaltung entstehen, die zu verstärk-  
63 tem Kundenzulauf und damit im End-  
64 effekt zu mehr Umsatz führen würden,  
65 welcher sich positiv auf die Beschäfti-  
66 gung auswirkt.

67 *Beschluss vom Landesparteitag 21. 04.*  
68 *2007, Gera*

69

#### 70 Gegen Steuererhöhungen

71 Die FDP Thüringen fordert nach-  
72 drücklich:

- 73 • die Rücknahme der Mehr-
- 74 wertsteuererhöhung
- 75 • die Abschaffung der Ökosteuer
- 76 • keine Mindeststeuer auf Unter-
- 77 nehmungsgewinne
- 78 • keine Vermögenssteuer.

79 Die FDP Thüringen spricht sich  
80 entschieden gegen Steuererhöhun-  
81 gen aus. Eine erneute Ausdehnung  
82 der Abgabenlast steht der Stärkung  
83 der Binnenkonjunktur, dem drin-  
84 gend benötigten Wirtschaftsauf-  
85 schwung und der Entstehung neuer  
86 Arbeitsplätze im Weg. Zudem hilft  
87 sie nicht, den Landes- bzw. Bun-  
88 deshaushalt zu sanieren. Besonders  
89 negativ gerade für Thüringen und  
90 den gesamten Osten wirkt sich die  
91 Mehrwertsteuererhöhung aus. Sie  
92 trifft vor allem Familien, Sozial-  
93 schwächere und Menschen mit  
94 kleinerem Einkommen. Die Ge-  
95 samtbelastung ist ohnehin zu hoch.  
96 Aber auch Handwerksbetriebe stellt  
97 sie vor große Probleme. Ihre  
98 Dienstleistungen werden teurer.  
99 Der Trend zu Schwarzarbeit wird  
100 deutlich steigen.

101 → *Gutmacher, Dr. Karlheinz, Presse-*  
102 *veröffentlichung, FDP gegen Verschiebung*  
103 *der Steuerreform, 20. 8. 2002. Barth,*  
104 *Uwe, Presseveröffentlichung, FDP begrüßt*  
105 *grüne Zustimmung zur Agenda 2010,*  
106 *16. 6. 2003. Barth, Uwe, Presseveröffent-*  
107 *lichung, Ökosteuer abschaffen, 30. 5.*  
108 *2004. Barth, Uwe, Presseveröffentlichung,*  
109 *SPD setzt Kurs gegen Neue Bundesländer*  
110 *fort, 22. 6. 2004. Landesvorstand der*  
111 *FDP Thüringen, Presseveröffentlichung,*  
112 *FDP Landesvorstand gegen Mehr-*  
113 *wertsteuererhöhung, 19. 7. 2005. Barth,*  
114 *Uwe, Presseveröffentlichung, SPD gesteht*  
115 *Wählerbetrug ein, 14. 11. 2005. Barth,*  
116 *Uwe, Presseveröffentlichung, Presseblicke*  
117 *zur Mehrwertsteuer, 13. 6. 2006.*

### 119 Studium

120 *siehe Hochschule*

### 122 Tourismuspolitik

#### 124 Der Freistaat braucht eine einheitliche

125 *„Marke Thüringen“*

126 In der Außenwahrnehmung leidet  
127 Thüringen erheblich unter einer  
128 fehlenden gemeinsamen "Marke  
129 Thüringen". Die Tourismuspolitik  
130 im Land ist geprägt von regionaler  
131 Zersplitterung. Ein einheitliches  
132 Vermarktungskonzept ist nicht  
133 ersichtlich. Das führt zu einer  
134 schlechten Vermarktung des Frei-  
135 staates außerhalb seiner Landes-

136 grenzen (u.a. jährlich wiederkehrend  
137 zur Grünen Woche, der weltgrößten  
138 Verbrauchermesse).

139 Gleichzeitig wird sich zu stark auf  
140 "Wanderschuh- und Städtetouris-  
141 mus" beschränkt. Es besteht die  
142 Gefahr, Entwicklungen im Bereich  
143 Wellness-, Konferenz- und Famili-  
144 entourismus zu verschlafen. Weiter-  
145 hin verfügt der Sektor des Kurzur-  
146 laubs über erhebliches Potenzial.  
147 Die CDU-Landesregierung hat in  
148 diesem Bereich auf ganzer Linie  
149 versagt. Ein Jahrzehnt Alleinregie-  
150 rung reichte offenbar nicht aus, um  
151 diesen Mangel abzustellen. Es fehlt  
152 nach wie vor ein koordiniertes und  
153 erkennbares Außenbild sowie eine  
154 einheitliche Vermarktungsstrategie  
155 zu konzipieren.

156 → *Beschluss Landesvorstand FDP Thü-*  
157 *ringen März 2008*

### 159 Grundpositionen

160 Der Tourismussektor ist einer der  
161 wichtigsten Dienstleistungs- und  
162 Wachstumsbranchen mit zahlreichen  
163 Arbeits- und Ausbildungsplätzen.  
164 Für Deutschland als Gastgeberland  
165 der Fußball-Weltmeisterschaft 2006  
166 sind liberale Sperrzeiten eine not-  
167 wendige Voraussetzung, Deutsch-  
168 land als gastfreundliches Land zu  
169 präsentieren und die internationalen  
170 Gäste von der hohen Service- und  
171 Dienstleistungsqualität zu überzeu-  
172 gen. Deshalb müssen die Sperrzeiten  
173 in der Außengastronomie, z.B. für  
174 Biergärten, von 22.00 Uhr auf 24.00  
175 Uhr verlängert werden. Zur Verbes-  
176 serung der Rahmenbedingungen in  
177 der Tourismusbranche ist zudem die  
178 bisherige Sommerferienregelung auf  
179 90 Tage auszudehnen. Das ist fami-  
180 lienfreundlich und sichert Arbeits-  
181 plätze im Tourismus. Schließlich ist  
182 das Jugendarbeitsschutzgesetz zu  
183 flexibilisieren. Damit auch Haupt-  
184 und Realschüler eine Chance auf  
185 einen Ausbildungsplatz erhalten,  
186 sind die Arbeitszeiten von 22.00 Uhr  
187 auf 23.00 Uhr auszudehnen. Mit  
188 dem FDP-Steuerkonzept ist sicher-  
189 gestellt, dass auch zukünftig keine  
190 Steuern auf Trinkgeld erhoben wer-  
191 den. Die bestehenden Wettbewerbs-  
192 nachteile für Reisebusse als ökologi-  
193 sche Verkehrsträger müssen abge-  
194 baut werden. Es müssen faire Wett-  
195 bewerbsbedingungen für alle öffent-  
196 lichen Verkehrsanbieter geschaffen  
197 werden.

198 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*  
199 *wort Tourismus, Unsere Argumente von A*  
200 *bis Z.*

202 *Grenzüberschreitende Kooperation*

1 Die FDP Thüringen setzt sich für die  
 2 Bündelung und Vereinfachung von  
 3 Verbands- und Vermarktungsstruktu-  
 4 ren ein. Thüringen teilt viele attraktive  
 5 Regionen, wie die Rhön, das Kyffhäu-  
 6 ser-Gebiet oder das Vogtland mit  
 7 anderen Bundesländern. Das neue  
 8 Tourismuskonzept muss die jeweilige  
 9 touristische Region in den Vorder-  
 10 grund rücken und nicht das Bundes-  
 11 land. Dies erfordert eine verstärkte  
 12 grenzüberschreitende Abstimmung  
 13 und Kooperation. Es ist inakzeptabel,  
 14 dass Tourismusplanung und Vermark-  
 15 tung an der Landesgrenze aufhören.  
 16 Besonders in den strukturschwachen  
 17 Regionen des Landes hat sich der Tou-  
 18 rismus zu einem bedeutenden, wirt-  
 19 schaftlichen Standbein und letztlich zu  
 20 einem der wichtigsten Arbeitgeber  
 21 entwickelt. Deshalb muss die Touris-  
 22 muspolitik ein wesentlicher Bestandteil  
 23 der allgemeinen Wirtschaftspolitik  
 24 werden und an den Anforderungen  
 25 und Interessen des Tourismusmarktes  
 26 ausgerichtet werden. Wir brauchen ein  
 27 nachhaltiges und schlüssiges Touris-  
 28 muskonzept, das der Stagnation der  
 29 Übernachtungszahlen entgegenwirkt  
 30 und neue Anreize für die touristische  
 31 Weiterentwicklung besonders struktur-  
 32 schwacher Regionen bietet.  
 33 → *Programm der FDP Thüringen zur Wahl*  
 34 *des 4. Thüringer Landtages, Erfurt 2004, S.*  
 35 *9.*

**Umwelt- und Naturschutz**

*Grundpositionen*

39 Die Menschen sind integraler Bestand-  
 40 teil von Natur und Umwelt. Lebens-  
 41 qualität und sozialer Zusammenhalt  
 42 können deshalb nur gewährleistet  
 43 werden, wenn die Menschen im Mit-  
 44 telpunkt der Umweltpolitik stehen.  
 45 Menschen, die sich in ihrer Heimat  
 46 wohl fühlen, leisten freiwillig mehr für  
 47 Natur und Umwelt als grüne Öko-  
 48 bürokratie und staatliche Verbotspoli-  
 49 tik. Deshalb setzt die FDP auf persön-  
 50 liche Verantwortung und die Bereit-  
 51 schaft zur Zusammenarbeit. Mit öf-  
 52 fentlichen Geldern finanzierte Maß-  
 53 nahmen können privaten Eigentümern  
 54 Vorbild sein. Nur Menschen, die die  
 55 Natur kennen und mit ihr vertraut  
 56 sind, haben aus eigenem Erleben eine  
 57 positive Beziehung zur Natur und  
 58 schützen sie besser, als unkontrollier-  
 59 bare Verordnungen dies je erreichen  
 60 können. Daher muss eine Natur-  
 61 schutzpolitik langfristig scheitern, die  
 62 den Menschen aussperrt. Für die Nut-  
 63 zung von Natur und Umwelt müssen  
 64 klare und verbindliche ökologische  
 65 Grenzen gezogen werden. Innerhalb  
 66 dieses Rahmens müssen für den Natur-  
 67 schutz freiwillige Maßnahmen und der

69 Vertragsnaturschutz in den Vorder-  
 70 grund gestellt werden. Menschen  
 71 sollen nicht als Störenfriede aus der  
 72 Natur verdrängt, sondern - wo dies  
 73 geboten ist - in die Erhaltung und  
 74 Pflege der Natur eingebunden wer-  
 75 den.  
 76 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*  
 77 *wort Naturschutz, Unsere Argumente von*  
 78 *A bis Z.*

*Klimaschutz*

80 Die FDP begrüßt das Inkrafttreten  
 81 des Kyoto-Protokolls. Jetzt muss  
 82 der rechtliche Rahmen, den das  
 83 Protokoll bereitstellt, schnellstmög-  
 84 lich mit Leben erfüllt werden. Die  
 85 FDP fordert den Einsatz aller In-  
 86 strumente des Kyoto-Protokolls.  
 87 Dies erschließt große Minderungs-  
 88 potentiale bei Treibhausgasemissio-  
 89 nen und senkt die Kosten für den  
 90 Klimaschutz auch in Deutschland.  
 91 Dazu gehört, dass Klimaschutzpro-  
 92 jekte im Ausland als auch im Inland  
 93 in den Zertifikatehandel einbezogen  
 94 werden. Neben Kohlendioxid müs-  
 95 sen auch die anderen Klimagase, die  
 96 im Kyotoprotokoll aufgeführt sind,  
 97 in den Emissionshandel einbezogen  
 98 werden. Deutschland muss als  
 99 High-Tech-Standort seine Kräfte  
 100 darauf konzentrieren, energiewirt-  
 101 schaftliche Technologieführerschaft  
 102 zu entwickeln und auszubauen. Hier  
 103 geht es vordringlich um eine Steige-  
 104 rung der Energieeffizienz, um  
 105 Techniken klimaneutraler Energie-  
 106 gewinnung sowie um modernste  
 107 Abscheide- und Einlagerungstech-  
 108 niken für Treibhausgase. Zur Ener-  
 109 giespeicherung müssen die Brenn-  
 110 stoffzellen- und Wasserstofftechno-  
 111 logie weiterentwickelt werden, um  
 112 den erneuerbaren Energien eine  
 113 langfristige, wirtschaftlich tragfähige  
 114 Perspektive zu geben.  
 115 FDP im Deutschen Bundestag,  
 116 Stichwort Klimaschutz, Unsere  
 117 Argumente von A bis Z.

*Hochwasserschutz*

120 Die FDP Thüringen tritt ein für:  
 121 • eine Mittelaufstockung hinsicht-  
 122 lich von Hochwasserschutzmaß-  
 123 nahmen, denn Schutz bedeutet  
 124 vor allem eine nachhaltige Vor-  
 125 sorge eine grundlegende Deicher-  
 126 neuerung in Problemgebieten:  
 127 Bau von Abflussmöglichkeiten in  
 128 Rückstauflächen oder der Einbau  
 129 von Deichcharten  
 130 • ein konsequentes Nutzungsverbot  
 131 von Flußauen für Wohn- und  
 132 Gewerbegebiete  
 133

134 • Errichtung eines Sonderfonds zur  
 135 Beseitigung von Hochwasserschä-  
 136 den.  
 137 Die Überflutungen der letzten Jahre  
 138 haben uns unverblümt aufgezeigt,  
 139 wie unzureichend der Hochwasser-  
 140 schutz in der Vergangenheit ge-  
 141 handhabt wurde und wie wenig  
 142 entsprechende Strukturen bei der  
 143 Bekämpfung und Prävention entwi-  
 144 ckelt sind. Hochwasserschutz ist  
 145 nicht ausschließlich eine Angelegen-  
 146 heit der Rettungskräfte. Sie bezieht  
 147 auch die politischen Entscheidungs-  
 148 träger ein.  
 149 → *Sieckmann, Hartmut, Presseveröffentli-*  
 150 *chung, Vor dem Hochwasser ist nach dem*  
 151 *Hochwasser, 9. 1. 2003.*

**Verbraucherschutz**

*Verbraucherschutzpolitik ist Informati-*  
*onspolitik*

152 Die FDP will den mündigen  
 153 Verbraucher. Eine Bevormundungs-  
 154 politik, die sich in Geboten und  
 155 Verboten äußert, lehnt sie ab. Des-  
 156 halb gehört eine umfassende nach-  
 157 haltige Informationspolitik, die auf  
 158 freiwillige Verpflichtungen der Wirt-  
 159 schaft setzt und den Wettbewerb um  
 160 die besten Vorkehrungen fördert, zu  
 161 den entscheidenden Hebeln des  
 162 Verbraucherschutzes. Eine Verschärfung der ordnungspolitischen  
 163 Rahmenbedingungen sollte nur mit  
 164 Maß erfolgen. Denn unternehmerische  
 165 Rahmenbedingungen dürfen  
 166 nicht länger übermäßig verschärft  
 167 oder durch Verbote bestimmt wer-  
 168 den. Dies aber ist heute der Fall.  
 169 Rot-Grün verhindert aus vermeintlichen  
 170 Verbraucherschutzaspekten  
 171 ganze Unternehmenszweige, wie z.B.  
 172 die Grüne Gentechnik, und greift  
 173 die konventionelle Ernährungs- und  
 174 Landwirtschaft an, indem sie einsei-  
 175 tig auf bestimmte Produktionsver-  
 176 fahren abhebt.  
 177 Die FDP setzt auf die Ausschöpfung  
 178 und den Vollzug bestehender Be-  
 179 stimmungen. Politik, Verbände,  
 180 Medien, Bildungseinrichtungen und  
 181 interessierte Bürgerinnen und Bürger  
 182 haben die Aufgabe, auf Alternativen  
 183 umweltfreundlicher, sicherer und  
 184 gesunder Produkte hinzuweisen,  
 185 damit der Verbraucher eigenständig  
 186 entscheiden und selbstverantwortlich  
 187 handeln kann.  
 188 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*  
 189 *wort Verbraucherschutz, Unsere Argu-*  
 190 *mente von A bis Z.*

**Verkehrspolitik**

*Mobilität ist Lebensqualität*

1 Mobilität ist ein Teil der Freiheit. Sie ist  
 2 Voraussetzung für Lebensqualität und  
 3 Wirtschaftswachstum. Die von Rot-  
 4 Grün betriebene Gängelei bei der Wahl  
 5 des Verkehrsmittels lehnen wir ab.  
 6 Jeder Verkehrsteilnehmer soll die von  
 7 ihm verursachten Kosten für Infra-  
 8 struktur und Umwelt tragen und selbst  
 9 entscheiden, welches Verkehrsmittel er  
 10 wählt. So entstehen faire Wettbe-  
 11 werbsbedingungen zwischen den Ver-  
 12 kehrsträgern, die mit ihren spezifischen  
 13 Vorteilen zu einem Gesamtsystem  
 14 vernetzt werden. Die Rolle des Staates  
 15 dabei: Er ist verantwortlich für die  
 16 Bereitstellung der Verkehrswege. Pla-  
 17 nung, Bau und Betrieb kann aber bes-  
 18 ser und effizienter durch Private erfol-  
 19 gen. Dazu müssen wir mittelfristig die  
 20 bisherige Haushaltsfinanzierung auf-  
 21 kommensneutral auf eine verursa-  
 22 chungsgerechte, zweckgebundene  
 23 Nutzerfinanzierung umstellen. Die  
 24 Straße ist der Hauptverkehrsträger und  
 25 muss entsprechend ausgebaut werden.  
 26 Die Bahn muss durch mehr Wettbe-  
 27 werf fit gemacht werden; Vorausset-  
 28 zung dafür ist die Trennung von Netz  
 29 und Transport. Wasserstraßen und  
 30 Flughäfen dürfen nicht länger durch  
 31 willkürliche Ausbaustopps behindert  
 32 werden, sondern brauchen für ihre  
 33 Entwicklung sichere Rechtsgrundlagen  
 34 mit angemessener Berücksichtigung  
 35 der Belange des Umweltschutzes.  
 36 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stichwort*  
 37 *Verkehrspolitik, Unsere Argumente von A*  
 38 *bis Z.*

#### 40 Eckpfeiler der Verkehrspolitik

41 Thüringens exponierte Lage in der  
 42 Mitte Deutschlands und Europas ist  
 43 ein unschlagbarer Standortvorteil für  
 44 den Tourismus und die Wirtschaft. Die  
 45 Grundlage einer stimmigen und be-  
 46 darfungsgerechten Verkehrspolitik ori-  
 47 entiert deshalb sich an der gewachsenen  
 48 Bedeutung Thüringens durch das Zu-  
 49 sammenwachsen Europas und dem  
 50 EU-Beitritt der östlichen Nachbarn  
 51 Deutschlands. Sie muss den Wirt-  
 52 schaftsunternehmen eine reibungslose  
 53 Rohstoffversorgung und einen un-  
 54 komplizierten Weitertransport fertiger  
 55 Produkte ermöglichen. Im touristi-  
 56 schen Bereich muss sie den Bedürfnis-  
 57 sen einer besseren Erreichbarkeit für  
 58 Besucher aus dem In- und Ausland  
 59 gewährleisten. Dies gilt im besonderen  
 60 Maß für strukturschwächere Regionen,  
 61 die im Tourismus ihr wichtigstes  
 62 Standbein besitzen.  
 63 → *Programm der FDP Thüringen zur Wahl*  
 64 *des 4. Thüringer Landtages, Erfurt 2004, S.*  
 65 *3, 7.*  
 66  
 67 *Straßenbau*

68 Die FDP Thüringen setzt sich für  
 69 die zügige Fertigstellung der A 38  
 70 und der A 71 bzw. den Bau not-  
 71 wendiger Autobahnanbindungen  
 72 und Ortsumgehungen ein. Gerade  
 73 für strukturschwache Gebiete wie  
 74 Nordthüringen bedeutet der Aus-  
 75 bau der Verkehrswege eine höhere  
 76 Attraktivität für Investoren.  
 77 Denn die wirtschaftliche Entwick-  
 78 lung einer Region hängt maßgeblich  
 79 vom Umfang und von der Qualität  
 80 der Verkehrswege ab. Eine leis-  
 81 tungsfähige Verkehrsinfrastruktur  
 82 bedeutet Unternehmensansiedlun-  
 83 gen und damit Arbeitsplätze und  
 84 Perspektive für die jeweilige Region.  
 85 → *Lindig, Matthias, Presseveröffentli-*  
 86 *chung, Autobahnbau A 38 und A 71,*  
 87 *19. 3. 2001.*

#### 89 Ausbau der Schienentransportwege

90 Die FDP Thüringen plädiert für das  
 91 Prinzip der "Rollenden Straße auf  
 92 Schienen". Die Ost-West-  
 93 Schienenverbindung muss für den  
 94 Güterverkehr ausgebaut werden,  
 95 um die Straßen zu entlasten und die  
 96 Lkw-Transporte gefahrlos, umwelt-  
 97 schonend aber trotzdem schnell  
 98 zwischen Ost und West bewegen zu  
 99 können. Wir Liberale wollen ent-  
 100 sprechende rechtliche Vorausset-  
 101 zungen schaffen, die es privaten  
 102 Anbietern ermöglichen, den Güter-  
 103 transport auf der Schiene erfolg-  
 104 reich zu betreiben. Der Lkw-  
 105 Verkehr hat durch die EU-  
 106 Osterweiterung stark zugenommen.  
 107 Die Kapazitäten der Hauptver-  
 108 kehrsstrecken und Autobahnen  
 109 reichen nicht mehr aus, die gestie-  
 110 gene Beanspruchung zu fassen.  
 111 → *Beschluss LFA III, 2005..*

#### 113 Pkw-Maut

114 Die FDP Thüringen lehnt eine  
 115 europaweite und kilometerabhä-  
 116 nge Maut für Pkw ab. Die Investiti-  
 117 ons- und Abrechnungskosten einer  
 118 kilometerabhängigen Erfassung sind  
 119 zu hoch. Darüber hinaus stellt sie  
 120 einen elementaren Eingriff in die  
 121 Grundrechte der Bürger dar. Eine  
 122 europaweite Erfassung von Pkw-  
 123 Kilometern bedeutet, dass mit ei-  
 124 nem Mausclick mühelos überprüft  
 125 werden kann, wer wann und wo mit  
 126 seinem Auto unterwegs war.  
 127 → *Presseveröffentlichung, Mit Siebenmei-*  
 128 *lentiefeln zum Überwachungsstaat, 15.*  
 129 *7. 2003.*

#### 131 Lkw-Maut

132 Das deutsche Speditionsgewerbe ist  
 133 durch die Mineralölsteuer bereits  
 134 sehr stark belastet. Die Einführung  
 135 der Lkw-Maut führte zu seiner

136 zusätzlichen Schwächung im interna-  
 137 tionalen Wettbewerb. Die FDP  
 138 Thüringen plädiert für Entlastungs-  
 139 regelungen, die es den Transportun-  
 140 ternehmen gestatten, die höheren  
 141 Aufwendungen zu kompensieren  
 142 und europa- bzw. weltweit wettbe-  
 143 werbsfähig zu bleiben. Darüber  
 144 hinaus müssen die Wettbewerbsbe-  
 145 dingungen in Europa harmonisiert  
 146 werden.  
 147 → *Gutmacher, Dr. Karlheinz, Pressever-*  
 148 *öffentlichung, Lkw-Maut völlig undurch-*  
 149 *dacht, 24. 7. 2003.; ders., Presseveröff-*  
 150 *entlichung, Mautverschiebung sinnvoll nutzen,*  
 151 *8. 10. 2003.*

#### 153 Pendlerpauschale

154 Die FDP Thüringen lehnt eine  
 155 Pendlerpauschale nur für Nutzer  
 156 öffentlicher Verkehrsmittel ab. Wir  
 157 Liberale befürworten stattdessen  
 158 eine allgemeine Pendlerpauschale,  
 159 die unabhängig vom benutzten  
 160 Verkehrsmittel allen ab einer Min-  
 161 destentfernung von zehn/ zwanzig  
 162 km zusteht. Die Europäisierung und  
 163 Internationalisierung des Arbeits-  
 164 marktes verlangen von den Arbeit-  
 165 nehmern ein höheres Maß an Flexi-  
 166 bilität und Mobilität. Strukturarme  
 167 Regionen wie der Kyffhäuserkreis  
 168 können dabei jedoch nicht auf ein  
 169 breites Angebot an öffentlichen  
 170 Transportmitteln zurückgreifen. Die  
 171 Menschen sind hier stärker auf die  
 172 Nutzung ihres Autos angewiesen.  
 173 → *Gutmacher, Dr. Karlheinz, Pressever-*  
 174 *öffentlichung, Regierung will Radfahrer*  
 175 *bestrafen, 18. 8. 2003.*

#### 177 Führerschein ab 17

178 Die FDP Thüringen lehnt das be-  
 179 gleitete Autofahren für 17-Jährige  
 180 ab. Die Möglichkeit einer vorgezo-  
 181 genen Berechtigung zum Führen  
 182 eines PKW führt nicht zu einem  
 183 Sammeln adäquater Erfahrungen  
 184 und so zu einer Erhöhung der Fahr-  
 185 sicherheit. Die Zahl der Unfälle mit  
 186 jugendlichen Fahrern sowie ihr  
 187 Anteil an den Verkehrstoten sind  
 188 weniger auf fehlende Fahrpraxis  
 189 zurückzuführen. Die Gründe liegen  
 190 eher in der Selbstüberschätzung der  
 191 Jugendlichen, einem mangelnden  
 192 Urteilsvermögen und Verantwortungs-  
 193 gefühl. Eine fehlende geistige  
 194 Reife lässt sich durch die Absenkung  
 195 des Mindestalters nicht kompensie-  
 196 ren.  
 197 Darüber hinaus bestehen ernsthafte  
 198 Zweifel an der polizeilichen Kon-  
 199 trollierbarkeit, besonders vor dem  
 200 Hintergrund personeller Einsparun-  
 201 gen. Die Auflagen, die eine Person  
 202 als Begleitung eines 17-jährigen  
 203 Autofahrers erfüllen muss, sind zu

1 umfangreich, als dass die Polizei sie in  
 2 einer Verkehrskontrolle vollständig  
 3 überprüfen kann.  
 4 → *Barth, Uwe, Presseveröffentlichung, Denn*  
 5 *sie wissen nicht was sie tun ...*, 3. 2. 2003.  
 6  
 7 *Mobilität im Öffentlichen Nahverkehr*  
 8 Die FDP Thüringen setzt sich ein für:  
 9 • den Weiterbau der ICE-Strecke Ber-  
 10 lin-Leipzig-Erfurt-Nürnberg  
 11 • den zweigleisigen und elektrifizierten  
 12 Ausbau der Mitte-Deutschland-  
 13 Schienenverbindung  
 14 • die Priorität von Verkehrsprojekten  
 15 "Deutsche Einheit"  
 16 • die Schaffung und den Ausbau vor-  
 17 handener Verkehrsverbünde im öf-  
 18 fentlichen Personennahverkehr  
 19 • die Beibehaltung der Pendlerpauschale,  
 20 solange keine Steuerentlastung  
 21 vorliegt  
 22 • den Bau von notwendigen Auto-  
 23 bahnverbindungen und Ortsumge-  
 24 hungen.  
 25 Wir Liberalen plädieren für die Schaf-  
 26 fung bzw. den Ausbau vorhandener  
 27 Verkehrsverbünde im öffentlichen  
 28 Personennahverkehr ein. Weiterhin  
 29 fordern wir, die Pendlerpauschale  
 30 solange beizubehalten bis spürbare  
 31 Steuerentlastungen eingetreten sind.  
 32 Die Veränderungen im Arbeitsverhal-  
 33 ten der Bevölkerung erfordern ein  
 34 immer höheres Maß an Mobilität. Die  
 35 Politik kann Mobilität nicht nur for-  
 36 dern, sie muss sie auch fördern.  
 37 → *Programm der FDP Thüringen zur Wahl*  
 38 *des 4. Thüringer Landtages, Erfurt 2004, S.*  
 39 *11*

**Verwaltung**

*Beamtenum*

44 Ein funktionsfähiger öffentlicher  
 45 Dienst ist eine wichtige Säule unseres  
 46 demokratischen Rechtsstaats. Das  
 47 Berufsbeamtenum hat sich bei der  
 48 politischen Entwicklung der Bundesre-  
 49 publik Deutschland bewährt. Seine  
 50 Modernisierung ist Daueraufgabe im  
 51 Interesse von Bürgern, Gesellschaft  
 52 und Staat. Wichtige Modernisierungs-  
 53 ziele sind die Stärkung des Leistungs-  
 54 gedankens und die Förderung des  
 55 Personalaustausches zwischen öffentli-  
 56 cher Verwaltung und Wirtschaft. Au-  
 57 ßerdem sollen Bund, Länder und Ge-  
 58 meinden mehr Spielraum für die Be-  
 59 soldung der Beamtenschaft erhalten,  
 60 wobei die Grundzüge der Bezahlung  
 61 weiterhin bundesweit einheitlich zu  
 62 regeln sind, um die bundesweite Mobi-  
 63 lität des beamteten Personals zu ge-  
 64 währleisten. Darüber hinaus will die  
 65 FDP die Konturen des Berufsbeamten-  
 66 tums durch eine Konzentration auf  
 67 seine Kernaufgaben schärfen. Beam-

68 tinnen und Beamte sollen dort  
 69 eingesetzt werden, wo die heraus-  
 70 gehobene Verantwortung eine be-  
 71 sondere Absicherung der berufli-  
 72 chen Unabhängigkeit erfordert.  
 73 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*  
 74 *wort Beamtenpolitik, Unsere Argumente*  
 75 *von A bis Z.*  
 76  
 77 *Bürokratieabbau*  
 78 In Deutschland ist alles genau gere-  
 79 gelt. Über 90.000 Einzelvorschriften  
 80 führen dazu, dass oft genug der  
 81 Überblick über das Wesentliche  
 82 verlorengeht. Für die Wirtschaft  
 83 entstehen dadurch jährlich rund 46  
 84 Milliarden Euro Bürokratiekosten,  
 85 die letztlich an die Verbraucher  
 86 weiter gegeben werden. Die FDP  
 87 hat sich zum Ziel gesetzt, diese  
 88 Überregulierung zu beenden. Die  
 89 Bürokratielasten können in fünf  
 90 zentralen Kostenfeldern verringert  
 91 werden: Durch Vereinfachung des  
 92 zu komplizierten Steuerrechts,  
 93 Vereinfachung des Sozialversiche-  
 94 rungs- und Arbeitsrechts, des Um-  
 95 weltrechts, sowie durch einen Ab-  
 96 bau der Statistiken. Seit Januar 2003  
 97 hat die FDP deshalb in jeder Sit-  
 98 zungswoche einen konkreten Vor-  
 99 schlag zum Abbau unnötiger Rege-  
 100 lungen in den Deutschen Bundestag  
 101 eingebracht. Dabei setzt sich die  
 102 FDP für strukturelle Änderungen  
 103 ein: für die Befristung von Gesetzen  
 104 und Verordnungen, für ein alljährli-  
 105 ches Rechtsbereinigungsgesetz und  
 106 für die Einführung eines Bürokratie-  
 107 kosten-TÜVs. Ebenso sollen  
 108 unnötige Behördengänge durch  
 109 umfangreiche Möglichkeiten elek-  
 110 tronischer Antragsstellungen im  
 111 Rahmen des E-Government ersetzt  
 112 werden.  
 113 FDP im Deutschen Bundestag,  
 114 Stichwort Bürokratieabbau, Unsere  
 115 Argumente von A bis Z.  
 116  
 117 *Katasteramt*  
 118 Die FDP Thüringen setzt sich dafür  
 119 ein, die Katasterämter auf ihre  
 120 Kernaufgabe - die Verwaltung - zu  
 121 beschränken. Verwaltungsfremde  
 122 Leistungen wie z.B. Entwurfsver-  
 123 messung können an Büros in der  
 124 freien Wirtschaft abgegeben werden.  
 125 Der damit verbundene Personalab-  
 126 bau kann durch Hilfsangebote  
 127 flankiert werden, Mitarbeiter bei  
 128 ihrem Schritt in die Selbständigkeit  
 129 zu unterstützen. Dies macht den  
 130 Weg frei für mehr Wettbewerb,  
 131 angemessener Gebühren und zu-  
 132 friedenstellende Arbeitsergebnisse.  
 133 Die gegenwärtige Effizienz der  
 134 Katasterämter in Thüringen ist  
 135 inakzeptabel. Ihre Arbeitsleistungen

136 entsprechen nicht den Kosten für  
 137 ihren Unterhalt. Während die staatli-  
 138 chen Zuwendungen und die Gebüh-  
 139 renordnung für ihre Leistungen  
 140 einen Millionenbetrag umfassen,  
 141 sind vor allem in ländlichen Gegen-  
 142 den kaum gesicherte Festpunkte  
 143 oder Höhen im NN-System zu  
 144 erhalten. Gerade jedoch für staatli-  
 145 che Institutionen gilt, kostenorien-  
 146 tiert zu arbeiten.  
 147 → *Lindig, Matthias, Presseveröffentli-*  
 148 *chung, Defizitäre Katasterämter, 9. 3.*  
 149 *2001.*  
 150  
 151 *Effizienzsteigerung und Kosteneinsparung*  
 152 Die FDP Thüringen tritt ein für:  
 153 • eine Beseitigung der Dreistufigkeit  
 154 und die Vereinfachung des struk-  
 155 turellen Verwaltungsapparates: kla-  
 156 re Verwaltungsteilung in zwei  
 157 staatliche und zwei kommunale  
 158 Verwaltungsebenen  
 159 • die Reduzierung des Aufgaben-  
 160 spektrums des Landesverwaltungs-  
 161 amtes auf einen materiellen Kern-  
 162 bereich; gezielte und sinnvolle  
 163 Bündelung von Aufgaben und Zu-  
 164 ständigkeiten, Zusammenlegung  
 165 von bestehenden Verwaltungsein-  
 166 heiten auf eine praktikable Größe  
 167 • die Reduzierung staatlicher Ämter  
 168 nach den Gesichtspunkten von  
 169 Auslastung und Erreichbarkeit  
 170 • die Abschaffung unnötiger und  
 171 realitätsferner Vorschriften und  
 172 Regelungen, um bestehenden stär-  
 173 kere Geltung zu verschaffen.  
 174 Die Bürger haben ein Anrecht auf  
 175 effektive Verwaltungsstrukturen und  
 176 die ökonomische Verwendung der  
 177 dafür vorgesehenen Steuergelder.  
 178 Diesen Vorgaben folgt die Verwal-  
 179 tung derzeit nicht. Sie ist zu ineffi-  
 180 zient, zu teuer, zu unflexibel und zu  
 181 langwierig. Außerdem ist die Zahl  
 182 der Gesetze und Vorschriften zu  
 183 hoch, ihre Durchsetzung nicht er-  
 184 reichbar. Weder der private Bürger,  
 185 noch Investor oder Unternehmer  
 186 wartet jahrelang bevor die Verwal-  
 187 tung über sein Anliegen entscheidet.  
 188 Besonders die Wirtschaft braucht  
 189 kurz- und mittelfristige Planungszu-  
 190 sagen. Ziel der Reform ist es, der  
 191 Verwaltung den Charakter einer  
 192 Dienstleistung am Bürger und Un-  
 193 ternehmer zu verleihen sowie der  
 194 Landesregierung eine schnelle und  
 195 fundierte Handlungsfähigkeit auf  
 196 einer effizienten und kostensparen-  
 197 den Basis zu ermöglichen. Einher-  
 198 gehen mit der Verwaltungsreform  
 199 muss auch die Kreisgebietsreform.  
 200 Nur durch diese Kombination kann  
 201 es gelingen, dauerhaft lebensfähige  
 202 Strukturen zu schaffen, die die ihnen

1 anvertrauten Aufgaben wahrnehmen  
 2 können.  
 3  
 4 *Verwaltungsabbau*  
 5 In einer sozialen Gemeinschaft und  
 6 einer fairen Gesellschaft ist im Zu-  
 7 sammenleben der Menschen ein Min-  
 8 destmaß an Verwaltung und damit  
 9 Bürokratie notwendig. Nimmt aber  
 10 gerade Bürokratie Übermaße an, wird  
 11 sie nicht nutzen sondern schädigen.  
 12 Bürokratie hemmt, hält von der Arbeit  
 13 ab, kostet entsprechend und wirkt sich  
 14 somit negativ auf das Gemeinwesen  
 15 aus.  
 16 Die FDP Thüringen wird ab 2009  
 17 unverzüglich mit der Identifizierung  
 18 von Kostentreibern innerhalb der  
 19 Verwaltung beginnen. Wir werden die  
 20 Bürokratiekosten identifizieren, messen  
 21 und deren Abschaffung prüfen. Durch  
 22 Modelle wie das „Quick-Scan-  
 23 Verfahren“ oder das Standardkosten-  
 24 Modell wird ermittelt wie viel Aufwand  
 25 und Zeit Anträge und Meldepflichten  
 26 bei den Betrieben und in der Verwal-  
 27 tung in Anspruch nehmen. Dadurch  
 28 lassen sich die Kostentreiber ausfindig  
 29 machen und können so konsequent  
 30 zurückgefahren werden.  
 31 Gleichermaßen werden wir die ca.  
 32 40.000 Landesaufgaben auf den Prüf-  
 33 stand stellen. Das Land soll sich nur  
 34 dort einmischen und gesetzgeberisch  
 35 tätig werden, wo es auch Kompetenzen  
 36 hat. Wir werden die Aufgaben kritisch  
 37 prüfen und damit verbundenen Geset-  
 38 ze und Verordnungen außer Kraft zu  
 39 setzen. Nur die Bereiche muss der  
 40 Freistaat regeln, für die nur er tatsäch-  
 41 lich zuständig ist. Ziel muss es in die-  
 42 sem Zusammenhang ebenfalls sein,  
 43 über Länderkooperationen und Zu-  
 44 sammenarbeit gemeinsame Aufgaben  
 45 auch gemeinsam zu lösen.  
 46 → *Beschluss LPT07*  
 47 *Vollständiger Artikel unter: [www.fdp-](http://www.fdp-thueringen.de/programm/61-antraege_und_beschluesse_zum_landsparteitag_21_04_2007.html)*  
 48 *thueringen.de/programm/61-antraege\_und*  
 49 *beschluesse\_zum* *landspartei-*  
 50 *tag\_21\_04\_2007.html*  
 51  
 52 *Verwaltungsmodernisierung und E-*  
 53 *Government*  
 54 Neue technische Möglichkeiten bei  
 55 elektronischen Medien erleichtern  
 56 zahlreiche Arbeitsvorgänge. Die FDP  
 57 wird sich für den weitestgehenden  
 58 Einsatz von E-Government in der  
 59 Verwaltung einsetzen. Wir werden eine  
 60 umfassende Verwaltungsmodernisie-  
 61 rung in Thüringen durchführen. Ziel ist  
 62 es, Verfahrensabläufe transparent und  
 63 auf dem Stand der Technik zu gestal-  
 64 ten, um dadurch die Dauer der Verfah-  
 65 ren zu verkürzen.  
 66 Durch den Einsatz elektronischer  
 67 Medien werden wir viele Behörden-  
 68 gänge für Unternehmer und Bürger

69 zurückfahren und auch den Behör-  
 70 den Arbeit und Zeit sparen.  
 71 Unser Ziel ist es, besonders kleine  
 72 und mittelständische Unternehmen,  
 73 deren Bürokratiekosten im Durch-  
 74 schnitt mehr als zehn Prozent des  
 75 Umsatzes verschlingen, merklich zu  
 76 entlasten. Die beschränkten Öff-  
 77 nungszeiten der Behörden sind  
 78 zudem ein Hemmnis für die Beru-  
 79 fusausbübung von Selbständigen.  
 80 Die Verwaltung mittels Internet  
 81 schafft Abhilfe und sorgt dafür,  
 82 dass Thüringen zu einer schlanken  
 83 und bezahlbaren Behördenstruktur  
 84 kommt.  
 85 Die bisher vorgelegten Pläne der  
 86 Landesregierung sind inakzeptabel  
 87 und werden dem Anspruch Thürin-  
 88 gens im Medienzeitalter nicht ge-  
 89 recht. Eine zeitgemäße Strategie im  
 90 Bereich des E-Government er-  
 91 schöpft sich nicht in der Abbildung  
 92 von Verwaltung im Internet!  
 93 → *Beschluss Landesparteitag FDP*  
 94 *Thüringen 07*  
 95 *Vollständiger Beschluss unter: [www.fdp-](http://www.fdp-thueringen.de/programm/61-antraege_und_beschluesse_zum_landsparteitag_21_04_2007.html)*  
 96 *thuering-*  
 97 *gen.de/programm/61-antraege\_und\_besch-*  
 98 *luesse\_zum\_landsparteitag*  
 99 *\_21\_04\_2007.html)*

## 101 Wasser

102 *Wettbewerb bei der Wassermwirtschaft*  
 103 Die FDP Thüringen setzt sich für  
 104 folgende Maßnahmen ein:  
 105  
 106 • freiwilliger Zusammenschluss  
 107 kleinerer und benachbarter Ver-  
 108 bände zwecks Effizienzsteigerung  
 109 • Stärkung privatwirtschaftlicher  
 110 Kapazitäten z.B. im Havarie- und  
 111 Wartungsdienst  
 112 • Bevorzugung dezentraler und  
 113 wirtschaftlich vernünftiger Lö-  
 114 sungen bei Wasserver- und Ab-  
 115 wasserbeseitigungsanlagen im  
 116 ländlichen Raum  
 117 • Entscheidungsautonomie der  
 118 Verbände hinsichtlich privatrecht-  
 119 licher Verträge über Preise und  
 120 Baukostenzuschüsse  
 121 • Einführung des Verursacherprin-  
 122 zips - jeder zahlt das, was er ver-  
 123 braucht - und aufkommensneutra-  
 124 ler Lösungen z.B. in Form eines  
 125 Lastenausgleichsfonds  
 126 Die Wasserver- und Abwasserent-  
 127 sorgung sind eine kommunalpoliti-  
 128 sche Pflicht. Die öffentlich-  
 129 rechtliche Vertragsgestaltung mit  
 130 Beiträgen und Gebühren spiegelt  
 131 jedoch nicht mehr ausreichend die  
 132 gegenwärtigen und zukünftigen  
 133 Bevölkerungs- bzw. Bedarfsverän-  
 134 derungen wider. Wirtschaftlichkeit,  
 135 eine dienstleistungs- und kunden-

136 orientierte Versorgung statt kom-  
 137 munalpolitischer Wünsche müssen  
 138 zukünftig stärker in den Mittelpunkt  
 139 treten.  
 140 → *Programm der FDP Thüringen zur*  
 141 *Wahl des 4. Thüringer Landtages, Erfurt*  
 142 *2004, S. 22.*

## 144 *Wasserversorgung mittels Talsperren*

145 Die FDP Thüringen setzt sich dafür  
 146 ein, dass das Reservoir der Talsper-  
 147 ren auch weiterhin genutzt wird, um  
 148 die Trinkwasserversorgung der Be-  
 149 völkerung zu gewährleisten. Die  
 150 Wasserversorgung durch Talsperren,  
 151 erfüllt in Thüringen eine ökologisch  
 152 und ökonomisch sinnvolle Funktion.  
 153 Infolge der Klimaveränderungen  
 154 und der erwartenden Niedrigwasser-  
 155 phasen bleibt der Bedarf an Talsper-  
 156 ren bestehen.  
 157 → *Sieckmann, Hartmut, Presseveröffentli-*  
 158 *chung, Talsperren sichern Wasserversor-*  
 159 *gung, 24. 7. 2003.*

## 161 *Mehr Wettbewerb in der Wassermwirtschaft*

162 Die FDP Thüringen setzt sich für  
 163 folgende Maßnahmen ein:  
 164 • freiwilliger Zusammenschluss  
 165 kleinerer und benachbarter Ver-  
 166 bände zwecks Effizienzsteigerung  
 167 • Stärkung privatwirtschaftlicher  
 168 Kapazitäten z.B. im Havarie- und  
 169 Wartungsdienst  
 170 • Bevorzugung dezentraler und  
 171 wirtschaftlich vernünftiger Lösun-  
 172 gen bei Wasserver- und Abwasser-  
 173 beseitigungsanlagen im ländlichen  
 174 Raum  
 175 • Entscheidungsautonomie der  
 176 Verbände hinsichtlich privatrecht-  
 177 licher Verträge über Preise und  
 178 Baukostenzuschüsse  
 179 • Einführung des Verursacherprin-  
 180 zips - jeder zahlt das, was er ver-  
 181 braucht - und aufkommensneutra-  
 182 ler Lösungen z.B. in Form eines  
 183 Lastenausgleichsfonds.  
 184 Die Wasserver- und Abwasserent-  
 185 sorgung sind eine kommunalpoliti-  
 186 sche Pflicht. Die öffentlich-  
 187 rechtliche Vertragsgestaltung mit  
 188 Beiträgen und Gebühren spiegelt  
 189 jedoch nicht mehr ausreichend die  
 190 gegenwärtigen und zukünftigen  
 191 Bevölkerungs- bzw. Bedarfsverände-  
 192 rungen wider. Wirtschaftlichkeit,  
 193 eine dienstleistungs- und kundenori-  
 194 enterte Versorgung statt kommu-  
 195 nalpolitischer Wünsche müssen  
 196 zukünftig stärker in den Mittelpunkt  
 197 treten.  
 198 → *Programm der FDP Thüringen zur*  
 199 *Wahl des 4. Thüringer Landtages, Erfurt*  
 200 *2004, S. 22.*  
 201



1 **Wirtschaft**

2  
3 *Zentrale Anlaufstelle für Existenzgründer und Investoren*

4  
5 Die FDP Thüringen bekräftigt ihr Ziel,  
6 dass es für potentielle Investoren bei  
7 Genehmigungsverfahren künftig nur  
8 noch eine zentrale Anlaufstelle gibt.  
9 Damit sparen Investoren und Existenzgründer Zeit und Geld. Die Genehmigungs- und Vergabeverfahren selbst werden vereinfacht und verkürzt.  
12 Reagiert eine Behörde nicht innerhalb  
13 einer festgelegten Frist auf einen Genehmigungsantrag, gilt dieser als automatisch erteilt.  
17 Auch Anträge auf Förderungen, Subventionen o.ä. werden künftig nur an einer zentralen Stelle zu beantragen sein. Dadurch werden doppelte und  
21 dreifache Anträge bei unterschiedlichen Ämtern / Ministerien verhindert  
23 und Subventionsmissbrauch vorgebeugt.

25 → *Landtagswahlprogramm der FDP Thüringen 2004*

28 *GmbH Gründungen entbürokratisieren*

29 Die Gründung einer GmbH ist in  
30 Deutschland zu einem oftmals langwierigen Verfahren geworden. Die aus dem Jahr 1892 stammende Regelung des § 8 Abs. 1 Nr. 6 GmbHG sieht  
34 noch heute vor, dass eine GmbH erst dann in das Handelsregister eingetragen werden kann, wenn dem Registergericht alle staatlichen Genehmigungs-  
37 urkunden vorgelegt worden sind, die die GmbH für die Verwirklichung des  
40 in ihrer Satzung festgelegten Unternehmensgegenstands nach einer in  
42 Deutschland geltenden Norm des öffentlichen Rechts bedarf. Dies gilt  
44 sogar, wenn nur für einen Teil des Unternehmensgegenstands eine Genehmigung notwendig ist. Diese Regelung stellt für die Praxis der Unternehmensgründung oftmals einen deutlichen bürokratischen Aufwand dar.  
49 Ein Gründungswilliger muss danach im Durchschnitt mindestens neun  
52 behördliche Interaktionen in steuer- und arbeitsrechtlich bedingten Angelegenheiten bewältigen. Nach den veröffentlichten Zahlen der Stiftung Marktwirtschaft dauerte die Unternehmensgründung wegen der bürokratischen  
58 Hemmnisse bei 42 Prozent aller Gründungen mehr als sechs Monate länger als geplant.

61 Die Thüringer FDP setzt sich dafür ein, die Gründungen von Gesellschaften mit beschränkter Haftung, durch  
64 Abschaffung des Erfordernisses der Vorlage staatlicher Genehmigungen nach § 8 Abs. 1 Nr. 6 GmbHG, erheblich und nachhaltig zu beschleunigen  
67 und von unnötigen bürokratischen

69 Hemmnissen zu befreien; die Streichung der Vorschrift ist in den  
70 Gesetzentwurf zur grundlegenden  
71 Reform des GmbHG aufzunehmen.  
72 → *Beschluss Landesvorstand FDP Thüringen März 2008*

76 *Soziale Marktwirtschaft*

77 Die FDP ist die Partei der Sozialen  
78 Marktwirtschaft. Unsere freiheitliche Wirtschaftsverfassung sorgt für  
79 das notwendige Wachstum, die  
80 notwendigen Arbeitsplätze und den  
81 notwendigen sozialen Ausgleich. Sie  
82 ist eine Wettbewerbswirtschaft,  
83 deren konstituierende Prinzipien  
84 Privateigentum, Vertragsfreiheit,  
85 freie Preisbildung und Berechenbarkeit der wirtschaftspolitischen  
88 Rahmensetzung heißen. Eine leistungsfähige Soziale Marktwirtschaft  
89 kann leicht auch solche Leistungen  
90 belohnen, für die der Markt blind  
91 ist. Mit ihr kann so viel erwirtschaftet werden, dass auch denen, die definitiv keine Leistung anbieten können  
95 und deshalb der Solidarität aller  
96 bedürfen, geholfen werden kann.  
97 Dazu müssen wir die Soziale  
98 Marktwirtschaft aber wieder leistungsfähig machen. Notwendig ist:  
99 1. Ein scharfes, allgemeines Wettbewerbsrecht, dass geeignet ist, die  
101 Machtinteressen großer Industrien einzudämmen. Die FDP will keine  
102 Sonderregelungen für bestimmte  
104 Sektoren (z.B. Pressefusionsrecht),  
105 aber eine Stärkung der Unabhängigkeit der Wettbewerbsbehörden  
108 (kein Einzelweisungsrecht).  
109 2. Eine Rückführung des Staates auf seine Kernaufgaben, nachhaltige  
111 Reformen der Sozial- und Subventionssysteme, Senkung der Staatsquote auf unter 40 Prozent und  
114 dadurch Reduzierung des politischen Unfugpotentials auf allen  
116 Ebenen.

117 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stichwort Soziale Marktwirtschaft, Unsere Argumente von A bis Z.*

121 *Bedeutung der Wirtschaft im politischen Gefüge*

122 Die Wirtschaft dient jedem Einzelnen direkt oder indirekt der Existenzsicherung. Sie ist darüber hinaus eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Funktionieren eines politischen Systems. Kein Land wird langfristig von Bestand sein,  
129 wenn das Wirtschaftsleben nicht vernünftig arbeitet. Das Verhältnis von Politik und Wirtschaft gleicht dabei einem Geben und Nehmen zum beiderseitigen Vorteil. Die Aufgabe der Politik ist es, Rahmenbedingungen zu setzen, die eine

137 freie und bedarfsorientierte Entfaltung und Planungssicherheit der  
138 Wirtschaft gestattet. Wir Liberale  
139 stehen für eine weitgehende Zurückhaltung des Staates und die  
141 Konzentration auf seine Kernaufgaben. Er ist verantwortlich für den  
143 Abbau unnötiger Auflagen für Unternehmen, die Effizienzsteigerung  
146 der Verwaltung und die Senkung der Abgabenlast. Im Gegenzug erfüllt  
147 die Wirtschaft ihre Verantwortung gegenüber Politik und Gesellschaft  
149 durch die Schaffung von Arbeitsplätzen. Arbeit und Beschäftigung  
151 sind die sozialsten Programme. Ein sicheres Einkommen bedeutet Existenz,  
152 schafft so Perspektive und Zukunft. Die Wirtschaft erbringt  
155 außerdem jene Wertschöpfung, mit der Sozialmaßnahmen des Staates  
158 bezahlbar werden. Daher ist eine gute Wirtschaftspolitik immer noch  
159 die beste Sozialpolitik.

161 → *Programm der FDP Thüringen zur Wahl des 4. Thüringer Landtages, Erfurt 2004, S. 7.*

165 *Ladenöffnungszeiten*

166 Die FDP Thüringen plädiert für eine  
167 Freigabe der Ladenöffnungszeiten an Werktagen. Die Händler und  
169 Dienstleister müssen in eigener Verantwortung darüber entscheiden  
171 können, ob und wie sie den Wünschen und Bedürfnissen ihrer Kunden gerecht werden. Mehr Entscheidungs-  
173 freiraum und eine Angleichung der Wettbewerbsbedingungen lassen  
174 ein gesundes Konkurrenzverhältnis entstehen, von dem alle Beteiligten  
177 profitieren. Neue Arbeitsstrukturen, flexiblere Arbeitszeiten und eine  
179 zunehmende Mobilität haben das Kaufverhalten der Bevölkerung  
182 nachhaltig verändert. Bahnhöfe, Flughäfen, Tankstellen und das  
184 Internet bieten eine zeitlich und räumlich unabhängige Kosumkultur  
185 an. Der übrige Handel kann aufgrund der geltenden Regelungen  
187 zum Ladenschluss seinen Kunden diese Vorteile nicht gewähren. Hierbei  
189 handelt es sich um eine Verzerrung der Wettbewerbsbedingungen.

192 → *Gutmacher, Dr. Karlheinz, Presseveröffentlichung, Gutmacher für neue Ladenöffnungszeiten, 28. 11. 2002.*

195 *Sondervirtschaftszone*

196 Die Wirtschaft in Thüringen steht vor internationalen und europäischen - besonders osteuropäischen - Herausforderungen. Der Standort  
201 Thüringen muss sich dabei durch Attraktivität, Expansion, Leistung,  
202 Qualität, Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit auszeichnen. Kern-

1 element, um dies zu erreichen, ist ein  
 2 Investitionsklima auf der Basis eines  
 3 vernünftigen Steuersystems und nicht  
 4 aufgrund staatlicher Subventionen und  
 5 Förderungen. Nichts gestaltet das  
 6 Wirtschaftsleben maßgeblicher als  
 7 Form und Umfang der Abgaben. Ein  
 8 diesbezüglichen Standortvorteil für  
 9 Thüringen zu schaffen, plädiert die  
 10 FDP Thüringen für die Errichtung  
 11 einer Sonderwirtschaftszone. Sie ist  
 12 gekennzeichnet durch einen flexiblen  
 13 Arbeitsmarkt, variable Regelungen im  
 14 Kündigungsschutz, steuerliche und  
 15 verwaltungstechnische Rahmenbedin-  
 16 gungen, die eine gesunde Entfaltung  
 17 der Unternehmen gewährleisten. Eine  
 18 solche Sonderwirtschaftszone berück-  
 19 sichtigt in größerem Maß die spezielle  
 20 Situation der östlichen Bundesländer.  
 21 Zudem setzen wir Liberale uns ein für:

- 22 • die Kompensation der Deindustrialis-
- 23 sierung durch Stärkung des Mit-
- 24 telstandes
- 25 • die Eindämmung staatlicher Unter-
- 26 nehmertätigkeit
- 27 • die Überprüfung der Abgaben auf
- 28 Zweckgebundenheit
- 29 • die Senkung der Lohnnebenkosten
- 30 • den Ausbau einer breitgefächerten
- 31 Industriestruktur auf der Grundlage
- 32 des produzierenden, verarbeitenden
- 33 und dienstleistenden Gewerbes.

34 → *Presseveröffentlichung, Forderung nach*  
 35 *Sonderwirtschaftszone, 5. 4. 2004. Barth,*  
 36 *Uwe, Presseveröffentlichung, Sonderwirt-*  
 37 *schaftszone erstickt im Begriffswirrwarr, 15.*  
 38 *4. 2004. → Programm der FDP Thüringen*  
 39 *zur Wahl des 4. Thüringer Landtages,*  
 40 *Erfurt 2004, S. 8.*

## 42 Wissenschaft & Forschung

### 44 *Wissenstransfer*

45 In Deutschland und in der Welt wer-  
 46 den in Zukunft die Regionen eine  
 47 Spitzenposition einnehmen, die es  
 48 schaffen, Wirtschaft und Forschung  
 49 miteinander zu verbinden. Billige Mas-  
 50 senfertigung und eine reine Dienstleis-  
 51 tungswirtschaft sind für unser roh-  
 52 stoffarmes Land keine Zukunftspers-  
 53 pektiven. Unsere Zukunft liegt in  
 54 einer wissensbasierten Volkswirtschaft  
 55 und dem geistigen Potenzial unserer  
 56 Menschen. Ihr Wille und ihre Kraft  
 57 zum Fortschritt sind es, auf die wir  
 58 bauen, und auf die wir uns verlassen  
 59 müssen. Eine innovative Wirtschaft ist  
 60 der Schlüssel für eine erfolgreiche  
 61 Zukunft, darauf müssen wir uns kon-  
 62 zentrieren. Dafür sind Forschung und  
 63 Entwicklung unerlässlich.  
 64 Thüringen muss ein moderner Standort  
 65 in Europa werden, die Verbindung von  
 66 Wirtschaft und Forschung wird der  
 67 ausschlaggebende Standortfaktor in

68 dieser Entwicklung sein. Thüringen  
 69 hat dabei gute Potentiale, aber auch  
 70 großen Aufholbedarf. Die Zukunft  
 71 hängt davon ab, wie stark der Frei-  
 72 staat in den Bereichen Bildung,  
 73 Forschung und Entwicklung sein  
 74 wird und wie effizient und ertrag-  
 75 reich er diese Faktoren mit der  
 76 Wirtschaft und hier besonders dem  
 77 hier ansässigen Mittelstand verbind-  
 78 en kann. Auf Billiglohn, unter-  
 79 durchschnittliche Arbeitsbedingun-  
 80 gen oder niedrige Preise kann der  
 81 Freistaat keine sich selbst tragende  
 82 Wirtschaft aufbauen.  
 83 → *Beschluss 20. Landesparteitag FDP*  
 84 *Thüringen Gera 2007*

### 86 *Liberales Forschungspolitik*

87 Wissenschaft und Forschung liefern  
 88 die Grundlagen für Innovationen in  
 89 Wirtschaft und Gesellschaft und  
 90 damit für die Zukunft Thüringens.  
 91 Wir brauchen freiheitliche ord-  
 92 nungspolitische Rahmenbedingun-  
 93 gen, die den Unternehmen mehr  
 94 Spielraum ermöglichen und der  
 95 Wissenschaft mehr Eigenverant-  
 96 wortung geben. Derzeit liegen die  
 97 Ausgaben für Forschung und Ent-  
 98 wicklung bezogen auf das Bruttoin-  
 99 landsprodukt (BIP) in Deutschland  
 100 bei 2,2 Prozent. Die FDP Thürin-  
 101 gen setzt sich dafür ein, diesen  
 102 Anteil bis 2010 auf mindestens 3  
 103 Prozent zu erhöhen. Ferner soll  
 104 Forschung künftig nur noch von  
 105 einem Forschungs- und Innovati-  
 106 onsministerium koordiniert werden.  
 107 Dabei ist die besondere Wirt-  
 108 schaftsstruktur in Thüringen zu  
 109 berücksichtigen. Im Vergleich der  
 110 innovativsten EU-Regionen ("Eu-  
 111 ropäischer Innovationsindex") liegt  
 112 Thüringen lediglich an sechster  
 113 Stelle. Der Anteil von rund 4,6  
 114 Beschäftigten im Bereich Forschung  
 115 und Entwicklung je 1000 Erwerbs-  
 116 tätigen ist nur etwa halb so hoch  
 117 wie in den alten Bundesländern. In  
 118 der deutschen Wirtschaft findet  
 119 Forschung und Entwicklung haupt-  
 120 sächlich in der Großindustrie statt.  
 121 Demgegenüber sind in den neuen  
 122 Bundesländern 70,5 Prozent aller  
 123 Beschäftigten im Bereich Forschung  
 124 und Entwicklung in kleinen und  
 125 mittelständigen Unternehmen tätig.  
 126 Ziel der Thüringer FDP ist es, diese  
 127 Struktur weiter zu fördern und die  
 128 Vernetzung zwischen Mittelstand  
 129 und Forschung auszubauen.  
 130 → *Beschluss 20. Landesparteitag FDP*  
 131 *Thüringen 2007*

### 133 *Grundpositionen*

134 Die Forschung von heute entschei-  
 135 det darüber, wie wir morgen leben

136 werden: ob wir in unserem Lande  
 137 Wohlstand für breite Bevölkerungss-  
 138 chichten, einen hohen Stand der  
 139 Beschäftigung, unsere sozialen Si-  
 140 cherungssysteme und damit letztlich  
 141 unsere freiheitlich-demokratische  
 142 Ordnung bewahren können. Vor  
 143 dem Hintergrund einer alternden  
 144 Bevölkerung im Lande, der weltwei-  
 145 ten Verknappung der Energie- und  
 146 Rohstoffressourcen und einer zu-  
 147 nehmenden Konkurrenz vor allem  
 148 aus dem asiatischen Raum ist For-  
 149 schungspolitik ein zentrales Feld der  
 150 Zukunftsgestaltung. Wenn in den  
 151 letzten sieben Jahren der Anteil des  
 152 Staates an der Forschungsfinanzie-  
 153 rung stetig zurückgegangen ist, so ist  
 154 das ein Alarmzeichen. Die FDP  
 155 fordert daher:

- 156 • deutliche Erhöhung der staatlichen
- 157 Mittel für Bildung und Forschung;
- 158 • Einführung eines eigenen Wissen-
- 159 schaftstarifvertrags für Wissen-
- 160 schaftler an Hochschulen und an-
- 161 deren staatlichen Wissenschafts-
- 162 einrichtungen;
- 163 • Aufhebung der Vergaberahmens
- 164 bei der Professorenbesoldung und
- 165 starrer Altersgrenzen für Wissen-
- 166 schaftler;
- 167 • bedeutende Anstrengungen zur
- 168 besseren Förderung unseres wis-
- 169 senschaftlichen Nachwuchses;
- 170 • Vereinfachung des Zuwanderungs-
- 171 rechtes, um hoch qualifizierte
- 172 Fachkräfte aus dem Ausland zu
- 173 gewinnen;
- 174 • Schaffung eines Zukunfts- und
- 175 Innovationsministeriums, um die
- 176 Forschungs- und Innovationsakti-
- 177 vitäten zu bündeln und eine lang-
- 178 fristige Forschungs- und Innovati-
- 179 onsstrategie zu entwickeln;
- 180 • stärkere Verzahnung der For-
- 181 schung von Hochschulen, außer-
- 182 universitären Einrichtungen und
- 183 der Industrie, um unser Know-
- 184 how schneller in marktfähige Pro-
- 185 dukte umzusetzen;
- 186 • vermehrte politische und bil-
- 187 dungspolitische Anstrengungen,
- 188 um in unserem Lande wieder ein
- 189 forschungs freundliches Klima zu
- 190 schaffen;
- 191 • gezielte Anstrengungen zur För-
- 192 derung von Forschungen zu Schlüs-
- 193 seltechnologien wie Biotechnolo-
- 194 gie, Energietechnik, Informations-
- 195 und Kommunikationstechnik.
- 196 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*  
 197 *wort Forschungspolitik, Unsere Argumente*  
 198 *von A bis Z.*

199

200 *Forschungsprämie*

201 Thüringen verfügt über eine sehr  
 202 gute Hochschulstruktur und schafft

1 dadurch national wie international viel  
 2 beachtete Forschungsergebnisse. Da-  
 3 mit diese jedoch ihren gesellschaftli-  
 4 chen Nutzen entfalten, müssen sie  
 5 markt- und verkaufsfähig gemacht  
 6 werden. Dazu bedarf es einer intensi-  
 7 ven Kooperation zwischen Wissen-  
 8 schaft und Wirtschaft.  
 9 Die FDP regt daher an, bei Vergabe  
 10 einer Auftragsforschung an eine Hoch-  
 11 schule des Landes eine angemessene  
 12 Forschungsprämie auszusütten. Sie  
 13 soll zu praxisnaher Forschung anregen  
 14 und die eingewobenen Drittmittel  
 15 ergänzen.  
 16 → *Barth, Uwe, Presseveröffentlichung, Die*  
 17 *aktuelle Presseschau/ Teil 1, 23. 1. 2006.*  
 18  
 19 *Präimplantationsdiagnostik*  
 20 Für viele ungewollt kinderlose Paare ist  
 21 oft die In-vitro-Fertilisation die einzige  
 22 Möglichkeit, ihren Kinderwunsch zu  
 23 erfüllen. Die dem Uterus entnommen-  
 24 en und in vitro befruchteten Eizellen  
 25 könnten vor der Rückverpflanzung in  
 26 den Uterus auf schwerwiegende genetische  
 27 Defekte untersucht werden –  
 28 wenn diese so genannte Präimplantati-  
 29 onsdiagnostik (PID) nicht durch das  
 30 deutsche Embryonenschutzgesetz  
 31 verboten wäre. Dies ist nicht nur für  
 32 solche Eltern unzumutbar, bei denen  
 33 eine hohes Risiko für eine Erbkrank-  
 34 heit vorliegt. Es ist auch rein rechtlich  
 35 absurd; denn der gleiche Embryo darf  
 36 legal abgetrieben werden, wenn sich in  
 37 einem viel späteren Stadium der  
 38 Schwangerschaft tatsächlich eine  
 39 schwere Erbschädigung herausstellt.  
 40 Diese Rechtspraxis ist nicht nur inhu-  
 41 man, sie ist zudem geeignet, das Ver-  
 42 trauen in unser Rechtssystem in Frage  
 43 zu stellen.  
 44 Die FDP fordert daher, die Präimplan-  
 45 tatsdiagnostik in medizinisch be-  
 46 gründeten Fällen zuzulassen. Sie will  
 47 andererseits einen Missbrauch dieser  
 48 Technik verhindern, d. h. hiermit darf  
 49 nicht der Weg für Designer-Babys  
 50 geöffnet werden.  
 51 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stichwort*  
 52 *PID, Unsere Argumente von A bis Z.*  
 53  
 54 *Stammzellenforschung und therapeutisches*  
 55 *Klonen*  
 56 Die FDP sieht in der Biotechnologie  
 57 und insbesondere in der Gentechnik  
 58 enorme Chancen für den Wissen-  
 59 schafts- und Wirtschaftsstandort  
 60 Deutschland. Diese ermöglicht nicht  
 61 nur neue Medikamente und Methoden  
 62 für die Therapie zahlreicher, oft  
 63 schwerster Erkrankungen; die Erzeu-  
 64 gung hochwertiger landwirtschaftlicher  
 65 Produkte und den erfolgreichen  
 66 Kampf gegen den Hunger in der Welt;  
 67 sondern auch die Entwicklung um-  
 68 weltverträglicher Produktionsprozesse.

69 Ein sehr Erfolg versprechender  
 70 Forschungsansatz ist das therapeutische  
 71 Klonen von embryonalen  
 72 Stammzellen. Das sind noch gänzlich  
 73 unspezialisierte Zellen des  
 74 frühen Embryos, die sich unbe-  
 75 grenzt vermehren lassen, ohne dass  
 76 man aus ihnen jedoch Nachkom-  
 77 men erzeugen kann. Die Erwartung  
 78 ist aber, dass man aus ihnen mit  
 79 Hilfe von Klonierungstechniken  
 80 Spenderorgane züchten kann, die  
 81 das Genom des Empfängers tragen  
 82 und damit nicht durch dessen Im-  
 83 munsystem abgestoßen werden.  
 84 Solche Forschungen sind jedoch in  
 85 Deutschland auf Grund des Stamm-  
 86 zellen-Importgesetzes und des  
 87 Embryonenschutzgesetzes nur sehr  
 88 eingeschränkt möglich. Darüber  
 89 hinaus werden deutsche Genfor-  
 90 scher kriminalisiert, wenn sie im  
 91 Ausland unter erheblich liberaleren  
 92 Bedingungen tätig sind.  
 93 Die FDP fordert daher, das Emb-  
 94 ryonenschutzgesetz zu lockern und  
 95 die Stichtagsregelung für embryona-  
 96 le Stammzellen aufzuheben, um das  
 97 therapeutische Klonen im Interesse  
 98 schwerstkranker Menschen auch in  
 99 unserem Lande zu ermöglichen und  
 100 die Kriminalisierung deutscher  
 101 Forscher im Ausland zu beenden.  
 102 Künftig soll es erlaubt sein, über-  
 103 zähligen extrakorporal zur künstli-  
 104 chen Herbeiführung einer Schwan-  
 105 gerschaft erzeugten menschlichen  
 106 Embryonen bis zum 8. Tag nach  
 107 der Kernverschmelzung Stammzel-  
 108 len für Forschungszwecke zu ent-  
 109 nehmen. Dazu muss jedoch die  
 110 Einwilligung beider Keimzellespen-  
 111 der vorliegen. Die Erzeugung eines  
 112 Embryos allein zum Zwecke der  
 113 Entnahme von Stammzellen lehnt  
 114 die FDP ab.  
 115 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*  
 116 *wort Biotechnologie, Unsere Argumente*  
 117 *von A bis Z.*  
 118  
 119 *Kein reproduktives Klonen*  
 120 Jeder durch ungeschlechtliche Ver-  
 121 mehrung erzeugte Nachkomme  
 122 eines Individuums ist mit diesem  
 123 genetisch identisch und wird als  
 124 Klon bezeichnet. Im engeren Sinne  
 125 versteht man unter einem Klon  
 126 einen ungeschlechtlichen Nach-  
 127 kommen von höheren Tieren oder  
 128 Menschen, der künstlich erzeugt  
 129 worden ist. Die bewusste Erzeu-  
 130 gung solcher Nachkommen be-  
 131 zeichnet man als reproduktives  
 132 Klonen, abgeleitet von dem Verb  
 133 "klonen". Bekanntes Beispiel hierfür  
 134 ist das 1996 erzeugte Klonschaf  
 135 Dolly.

136 Das reproduktive Klonen eines  
 137 Menschen verfolgt das Ziel, einen  
 138 Nachkommen zu schaffen, der mit  
 139 diesem vollständig genetisch iden-  
 140 tisch ist. Ganz abgesehen von den  
 141 damit verbundenen gesundheitlichen  
 142 Risiken, widerspricht ein solches  
 143 Unterfangen der Einmaligkeit und  
 144 der vom Grundgesetz geschützten  
 145 Würde eines jeden Menschen. Die  
 146 FDP plädiert daher aus ethischen  
 147 Gründen für ein internationales  
 148 Verbot des reproduktiven Klonens  
 149 von Menschen.  
 150 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*  
 151 *wort Klonen, Unsere Argumente von A bis*  
 152 *Z.*  
 153  
 154 **Zuwanderung und Integration**  
 155  
 156 *Steuerung der Zuwanderung*  
 157 Aus Sicht der FDP braucht  
 158 Deutschland eine gesetzliche Steue-  
 159 rung und Begrenzung der Zuwande-  
 160 rung. Diese erfolgt seit Jahrzehnten  
 161 nach Deutschland unreguliert. Des-  
 162 halb liegt ein vernünftiges Gesamt-  
 163 konzept in unserem nationalen Inter-  
 164 esse. Derzeit gibt es in Deutschland  
 165 de facto über eine Million offener  
 166 Stellen. Um einerseits Arbeitsplätze  
 167 zu sichern und neue zu schaffen,  
 168 brauchen wir ergänzend eine be-  
 169 grenzte qualifizierte Zuwanderung  
 170 dort, wo wir freie Stellen nicht be-  
 171 setzen können. Dabei gilt: Deutsche  
 172 Arbeitnehmer müssen Vorrang  
 173 haben und Arbeitslose verstärkt  
 174 qualifiziert werden.  
 175 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stich-*  
 176 *wort Zuwanderung, Unsere Argumente*  
 177 *von A bis Z.*  
 178  
 179 *Grundpositionen*  
 180 Liberale begrüßen die kulturelle  
 181 Vielfalt in der Bundesrepublik  
 182 Deutschland. Menschen unter-  
 183 schiedlicher Herkunft sind fester  
 184 Bestandteil einer zukunftsweisenden  
 185 liberalen Bürgergesellschaft. Aller-  
 186 dings kann eine Gesellschaft Freihei-  
 187 ten für alle nur garantieren, wenn sie  
 188 sich bei ihrer Verwirklichung auf  
 189 fundamentale Gemeinsamkeiten  
 190 einigt. Dazu gehören für die deut-  
 191 sche Gesellschaft gute Kenntnisse  
 192 der deutschen Sprache sowie die  
 193 vorbehaltlose Akzeptanz der frei-  
 194 heitlich demokratischen Grundord-  
 195 nung und der Grundwerte, auf der  
 196 diese beruht. Dies gilt auch für Reli-  
 197 gionsgemeinschaften. Unser Ziel ist  
 198 es, Ausländern und Menschen mit  
 199 Migrationshintergrund gleiche Bil-  
 200 dungs- und Berufschancen in unse-  
 201 rer Gesellschaft zu gewähren und sie  
 202 möglichst umfassend am gesell-  
 203 schaftlichen und wirtschaftlichen

1 Leben zu beteiligen. Dazu brauchen  
2 wir eine gezielte Sprachförderung  
3 schon im Kindergarten und - im Sinne  
4 einer nachholenden Integration - auch  
5 für erwachsene Migranten. Wir brau-  
6 chen eine bessere interkulturelle Kom-  
7 petenz sozialer Dienste und anderer  
8 öffentlicher Institutionen. Nötig ist  
9 auch eine stärkere Partizipation von  
10 Migranten in allen gesellschaftlichen  
11 Bereichen, etwa durch ein kommunales  
12 Wahlrecht für Drittstaatenangehörige,  
13 die 5 Jahre rechtmäßig in Deutschland  
14 leben.

15 → *FDP im Deutschen Bundestag, Stichwort*  
16 *Integrationspolitik, Unsere Argumente von A*  
17 *bis Z.*

#### 19 *Einbürgerungsüberprüfung*

20 Die FDP Thüringen begrüßt die Pläne,  
21 Einbürgerungen auf der Grundlage  
22 einer erfolgreich bestandenem Prüfung  
23 zu vollziehen. Es ist wichtig und not-  
24 wendig, über das Land, die Geschichte,  
25 Kultur und Werte Bescheid zu wissen,  
26 dessen Bürger man werden möchte.  
27 Einbürgerungsprüfungen müssen dabei  
28 von entsprechenden Integrationsange-  
29 boten flankiert werden. Nur sie ge-  
30 währleisten eine eingehende und um-  
31 fassende Beschäftigung mit der frei-  
32 heitlich-demokratischen Grundord-  
33 nung Deutschlands. Die Einbürgerung  
34 sollte ferner in einem feierlichen Akt  
35 zusammen mit einem öffentlichen  
36 Bekenntnis begangen werden. Die  
37 Integrationsbereitschaft mittels eines  
38 feststehenden Fragebogens zu kontrol-  
39 lieren, lehnen wir Liberale ab. Ein  
40 punktueller Test kann den langwierigen  
41 geistigen Reifeprozess der Eingliede-  
42 rung in eine andere Kultur nicht adä-  
43 quat widerspiegeln.

44 → *Presseveröffentlichung, Einbürgerungstests*  
45 *per Fragebogen fragwürdig, 21. 3. 2006.*

*Inhaltsverzeichnis*

Abwanderung.....	1	Mülltrennung .....	8	Grundpositionen .....	15
Arbeitsmarkt.....	1	Privilegien abschaffen.....	9	Extremismus und Demokratie	16
Arbeit und Arbeitslosigkeit.....	1	Europäische Union .....	9	NPD-Verbot .....	16
Dritter Arbeitsmarkt .....	1	Grundpositionen.....	9	Innere Sicherheit.....	16
Integration älterer Arbeitnehmer		Regionalpolitik der EU .....	9	Versammlungsrecht.....	16
.....	1	Verfassung .....	9	Kinder und Jugendliche.....	16
Stärkung der Wirtschaftskraft		Wettbewerb als Fundament der		Grundpositionen .....	16
behebt Arbeitslosigkeit .....	1	sozialen Marktwirtschaft in		Stärkung der Kinderrechte.....	16
Ärzte.....	2	Europa.....	9	Familienwahlrecht.....	17
Attraktivitätssteigerung der		Familienpolitik .....	10	Kommunen und Gemeinden.....	17
Ausbildung von		Grundpositionen.....	10	Liberales Kommunalpolitik.....	17
Allgemeinmedizinern .....	2	Gebührenfreie Kinderbetreuung		Stärkung des Brand- und	
Situation niedergelassener Ärzte		.....	10	Katastrophenschutzes .....	17
verbessern.....	2	Kinderlärm ist Zukunftsmusik.	10	Einführung des	
Status und Aufgabenfeld.....	2	Feiertage.....	10	Konnexitätsprinzip .....	17
Aufbau Ost .....	2	Nationalfeiertag.....	10	Kommunale Selbstverwaltung	17
Aufbau Ost, kein Nachbau West		Finanz- und Haushaltspolitik .....	10	Finanzausstattung .....	17
.....	2	Siehe auch: .....	10	Kreisgebietsreform (KGR) .....	18
Baupolitik.....	3	Förderpolitik .....	10	Krankenkassen.....	18
Städtisches Wohnungswesen ..	3	Nachhaltigkeit und		Risikostrukturausgleich.....	18
Behindertenpolitik .....	3	Zielgenauigkeit.....	10	Funktion von Krankenkassen .	18
Recht auf Selbstbestimmung ...	3	Subventionsabbau .....	11	Kriminalitätsbekämpfung.....	18
Bildung .....	3	Thüringer Landeshaushalt .....	11	Opferschutz .....	18
Frühkindliche Bildung .....	3	Föderalismus .....	11	Kulturpolitik.....	18
Grundsätze der Bildungspolitik.	3	Grundpositionen.....	11	Blick auf Kultur erweitern .....	18
Mehr Wettbewerb zwischen den		Föderalismusreform .....	11	Grundpositionen .....	18
Allgemeinbildenden Schulen ....	4	Mitteldeutsches Bundesland ..	12	Kulturraumgesetz.....	19
Verbesserte Förderung von		Förderpolitik .....	12	Museen, Orchester und Theater	
Schülerinnen und Schülern .....	4	Investitionsanreize .....	12	.....	19
Das Ansehen der Regelschule		Frauenpolitik .....	12	Landwirtschaft .....	19
muss gestärkt werden .....	4	Frauen in die Politik .....	12	Grüne Gentechnik.....	19
Weiterbildung .....	4	Grundpositionen.....	12	Aufgabe und Bedeutung.....	19
Bürger in Staat und Gesellschaft .	5	Gesellschaftspolitik.....	12	Unterstützung bei	
Zivildienst.....	5	Grundgedanken .....	12	wetterbedingten Erntausfällen	20
Datenschutz .....	5	Gesundheitspolitik .....	13	Medien.....	20
Grundposition .....	5	Eckpfeiler des		Siehe auch:.....	20
Grundposition DNA-Analysen ..	5	Gesundheitssystems.....	13	GEZ.....	20
Heimliche Onlinedurchsuchung	6	GEZ .....	13	Grundpositionen .....	20
Reform des Datenschutzrechtes		GEZ abschaffen .....	13	Mitteldeutschland .....	20
.....	6	Verbot der Datenübermittlung	13	Mitteldeutscher Wirtschaftsraum	
Verfassungskonforme DNA-		Gleichstellung .....	13	.....	20
Analysen.....	6	Antidiskriminierung - Stärkung		Mittelstand .....	20
Telefonüberwachungen.....	6	der Rechte von Minderheiten. 13		Stellung im Wirtschaftsgefüge	20
Richtervorbehalt bei DNA-		Gleichgeschlechtliche		Maßnahmen zur Erhöhung der	
Analysen.....	6	Lebensgemeinschaften.....	13	Zahlungsmoral im Baugewerbe	
Strafbarkeit heimlicher		Globalisierung.....	14	.....	21
Vaterschaftstests.....	7	Grundpositionen.....	14	Mitgliedschaft in IHK und	
Videoüberwachung und		Hochschulen .....	14	Handwerkskammern.....	21
Videoaufzeichnung .....	7	Grundsätze der Hochschulpolitik		Patient .....	21
Drogenpolitik .....	7	.....	14	Patientenverfügung.....	21
Suchtprävention und		Einführung eines		Status.....	22
Therapieangebote .....	7	Stipendiensystems .....	14	Pflegeversicherung.....	22
Ehrenamt.....	7	Finanzierungsberatung für		Systemwechsel und individuelle	
Förderung des Ehrenamtes.....	7	Studienwillige und Studenten. 14		Anpassung.....	22
Energiepolitik.....	7	Lehrerstudium praxisnäher		Politische Kultur & politisches	
Grundposition .....	7	gestalten.....	15	System.....	22
Liberalisierung der		Studienentgelte .....	15	Abgeordnetenentschädigung..	22
Energieversorgung .....	8	Studium für jeden trotz		Parlament und Regierung.....	22
Entschädigung von SED-Opfern..	8	Studienentgelten .....	15	Vergangenheitsüberprüfung von	
Grundposition .....	8	Bildungsgutscheine .....	15	Mandatsträgern.....	22
Entsorgungswirtschaft.....	8	Autonomie der Hochschulen..	15	Rauchverbot .....	23
Dosenpfand .....	8	Innenpolitik.....	15		

Kein striktes Rauchverbot in Gaststätten ..... 23	Gegen Steuererhöhungen ..... 26	Effizienzsteigerung und Kosteneinsparung ..... 29
Rechtspolitik ..... 23	Studium ..... 26	Verwaltungsabbau ..... 30
Balance zwischen Freiheit und Sicherheit ..... 23	siehe Hochschule ..... 26	Verwaltungsmodernisierung und E-Government ..... 30
Stärkung des Rechtsbewusstseins ..... 23	Tourismuspolitik ..... 26	Wasser ..... 30
Stärkung der Prävention ..... 23	Der Freistaat braucht eine einheitliche „Marke Thüringen“ ..... 26	Wettbewerb bei der Wasserwirtschaft ..... 30
Religionen ..... 24	Grundpositionen ..... 26	Wasserversorgung mittels Talsperren ..... 30
Verfassungskonformität von Religionsgemeinschaften ..... 24	Grenzüberschreitende Kooperation ..... 26	Wirtschaft ..... 31
Rentensystem ..... 24	Umwelt- und Naturschutz ..... 27	Zentrale Anlaufstelle für Existenzgründer und Investoren ..... 31
Stabile Beiträge - Sichere Renten ..... 24	Grundpositionen ..... 27	GmbH Gründungen entbürokratisieren ..... 31
Gegen die Schließung von Gerichtsstandorten ..... 24	Klimaschutz ..... 27	Soziale Marktwirtschaft ..... 31
Schulsystem ..... 24	Hochwasserschutz ..... 27	Bedeutung der Wirtschaft im politischen Gefüge ..... 31
Grundschule ..... 24	Verbraucherschutz ..... 27	Ladenöffnungszeiten ..... 31
Regelschule ..... 24	Verbraucherschutzpolitik ist Informationspolitik ..... 27	Sonderwirtschaftszone ..... 31
Gymnasium ..... 25	Verkehrspolitik ..... 27	Wissenschaft & Forschung ..... 32
Frühkindliche Bildung ..... 25	Mobilität ist Lebensqualität ..... 27	Wissenstransfer ..... 32
Kopfnoten - Fachungebundene Leistungseinschätzung ..... 25	Eckpfeiler der Verkehrspolitik ..... 28	Liberales Forschungspolitik ..... 32
Senioren ..... 25	Straßenbau ..... 28	Grundpositionen ..... 32
Senioren - Eine aktive Generation ..... 25	Ausbau der Schienentransportwege ..... 28	Forschungsprämie ..... 32
Sozialpolitik ..... 25	Pkw-Maut ..... 28	Präimplantationsdiagnostik ..... 33
Eckpfeiler ..... 25	Lkw-Maut ..... 28	Stammzellenforschung und therapeutisches Klonen ..... 33
Bürgergeld - Eines für Alles ..... 25	Pendlerpauschale ..... 28	Kein reproduktives Klonen ..... 33
Sportpolitik ..... 26	Führerschein ab 17 ..... 28	Zuwanderung und Integration ..... 33
Grundpositionen ..... 26	Mobilität im Öffentlichen Nahverkehr ..... 29	Steuerung der Zuwanderung ..... 33
Stasiunterlagengesetz ..... 26	Verwaltung ..... 29	Grundpositionen ..... 33
Steuersystem ..... 26	Beamtentum ..... 29	Einbürgerungsüberprüfung ..... 34
Reduzierter Steuersatz ..... 26	Bürokratieabbau ..... 29	
	Katasteramt ..... 29	

**Regionalkonferenzen FDP Thüringen**  
April 2008

---

**Änderungshinweise für das Liberale Lexikon**

Änderungsgrund (bitte ankreuzen):

- redaktionell
- Rechtschreibung/Grammatik
- inhaltlich

---

**Name des Artikels:**

**Seite:**

**Zeilennummer:**

---

**Antragsinhalt:**

**Antragsteller:**

---

Der Artikel ist wie folgt zu ändern / zu erweitern / zu kürzen etc.:

**Regionalkonferenzen FDP Thüringen**  
April 2008

---

**Neuaufnahme von Artikeln**

---

**Name / Thema des Artikels:**

---

**Antragsinhalt:**

**Antragsteller:**

---

Folgendes/r Thema/Artikel ist in das Liberale Lexikon aufzunehmen:





**FDP Freie Demokratische Partei  
Landesverband Thüringen**

Tschaikowskistraße 35  
D-99096 Erfurt  
Telefon: 0361 / 3456482  
Telefax: 0361 / 3455924  
eMail: [thueringen@fdp.de](mailto:thueringen@fdp.de)  
WWW: <http://www.fdp-thueringen.de/>

**Inhalt und Bearbeitung Liberales Lexikon:**

*Landesfachausschüsse: Jürgen Ebrlich (LFA I), Herbert von Schlotheim (LFA II),  
Jürgen Lange (LFA III), Dr. Harald Mertes (LFA IV), Rudolf-Herrmann Hubn*

*Landesgeschäftsstelle: Gudrun Schröpfer, Heike Blodig von Sternfeld, Ingo Stöckel, Ulrich Rebs, Christian Masengarb  
Patrick Kurth, Generalsekretär*

**Das Liberale Lexikon im Internet: [www.liberales-lexikon.de](http://www.liberales-lexikon.de)!**